

Das Parlament

Berlin, Montag 19. März 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 12 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Falke im State Department

Mike Pompeo Das Entlassungskarussell bei US-Präsident Donald Trump dreht sich unablässig weiter: Jetzt erwischte es Außenminister Rex Tillerson, den Trump vergangene Woche per Tweet feuerte und an seiner Stelle den bisherigen CIA-Chef Mike Pompeo zum Nachfolger berief. Der 54-jährige ehemalige republikanische Kongressabgeordnete gilt als stramm konservativer Hardliner und großer Unterstützer von Trumps Politik. Im Gegensatz zu Tillerson, der in vielen Punkten über Kreuz mit dem US-Präsidenten lag, hat er sich für ein Aufkündigen des Atomdeals mit dem Iran stark gemacht. In den täglichen Geheimdienstbriefings im Weißen Haus hatte Pompeo Trumps Wohlgefallen erworben und einen engen persönlichen Draht zum Präsidenten aufgebaut. Mike Pompeo gilt als vielseitiger Mann: Der gebürtige Kalifornier war erst Heeresoffizier, dann Anwalt und später an der Gründung einer Firma der Luftfahrtbranche beteiligt. *kru*



ZAHL DER WOCHE

238

Sitze von 435 Sitzen insgesamt haben die Republikaner nur noch im US-Repräsentantenhaus nach der Niederlage ihres Kandidaten Saccone gegen den Demokraten Lamb bei einer Nachwahl in Pennsylvania. Damit sind sie aber immer noch in der Mehrheit, ebenso wie im 100köpfigen Senat, dort aber mit nur einer Stimme.

ZITAT DER WOCHE

»Wir hatten unterschiedliche Ansichten.«

Donald Trump, us-Präsident, zum Rauschmiss von Rex Tillerson als Außenminister nach nur gut einem Jahr Amtszeit

IN DIESER WOCHE

- INNENPOLITIK**
Entgelt Bundestag debattiert über niedrigere Löhne für Frauen **Seite 6**
- INNENPOLITIK**
Arbeitszeit Diskussion über flexiblere Regeln in der digitalen Welt **Seite 7**
- EUROPA UND DIE WELT**
Irak Parlament ändert Mandat für Einsatz der Bundeswehr **Seite 9**
- KULTUR UND BILDUNG**
Interview Michael Butter äußert sich zu Verschwörungstheorien **Seite 11**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Es darf regiert werden

KANZLERWAHL Angela Merkel geht in ihre vierte Amtszeit. Das Bundeskabinett steht

Es war 9.55 Uhr am vergangenen Mittwoch, als Kanzlerin Angela Merkel (CDU) im Bundestag erneut ins Amt gewählt wurde. Fröhlich lächelnd und viele Hände schüttelnd war sie am Morgen mit weißem Jackett im bunten Plenarsaal-Gewimmel erschienen, scheinbar unaufgeregt und zuversichtlich. Über 100 akkreditierte Journalisten verfolgten mit Spannung die Wahl im Reichstagsgebäude, die Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) schnörkellos eröffnete, als wäre das ein ganz gewöhnlicher Sitzungstag. Alexander Dobrindt (CSU) befand: „Die Stimmung ist gut.“ Die künftige Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) räumte ein, sie sei aufgeregt. Andrea Nahles (SPD) verkündete: „Ich bin erleichtert und freue mich, dass es losgeht.“ Spitzenleute von Linken, Grünen, FDP und AfD gaben in den Fluren pausenlos Interviews und bekundeten ihre Zweifel, ob die Koalition zukunftsfähig sein könne. Der gescheiterte Ex-SPD-Vorsitzende Martin Schulz saß in den weiten Stuhlreihen und grübelte. Die CDU-Chefin nahm bei der geheimen Wahl die nötige Hürde von 355 Stimmen, die Kanzlermehrheit, allerdings ohne komfortablen Vorsprung. Mit nur 364 Ja-Stimmen erhielt sie 35 Stimmen weniger, als die Koalition Mandate hat. 315 Abgeordnete votierten mit Nein, neun enthielten sich. Merkel nahm es gelassen, ließ sich beglückwünschen und bekam Blumen. Auf der Tribüne klatschten ihre Mutter Herlind Kasner und auch ihr Mann Joachim Sauer. Im Foyer versuchten sich Abgeordnete an einer Deutung, wer denn Schuld hatte am schlechten Ergebnis. Beobachter sprachen von einer „Schrecksekunde“. Der Abschluss der Regierungsbildung ist auch ein Hin und Her zwischen Bundestag und Schloss Bellevue, wo Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Ernennungsurkunden erst an die Kanzlerin und später an die 15 Minister übergab. In einer kurzen Ansprache mahnte er, die Große Koalition müsse sich nun „neu und anders bewähren“ und so verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. „Ein schlichter Neuaufguss des Alten“ werde nicht genügen.

»Ein schlichter Neuaufguss des Alten wird nicht genügen.«

Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident

Amtseid Um 12 Uhr nahm Schäuble der Kanzlerin den Amtseid ab, den sie mit dem Zusatz „so wahr mir Gott helfe“ sprach. Ein Lächeln verriet, wie wichtig ihr der Augenblick gewesen sein mag. Es hätte ja ganz anders kommen können. Schäuble gab ihr gute Wünsche mit auf die „schweren Weg“. Zornig rügte er sodann den AfD-Abgeordneten Petr Bystron, der seinen Stimmzettel fotografiert und ins Netz gestellt hatte. Schäuble verhängte deswegen ein Ordnungsgeld von 1.000 Euro. Die neuen Minister leisteten später am Nachmittag ihren Amtseid, die meisten auch mit Gottesbezug. Nun sind wir also wieder Groko. Lange hatte es nicht so ausgesehen, als könnten sich CDU, CSU und SPD nochmals zusammenraufen. Nach einer abrupt beendeten „Jamaika“-Sondierung von Union, Grünen und FDP, schwierigen Koalitionsverhandlungen und einer heiklen Mitgliederabstimmung der SPD ist Merkel nach 171 Tagen zwischen Wohl und Wehe in ihrer vierten Amtszeit angekommen, vermutlich ihrer letzten. Ob sie einen Plan B hatte, falls es nicht klappen würde? Wer weiß. Die SPD dürfte mit zwiespältigen Gefühlen in die neue Amtszeit gehen. Zwar hat die Partei seit einem Jahr viele Mitglieder gewonnen, die sich zunächst euphorisch in den „Schulz-Zug“ setzten, der sodann mitten auf der Strecke entgleiste. Die Umfragen verheißen jedoch schon seit Monaten nichts Gutes. Mit Zustimmungswerten zwischen 16 und 18 Prozent liegt die älteste Partei Deutschlands derzeit auf einem Niveau, das dem Anspruch an eine Volkspartei rein rechnerisch nicht mehr gerecht



Bundeschkanzlerin Angela Merkel (CDU) leistet ihren Amtseid „zum Wohle des deutschen Volkes“. Auch die neuen Minister wurden feierlich vereidigt. © picture-alliance/Gregor Fischer/dpa

wird. Das noch von Schulz initiierte Mitgliedervotum ging mit rund 66 Prozent Zustimmung zum Koalitionsvertrag erstaunlich glatt durch. Was bleibt ist die Erkenntnis, dass die SPD in der Frage Groko oder Opposition gespalten ist, obwohl viele sozialdemokratisch bedeutsame Punkte in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt und wichtige Ministerien für die SPD gesichert werden konnten.

Groko-Gegner Die Hochspannung über den Ausgang des Mitgliedervotums hielt bis zur Veröffentlichung des Ergebnisses am Morgen des 4. März im Willy-Brandt-Haus. Niemand wollte sich vorher festlegen, wie das Abenteuer ausfallen würde, nachdem Jusos-Chef Kevin Kühnert so vehement gegen die Groko getrommelt hatte. Als der für die Auszählung zuständige SPD-Schatzmeister Dietmar Nietan das Ergebnis bekannt gab, folgte beklemmende Ruhe. Kein Jubel, kein Applaus, nichts, nur die Apparate der Fotografen rasselten leise.

Auf den Rängen standen SPD-Mitarbeiter neben Parteigrößen wie der designierten Vorsitzenden Nahles und guckten stumm auf die Statue Brandts herunter. Später hieß es, mit der Stille nach dem Sturm solle Rücksicht genommen werden auf jenes Drittel der Partei, das den Koalitionsvertrag abgelehnt hat. Der kommissarische Vorsitzende Olaf Scholz, künftig mächtiger Bundesfinanzminister und Vizekanzler, verkündete fast trotzig, die SPD sei durch die

Groko-Debatte weiter zusammengewachsen.

Taktisches Geschick Während die SPD einen harten Kampf mit sich selbst führte, gelang der CDU überraschend schnell die Rückkehr in gewohnte Rituale, nachdem in der Partei Zweifel an Merklens Führungsstil laut geworden waren. Auf einem Sonderparteitag am 26. Februar votierten die Delegierten mit großer Mehrheit für den Koalitionsvertrag. Nur 27 der 975 Mitglieder waren dagegen. Merklens neue Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer, bisher Regierungschefin im Saarland, erzielte mit 99 Prozent Zustimmung einen Traumwert. Zu dem Zeitpunkt wussten die CDU-Mitglieder schon, mit welcher Mannschaft Merkel in die Koalition gehen will. Solche Personalentscheidungen stellen einen Balanceakt dar mit Regeln, die nirgendwo hinterlegt sind. Der Regionalproporz spielt eine große Rolle, der Frauenanteil und die Generationenfrage. Parteichefs umgeben sich gerne mit Vertrauten, aber nicht immer gibt die Freundschaftskarte auch den Ausschlag. Von Merkel wird gesagt, sie verstehe es, Gegenspieler einzubinden. Beobachter werten die Entscheidung, Jens Spahn (37) das Gesundheitsressort zu übertragen, als gelungenes taktisches Manöver. Von taktischer Raumaufteilung versteht auch CSU-Chef Horst Seehofer etwas, der als „Superminister“ für Inneres, Bauen und Heimat nach Berlin wechselt und kurz vor

der Vereidigung des Bundeskabinetts zugunsten seines Dauerrivalen Markus Söder das Ministerpräsidentenamt in Bayern aufgab. Mit Dorothee Bär (39) als neuer Staatsministerin für Digitales gelang ihm zudem ein kleiner Knüller. Dass die bisherige Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium sogleich öffentlich von „Flugtaxi“ schwärmte, die als „Vision“ genauso wichtig seien wie schnelle Internetverbindungen, brachte ihr große Bekanntheit ein – und reichlich Spott im Internet.

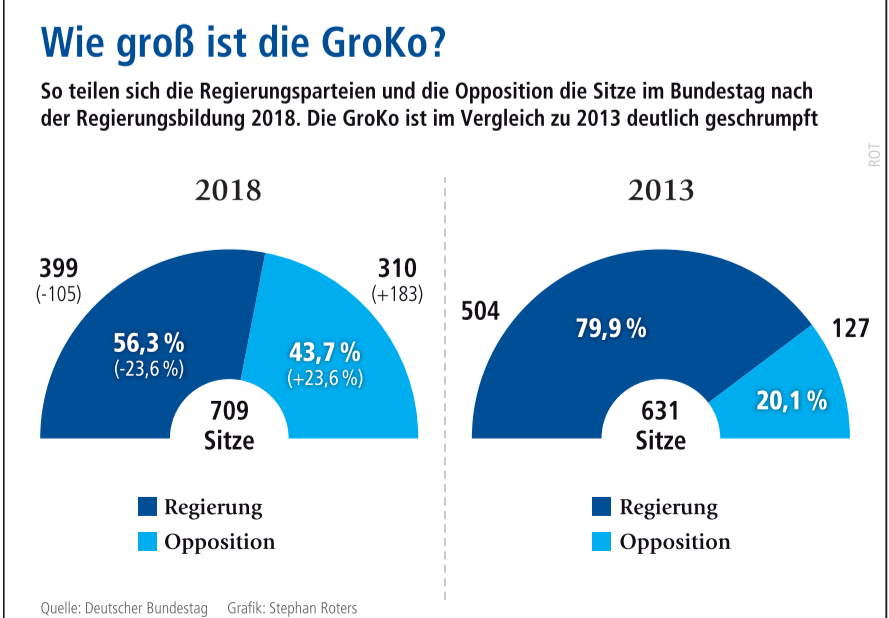
Ein Coup Den größten Spannungsbogen bot mal wieder die SPD, die als letzte der drei Regierungsparteien ihr Tableau bekanntgab und auch einen Coup zu bieten hatte. So ist die weitgehend unbekannt und als sehr resolut geltende Bezirksbürgermeisterin aus Berlin-Neukölln, Franziska Giffey (39), neue Bundesfamilienministerin (das ganze Kabinett auf den Seiten 4 und 5). Die aus Frankfurt/Oder stammende Verwaltungsexpertin soll neben dem neuen Ostbeauftragten Christian Hirte (41) aus Thüringen in der Koalition auch die Ost-Kompetenz stellen. Nach den vielen jähren Wendungen, Streitereien und Unsicherheiten wirkte die Zeremonie zur Unterzeichnung des Koalitionsvertrages am vergangenen Montag im Paul-Löbe-Haus des Bundestages feierlich und harmonisch. Hunderte Mitarbeiter säumten die Balustraden in dem lang gestreckten Glasbau, als um 14.05 Uhr zuerst die Generalsekretäre, dann die Fraktionschefs und schließlich die Parteichefs ihre Unterschrift unter den Vertrag setzten. Merkel, Seehofer und Scholz versicherten sich gegenseitig verlässlich kooperieren zu wollen und bis zum Ende der Legislaturperiode durchzuhalten. Die Kanzlerin fügte lächelnd hinzu: „Wenn dann noch eine Portion Freude dazu kommen könnte am Gestalten, dann kann das eine gute Regierungsarbeit werden.“ Die Parteichefs wollten nun Zeit wettmachen und mit Voll-dampf loslegen. Merkel stellte mit Blick auf das Regierungsprogramm fest: „Eigentlich drängt fast alles.“ Und erinnerte ihren Finanzminister gleich mal an den Haushalt 2018, den es rasch aufzustellen gelte. Scholz nickte willig. *Claus Peter Kosfeld*

EDITORIAL

Leicht und beständig

VON JÖRG BIALLAS

Es war ein Experiment – und ist ein Erfolg geworden: 100 Mal ist die für „Das Parlament“ konzipierte Beilage „leicht erklärt!“ inzwischen erschienen. In jeder Ausgabe berichten wir in leichter Sprache über eine aktuelle politische Debatte aus dem Bundestag. Sehr zur Freude der Zielgruppe: Menschen mit Behinderung wird damit ermöglicht, an der politischen Meinungsbildung teilzuhaben. Zu Beginn war das Projekt eine Herausforderung. Zwar gab es mit dem „Nachrichten Werk“ bald einen Partner, der die Besonderheiten der leichten Sprache nicht nur professionell beherrschte, sondern auch über das nötige Umfeld verfügte. Denn wesentlicher Bestandteil des Projektes war und ist es, die Texte zusammen mit behinderten Menschen zu erarbeiten und die Verständlichkeit von Testlesern aus der Zielgruppe prüfen zu lassen. Das Team im „Antonius Netzwerk Mensch“ zu Fulda gehört seitdem fest zur Redaktion. Und doch gab es für alle Beteiligten, vor allem auch in der Redaktion von „Das Parlament“, viel zu lernen: Welche Themen eignen sich? Wie sehr dürfen komplizierte Vorgänge vereinfacht werden, ohne Gefahr zu laufen, sie falsch darzustellen? Und schließlich die Gretchenfrage im Journalismus: Was interessiert die Zielgruppe, was ist weniger spannend? Fragen, die stets unter Zeitdruck zu beantworten sind, geht es doch darum, in nur wenigen Tagen das Thema der Woche druckreif zu verarbeiten. Trotz mannigfacher Erläuterung hatte ein Teil der Stammleserschaft von „Das Parlament“ anfangs Schwierigkeiten mit „leicht erklärt!“. Ob das denn wirklich sein müsse, wurde die Redaktion gefragt. Mancher fühlte sich intellektuell auf den Arm genommen. Oft besänftigte erst der Verweis darauf, dass die Beilage schnell über die eigentliche Zielgruppe hinaus geschätzt. Das hat auch damit zu tun, dass die Redaktion sich nicht scheut, komplizierte Themen des politischen Tagesgeschehens aufzugreifen. Die Beilage ist also stets aktuell. Und wie es sich für ein modernes Medium gehört, kann „leicht erklärt!“ selbstverständlich auch in elektronischer Fassung gelesen werden. Die bisherigen 100 ebenso wie die nächsten 100 Ausgaben.

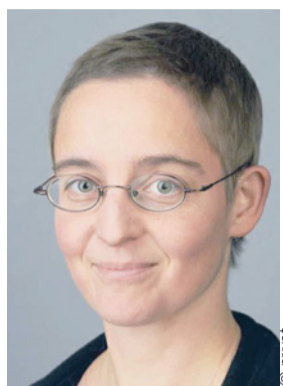


GASTKOMMENTARE

KOALITION DES »WEITER SO«?

Schattenboxen

PRO



Daniela Vates, DuMont-Hauptstadtredaktion

Der Schlachtruf ist einer aus der Welt des politischen Schattenboxens. „Kein weiter so“ klingt griffig, lässt sich gut rufen und twittern. Mutig stellt man sich da zum Kampf gegen den Schatten mit dem Namen „so“.

Es ist genug

CONTRA



Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung, München

Manche halten die Große Koalition für den dümmsten gemeinsamen Nenner der Demokratie; das ist falsch. Andere halten sie für den klügsten gemeinsamen Nenner; das ist noch falscher.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Gauland, Ihre Fraktion ist jetzt Oppositionsführer im Bundestag. Ist dieser Umstand für Sie eher Motivation, verantwortungsvoll und konstruktiv eine wichtige parlamentarische Rolle zu spielen, oder vielmehr, wie Sie es waidmännisch auszudrücken pflegen, Munition, um die Regierung zu jagen?

Kritisiert hat Ihre Fraktion seinerzeit die Jamaika-Sondierungen, dann das Scheitern dieses Versuchs, danach auch die neuen Verhandlungen und schließlich die Bildung einer Großen Koalition.

Wir wollen nicht, dass sich unser Land so verändert, wie das Frau Merkel mit ihrer Flüchtlingspolitik Stück für Stück tut. Daraus ergibt sich eine Oppositionspolitik, die von der Bildungspolitik über die Innere Sicherheit bis zur Europapolitik reicht.

Die Große Koalition will auf ihr schlechtes Wahlergebnis reagieren und Vertrauen zurückgewinnen. Es soll einen „Masterplan“ für Abschiebungen geben, ländliche Räume sollen gestärkt, das Heimatgefühl gestützt werden.

Ich habe noch nie erlebt, dass Ankündigungen, gerade solche von der CSU, entsprechend umgesetzt werden. Jetzt, da die bayerischen Landtagswahlen anstehen, stellt die CSU ähnliche Positionen wie wir ins Schaufenster.

Die Union hat im Bundestag eine Zusammenarbeit mit Ihrer Fraktion kategorisch ausgeschlossen. Ohne die Union wird die AfD aber wohl nie politische Gestaltungsmacht bekommen.

Ich wüsste nicht, warum. Wir haben mit unserer Rhetorik 12,6 Prozent der Wählerstimmen erreicht. Ich sehe auch gar nicht ein, dass wir inhaltlich oder rhetorisch radikal sein sollen.

Na ja, in Sachsen-Anhalt haben die Beschimpfungen von Türken in seiner Aschermittwoch-Rede Ihren Landes- und Fraktionsvorsitzenden André Poggenburg offenbar die politische Karriere gekostet.

»Glaser denkt wie wir«

ALEXANDER GAULAND Der AfD-Fraktionsvorsitzende über die Wahlen zum Präsidium des Bundestages, die Rolle der AfD im Parlament und die Reiselust seiner Parteifreunde



picture-alliance/Michael Kappeler/dpa

Zurück in den Bundestag. Wie sind Sie mit dem Auftritt der AfD zufrieden? Damit bin ich sehr zufrieden und ich höre ja auch von Kollegen aus anderen Fraktionen, wenn sie ihre Vorurteile weglassen, dass sie erstaunt über die Sachkompetenz in der AfD-Fraktion sind.

Mitunter wirkt das Auftreten der AfD aber nicht besonders professionell. Im

Raum steht beispielsweise der Vorwurf der schlampigen Vorbereitung von Anträgen. Und mal ehrlich: Das ein oder andere Thema hätte man wohl besser nicht auf die Tagesordnung des Plenums gehoben, oder?

Beispielsweise den Antrag zur Missbilligung der Texte des Journalisten Deniz Yücel. Klar hat das auf die Tagesordnung gehört. Schon um öffentlich zu verdeutlichen, was

dieser Herr Yücel so über Deutschland denkt. Ähnlich war das damals bei meiner Aussage über die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Frau Özoguz.

Fühlen Sie sich als Co-Fraktionsführer aus den eigenen Reihen ausreichend unterstützt?

Ob Sie sich unterstützt fühlen, können wir ja nur Sie fragen.

Klar fühle ich mich unterstützt, beginnend bei der Zusammenarbeit mit Frau Weidel in der Fraktions Spitze, aber auch vom Vorstand und der ganzen Fraktion.

Angeblich wollen Sie sich ja in einhalb Jahren erneut als Fraktionsvorsitzender bewerben und auch 2021 wieder für den Bundestag kandidieren.

Dazu kann ich nichts sagen. Ich bin dazu nicht gefragt worden und habe mich dazu auch nicht geäußert.

Der AfD-Kandidat für den Vizepräsidenten im Bundestag, Albrecht Glaser, ist gescheitert. Wann wird Ihre Fraktion einen neuen Vorschlag unterbreiten?

Darüber werden wir in Ruhe nachdenken. Wir wollen das zunächst juristisch klären lassen. Denn es ist ein Umding, dass unsere politischen Gegner darüber befinden, mit welcher Person wir eine wichtige Position besetzen, die uns zusteht.

Sie könnten ja trotzdem versuchen, einen konsensfähigen Kandidaten zu benennen. Warum soll ich einen für andere konsensfähigen Kandidaten aufstellen?

Weil das ein Wahlamt ist und dafür eine Mehrheit im Bundestag nötig ist. Die Frage ist nur, ob dieses Nichtwählen nicht eher ein Missbrauch parlamentarischer Rechte ist.

Ihr Parteifreund Christian Blex hat sich in Syrien mit Assads Großmutter getroffen, der uns Europäern mit Selbstmordanschlägen droht. Was macht so einen Mann zum Gesprächspartner für eine Partei, die ansonsten überall den islamistischen Terrorismus geißelt?

Erstens ist das keine AfD-Reise gewesen, sondern die Reise einzelner AfD-Abgeordneter. Zweitens halte ich viel davon, wenn sich Abgeordnete ein eigenes Bild von den Umständen vor Ort machen.

Das Gespräch führten Jörg Biallas und Sören Christian Reimer.

Alexander Gauland (77) ist einer von je zwei AfD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Linkskämpferin: Hilde Mattheis

Das Ergebnis muss man akzeptieren“, bewertet Hilde Mattheis trocken die SPD-Abstimmung über den Koalitionsvertrag. Von Enttäuschung will die Parteilinke nicht sprechen, auch wenn sie sich deutlich mehr Nein-Stimmen gegen die Neuaufgabe der Großen Koalition versprochen hatte.

Deutschen Bundestag ist: „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zerrieben werden zwischen Regierung und Opposition.“



»Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zerrieben werden zwischen Regierung und Opposition.«

einst unter Rot-Grün mit einem SPD-Kanzler Schröder abgeschafft wurde und hier nur ein Fehler korrigiert wurde. Beim sozialdemokratischen Leib- und Magen-Thema der Bürgerversicherung sei in den Verhandlungen die „Fahne ziemlich hochgezogen und dann wieder still eingezogen worden“.

Wie sollte sich die SPD nach dem Pro-Koalitions-Entscheid verhalten? Die SPD-Minister sollten nicht alles von Unionsseite abknicken, sagt Mattheis. Die Fraktion müsse selbstbewusst gegenüber der Regierung sein, alle müssten sich an der basisorientierten Partei orientieren.

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 X

Anschrift der Redaktion (außer Beilage), Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Chefredakteur Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure Claudia Heine (che), Alexander Heinrich (ahe), stellv. C/0 Claus Peter Kosfeld (pk)

Fotos Stephan Roters

Redaktionsschluss 16. März 2018

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH

Leserservice/Abonnement FAZIT Communication GmbH

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition FAZIT Communication GmbH

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Ein neuer Aufbruch für Europa Eine neue Dynamik für Deutschland Ein neuer Zusammenhalt für unser Land



Erleichterte Blicke bei den Spitzen von SPD, CDU und CSU nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages in der vergangenen Woche.

© picture-alliance/Michael Kappeler/dpa

Die Kommissionen kommen

KOALITIONSVERTRAG Mehr Geld für Pflege, Sicherheit und Wohnungen. Dazu ein starkes Europa und begrenzte Zuwanderung

Als „Vertrag für die kleinen Leute, die Mitte unserer Gesellschaft“ pries der CSU-Vorsitzende und künftige Super-Minister für Inneres, Bauen und Heimat, Horst Seehofer, den 175 Seiten starken Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Mit den Unterschriften der drei Parteivorsitzenden Angela Merkel (CDU), Seehofer und Olaf Scholz (SPD) unter den Vertrag wurde in der vergangenen Woche, ungewohnt verspätet, der eigentliche Startschuss für diese Legislaturperiode gegeben. „Es liegt viel Arbeit vor uns“, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Kritiker vorwerfen, die drängendsten Zukunftsfragen nicht entschlossen genug anzugehen. Viel vorgenommen haben sich

holen. Bis 2025 soll jede Region und jede Gemeinde ans Glasfasernetz angeschlossen werden. Schulen, Krankenhäuser, Gewerbegebiete und soziale Einrichtungen in öffentlicher Hand sollen bereits in dieser Legislatur direkt ans Glasfasernetz angebunden werden, dafür soll ein Fonds von zehn bis zwölf Milliarden Euro sorgen. Im Internet sollen weiter alle Inhalte mit gleichem Tempo transportiert werden – die Netzneutralität bleibt. Zudem soll es unter anderem eine Daten-Ethikkommission geben. Ein digitales Bürgerportal soll Bürgern und Unternehmen alle Verwaltungsdienstleistungen elektronisch verfügbar machen. Bis 2025 soll sogar ein Rechtsanspruch auf schnelles Internet geschaffen werden.

Wohnen Bauen und Wohnen haben sich in der vergangenen Legislaturperiode zu einem öffentlichkeitswirksamen Thema entwickelt – entsprechend mehr Raum nehmen sie im Koalitionsvertrag ein. Als Ziel formulieren Union und SPD 1,5 Millionen Wohnungen und Eigenheime, die gebaut werden sollen – ohne allerdings eine zeitliche Frist dafür zu nennen. Auch über 2019 hinaus will der Bund Milliarden in den sozialen Wohnungsbau stecken. Über eine Reform der Grundsteuer (Grundsteuer C) soll zudem mehr Bauland schneller verfügbar gemacht werden. Mit einer Fortsetzung des „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ setzt die Politik weiter auf einen Schulterschluss mit der Wirtschaft, das Gremium soll weitere Reformen anstoßen und bei der Umsetzung begleiten. Die Mietpreisbremse für Ballungsräume soll nachgeschärft werden – mit einer Auskunftsfrist zur Vormiete. Ein „Baukindergeld“ von 1.200 Euro pro Kind und Jahr über zehn Jahre soll es Familien bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze erleichtern, zu bauen oder zu kaufen.

Familie Das Kindergeld soll in zwei Schritten um 25 Euro pro Kind und Monat steigen, der Kinderfreibetrag steigt entsprechend. Erhöht werden soll auch der Kinderzuschlag für Einkommensschwache. Der quantitative und qualitative Ausbau der Kindertagesbetreuung bleibt weiter auf der Agenda, dafür will der Bund bis 2021 rund 3,5 Milliarden Euro investieren. Außerdem ist eine Entlastung der Eltern bei den Kitagebühren bis hin zur Gebührenfreiheit geplant – allerdings ohne konkretes Datum. Kinderrechte sollen eigens im Grundgesetz verankert werden, dazu soll eine Kommission bis Ende 2019 Vorschläge machen.

Bildung Durch eine Grundgesetzänderung (Lockerung des Kooperationsverbotes) soll der Bund mehr Geld in die Schulen stecken können. Zwei Milliarden Euro sind zum Ausbau von Ganztagschulen und -betreuung geplant. Grundschüler sollen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bekommen. Außerdem geplant sind eine Milliarde Euro für eine Bafög-Reform, 600 Millionen Euro zur besseren Ausstattung von Unis und fünf Milliarden Euro für den „Digitalpakt“ für Schulen.

Arbeitsmarkt Befristete Jobs sollen eingedämmt werden. Arbeitgeber mit mehr als 75 Beschäftigten sollen nur noch 2,5 Prozent der Belegschaft sachgrundlos befristet anstellen dürfen, Kettenbefristungen verboten werden. Das zunächst gescheiterte Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit soll kommen – für Firmen ab 45 Mitarbeitern. Bei 45 bis 200 Mitarbeitern soll dieser Anspruch nur einem pro 15 Mitarbeitern gewährt werden müssen. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll um 0,3 Prozentpunkte sinken. Langzeitarbeitslose sollen bezuschusst Jobs bekommen. Ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz soll den Zugang ordnen und steuern.

Rente Bis 2025 sollen das Rentenniveau (das Verhältnis der Rente zum Lohn) nicht unter 48 Prozent fallen und der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigen. Über die Zeit danach soll bis März 2020 eine Rentenkommission nachdenken. Müttern, die vor 1992 drei oder mehr Kinder geboren haben, soll auch das dritte Jahr Erziehungszeit angerechnet werden. Wer Jahrzehnte gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt hat, soll nach 35 Beitragsjahren eine Grundrente zehn Prozent über der Grundsicherung erhalten. Selbstständige sollen zur Altersvorsorge verpflichtet werden. Wer neu wegen Krankheit frühzeitig Erwerbsminderungsrente



1,5 Millionen neue Wohnungen

erhält, soll behandelt werden, als wenn er bis zum aktuellen Renteneintrittsalter gearbeitet hat.

Gesundheit Eine Kommission soll Vorschläge für ein neues Honorarsystem für Kassenpatienten und Privatversicherte machen. Ärzte sollen zudem 25 statt 20 Stunden pro Woche für Kassenpatienten da sein müssen. Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sollen ab 2019 wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt werden – bisher zahlen letztere etwas mehr. Die Koalition will außerdem den Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Medikamenten verbieten.

Pflege 8.000 neue Fachkräfte sofort und eine konzertierte Aktion unter anderem

mit einer Ausbildungsinitiative und Anreizen für mehr Vollzeit sollen die Personalsituation entspannen. Geplant sind zudem einfachere Möglichkeiten für vorübergehende Aus- und Erholungszeiten für Angehörige. Eine bessere, gleichmäßigere Bezahlung soll es durch flächendeckende Tarifverträge und eine Angleichung des Pflegegeldes in Ost und West geben. In Krankenhäusern sollen Personaluntergrenzen für alle bettenführenden Abteilungen eingeführt werden. Auf das Einkommen der Kinder pflegebedürftiger Eltern soll künftig erst ab einem Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen werden.

Innere Sicherheit Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern sollen je 7.500 zusätzliche Stellen bekommen, die Justiz mindestens 2.000 neue Stellen. Für den Umgang mit Terrorgefährdern sollen bundesweit einheitliche Standards kommen. Die Videoüberwachung soll verhältnismäßig und mit Augenmaß ausgebaut werden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) soll im Bereich der zentralen Auswertung und Analyse in Bezug auf islamistischen Terrorismus und länderübergreifenden Extremismusphänomene von bundesweiter Bedeutung eine stärkere Steuerungsfunktion übernehmen. Außerdem wollen die Koalitionäre die Befugnisse des Verfassungsschutzes des Bundes und der Länder vereinheitlichen.

Zuwanderung Union und SPD bekräftigen sich ausdrücklich zum Grundrecht auf Asyl, das folglich nicht angetastet werden soll. Gleichzeitig machen sie klar, dass sich eine „Situation wie 2015“ nicht wiederholen soll. Asylverfahren sollen in zentralen „Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen“ stattfinden. Zwar ist nicht direkt von einer „Obergrenze“ die Rede, doch sollen die jährlichen Zuwanderungszahlen die Spanne von 180.000 bis 220.000 nicht übersteigen. Der Nachzug der Kernfamilie von Flüchtlingen mit eingeschränktem Schutz, etwa aus Syrien, bleibt bis 31. Juli ausgesetzt. Für die Zeit danach ist geplant: Ab August dürfen auch subsidiär Schutzberechtigte wieder Angehörige nach Deutschland nachholen. Der Familiennachzug wird dabei aber auf 1.000 Menschen pro Monat begrenzt. Hinzu kommt eine bereits bestehende Härtefallregelung. Um die Zuwanderung von Fachkräften zu erleichtern soll ein „neues Regelwerk“ geschaffen werden, „das sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft“ orientiert.

Umwelt Die Koalitionäre rücken vom Klimaziel 2020 ab, ohne es gänzlich aufzugeben. Die Rede ist statt dessen von einem Klimaschutzgesetz, das sektorübergreifend auf das Klimaziel 2030 ausgerichtet werden soll. Eine Kommission soll bis Ende 2018 ein Aktionsprogramm zum Klimaschutz erarbeiten. Jeder Bereich, auch Verkehr und Landwirtschaft, muss künftig eigene Klimaziele erreichen. Außerdem soll ein Plan zur schrittweisen Reduzierung

und Beendigung der Kohleverstromung vorgelegt werden. Für bessere Luft in Städten prüfen Union und SPD Nachrüstungen bei älteren Diesel-Fahrzeugen direkt am Motor, denn Fahrverbote wegen Luftverschmutzung in Städten will die Große Koalition vermeiden. Kommunen sollen für Luftreinhaltung und Verkehrsprojekte mehr Geld bekommen. Außerdem wollen Union und SPD die Elektromobilität stärker fördern und in den Aufbau einer flächendeckenden Lade- und Tankinfrastruktur für Elektroautos investieren.



Höhere Beiträge für den EU-Haushalt

Verkehr Mit einem „Schienenpakt“ von Politik und Wirtschaft sollen bis 2030 doppelt so viele Fahrgäste gewonnen und mehr Güter in Zügen transportiert werden. Die bundeseigene Bahn soll verpflichtet werden, das nicht die Maximierung des Gewinns, sondern des Verkehrs zählt.

Landwirtschaft Verbraucher sollen Fleisch aus besserer Haltung an einem staatlichen Tierwohllabel erkennen können. Mit dem umstrittenen Massentöten männlicher Kühe soll bis Ende 2019 Schluss sein. Dazu soll die Verbreitung des Wolfs eingedämmt werden. Die Nutzung des umstrittenen Unkrautgifts Glyphosat wollen Union und SPD so bald wie möglich beenden, ohne ein konkretes Datum dafür zu nennen.

Verbraucherschutz Für Fälle mit vielen Betroffenen wie beim Dieselskandal soll eine Musterfeststellungsklage spätestens ab November 2018 möglich werden. Bei Buchungs- und Vergleichsplattformen im Internet soll mehr Transparenz etwa über die Gewichtung von Ergebnissen und mögliche Provisionen geschaffen werden.

Verteidigung Rüstungsexporte sollen weiter eingeschränkt, Kleinwaffen grundsätzlich nicht in Drittländer exportiert werden. Die Bundeswehrtruppen in Afghanistan und Mali sollen aufgestockt, die militärische Beteiligung am Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat soll dagegen eingeschränkt werden. Durch einen höheren Verteidigungsetat soll für „mehr Personal,

beste Ausbildung und moderne Ausstattung bei der Bundeswehr“ gesorgt werden. Geplant ist außerdem ein Ausbau der europäischen Verteidigungsunion mit PESCO, einem europäischen Verteidigungsfonds und weiteren Schritten auf dem Weg zur „Armee der Europäer“. Zum Zwei-Prozent-Rüstungsziel der Nato bekennt sich der Koalitionsvertrag indirekt, man werde „dem Zielkorridor der Vereinbarungen in der Nato nachkommen“, heißt es. Die Bedeutung des transatlantischen Bündnisses mit den USA wird explizit hervorgehoben, man wolle es weiter festigen, so das Ziel von Union und SPD.

Europa „Europa nutzt heute sein politisches und wirtschaftliches Potenzial zu wenig und mit zu geringem Selbstbewusstsein. Wir brauchen eine neue Kultur der Verantwortung, die die Glaubwürdigkeit Europas als Partner in der westlichen Welt erhöht und unsere Position gegenüber aufstrebenden Mächten stärkt.“ So beschreibt die Koalition ihr Verständnis von der künftigen Rolle Europas. Deutschland soll sich demnach, gemeinsam mit Frankreich, stärker in die Debatte für eine Strukturreform der Eurozone und deren wirtschaftliche Stabilisierung einbringen. Ziel ist unter anderem ein „Investivhaushalt“ für die Eurozone und die Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen Europäischen Währungsfonds, mit dem Mitgliedsländer in finanzieller Notlage unterstützt werden sollen. Zudem wird eine „solidarische Verantwortungsteilung in der EU“ in der Flüchtlingspolitik angestrebt. Generell gilt: „Wir sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit.“ Die EU-Sanktionen gegenüber Russland sollen erst aufgehoben werden, wenn das Minsker Abkommen vollständig umgesetzt ist. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sollen wegen der dortigen Situation in puncto Rechtsstaatlichkeit auf Eis gelegt werden, ebenso eine Visa-Liberalisierung und Zollunion.

Außenpolitik Die „enormen Herausforderungen“ verlangen „eine entschlossene und substanzielle Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik aus einem Guss“, heißt es im Koalitionsvertrag. Deshalb sollen die Etats für Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit künftig in gleichem Maß steigen. Neben einer „deutlichen“ Erhöhung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention, bekennt sich die Koalition zu einer „fairen Handelspolitik“. So soll unter anderem das umstrittene Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den afrikanischen Staaten (EPAs) überprüft werden. che ||



8.000 zusätzliche Stellen in der Pflege

CDU, CSU und SPD dennoch. Ein Überblick über die wichtigsten Vorhaben der Großen Koalition:

Finanzen Der Solidaritätszuschlag soll schrittweise wegfallen, beginnend 2021 mit einer Entlastung von 10 Milliarden Euro, die 90 Prozent der Zahler vom Zuschlag befreien soll. Vor allem untere und mittlere Einkommen sollen davon profitieren. Steuererhöhungen für die Bürger soll es nicht geben. Für den Haushalt gilt weiter das Ziel einer „schwarzen Null“, also keiner neuen Schulden. Die Abgeltungsteuer auf Zinsen soll abgeschafft werden. Stattdessen soll für Zinserträge der persönliche Steuersatz gelten. Als eine Art Baulandsteuer ist eine neue „Grundsteuer C“ anzusehen (siehe: Wohnen). Eine Umgehung der Grunderwerbsteuer durch Immobiliengesellschaften (Share Deals) soll unterbunden werden.

Digitalisierung Ein eigenes Digitalministerium wird es auch in dieser Legislaturperiode nicht geben. Statt dessen soll sich die CSU-Politikerin Dorothee Bär im Kanzleramt um das Schnittstellenthema kümmern und im Zusammenwirken mit ihren Fachkollegen aus verschiedenen Ministerien den digitalen Wandel erheblich beschleunigen. Grundlage für jegliche Vision bildet schnelles Internet – und zwar flächendeckend. Hier will die Bundesregierung auf-





Angela Merkel (CDU)
Die 63-jährige gebürtige Hamburgerin, die in der Uckermark aufwuchs, ist zum vierten Mal als Kanzlerin wiedergewählt worden. Die promovierte Physikerin wurde zur Wendezeit politisch aktiv, als sie zum Demokratischen Aufbruch stieß und dann zur CDU wechselte. Seit 1990 sitzt Merkel im Bundestag, 2000 wurde sie CDU-Vorsitzende. Unter ihrem Förderer Helmut Kohl (CDU) war sie in den 1990er Jahren Frauen- und dann Umweltministerin. Die Spannungen in der EU und die weiterschwellende Flüchtlingsfrage dürfte zu ihren größten Herausforderungen in dieser Legislatur zählen.

BUNDESKANZLERAMT

Staatsminister
Dorothee Bär (CSU, oben links)
Monika Grütters (CDU, unten links)



Hendrik Hoppenstedt (CDU, oben rechts)
Annette Widmann-Mauz (CDU, unten rechts)



Helge Braun (CDU)
Der bisherige Staatsminister im Kanzleramt übernimmt nun als Nachfolger von Peter Altmaier den Posten des Kanzleramtschefs und damit den „Maschinenraum“ der Bundesregierung. Der 45-jährige Mediziner aus Gießen gehörte dem Deutschen Bundestag erst von 2002 bis 2005 und dann seit 2009 an. Von 2009 bis 2013 war Helge Braun Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbildungsministerium.

Die neue Regierung

Kanzlerin, Minister, Staatsminister und Parlamentarische Staatssekretäre



Katarina Barley (SPD)
Die gebürtige Kölnerin, die seit 2013 im Bundestag sitzt, musste zuletzt mehrfach schnelle Anpassungsfähigkeit unter Beweis stellen. Erst im Dezember 2015 als SPD-Generalsekretärin, dann im Juni 2017 als Familienministerin und zuletzt ab September 2017 als kommissarische Arbeitsministerin. Das Justizressort, das sie jetzt übernommen hat, entspricht dem Bildungsweg der 49-jährigen Juristin mit Dokortitel, die bei Trier lebt. Wegen ihres zusätzlich britischen Passes wurde Katarina Barley zeitweise auch als Außenministerin gehandelt

Justiz und Verbraucherschutz



Parlamentarische Staatssekretäre
Rita Hagl-Kehl (SPD, oben)
Christian Lange (SPD, unten)



Olaf Scholz (SPD)
Der neue Finanzminister und Vizekanzler ist einer der erfahrensten Sozialdemokraten im Kabinett. Unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) war Scholz Generalsekretär der Partei und (mit Unterbrechung als Innensenator in Hamburg) von 1998 bis 2011 Mitglied des Bundestages (Wahlkreis Hamburg-Altona). Von 2007 bis 2009 war der in Osnabrück geborene und inzwischen 59 Jahre alte Rechtsanwalt Bundesarbeits- und Sozialminister. 2011 ging er nach Hamburg – diesmal als Erster Bürgermeister. Jetzt ist wieder Berlin an der Reihe.

Finanzen



Parlamentarische Staatssekretäre
Bettina Hagedorn (SPD, links)
Christine Lambrecht (SPD, rechts)



Julia Klöckner (CDU)
Die 45-jährige Winzertochter aus Rheinland-Pfalz und frühere Weinkönigin soll dem Kabinett ein jüngerer und weiblicheres Antlitz geben. Die bisherige CDU-Landeschefin und Fraktionchefin im Mainzer Landtag saß bereits 2002 bis 2011 im Bundestag. 2009 war sie Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium, das sie jetzt leitet. Die studierte Politologin und Theologin ist Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Ernährung und Landwirtschaft



Parlamentarische Staatssekretäre
Hans-Joachim Fuchtel (CDU, links)
Michael Stübgen (CDU, rechts)



Ursula von der Leyen (CDU)
Das Verteidigungsministerium leitete die 59-jährige Niedersächsin bereits in der vergangenen Legislaturperiode. In den ersten beiden Kabinetten von Kanzlerin Merkel war sie bereits Familienministerin (2005-2009) und Arbeits- und Sozialministerin (2009-2013), in den Bundestag zog sie erstmals 2009 ein. Vor ihrem Wechsel in die Bundespolitik gehörte die promovierte Ärztin bereits dem niedersächsischen Landtag an und war Landesministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (2003-2005) unter Ministerpräsident Christian Wulff (CDU).

Verteidigung



Parlamentarische Staatssekretäre
Peter Tauber (CDU, oben)
Thomas Silberhorn (CSU, unten)



Andreas Scheuer (CSU)
Der ehrgeizige frühere Generalsekretär der CSU war von 2009 bis 2013 bereits Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, dem er jetzt als Minister vorsteht. Der 43-Jährige studierte Politologie aus Passau steht für die Verjüngung in der Partei. Scheuer gehört dem Deutschen Bundestag seit 2002 an. Fahrverbote und blaue Plaketten für relativ saubere Dieselaautos lehnt er ab.

Verkehr und digitale Infrastruktur



Parlamentarische Staatssekretäre
Steffen Bilger (CDU, oben)
Enak Ferlemann (CDU, unten)



Svenja Schulze (SPD)
Die Generalsekretärin der SPD in Nordrhein-Westfalen wechselt von der Landes- in die Bundespolitik. Die 49-Jährige war von 1997 bis 2000 und erneut seit Oktober 2004 Abgeordnete im Landtag in Düsseldorf. Schulze amtierte zwischen 2010 und 2017 als Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Die Sozialdemokratin tritt im Umweltministerium, das den Baubereich verloren hat, die Nachfolge von Barbara Hendricks (SPD) an.

Umwelt, Natur, nukleare Sicherheit



Parlamentarische Staatssekretäre
Florian Pronold (SPD, links)
Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD, rechts)



Heiko Maas (SPD)
Der Jurist aus dem Saarland hat sich in der vergangenen Legislaturperiode als Bundesjustizminister einen Namen gemacht, auch mit umstrittenen Vorhaben wie dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Der 51-Jährige war vor seiner Ministerberufung in Berlin als saarländischer Landespolitiker bekannt. 1999 bis 2012 führte er die SPD-Opposition im Landtag, dann wurde er Wirtschaftsminister in der Großen Koalition. Als Außenminister wird er sich nun mit dem Brexit, der EU-Stärkung, dem Verhältnis zu den USA und den Krisenherden von Syrien bis zur Ukraine befassen müssen.

Auswärtiges Amt



© picture-alliance/rm - radio tele nord



© picture-alliance/Marius Becker/dpa



© Susie Knoll

Staatsminister
Niels Annen (SPD, oben links)
Michelle Müntefering (SPD, rechts)
Michael Roth (SPD, unten links)



© picture-alliance/Sven Hoppeld/dpa

Horst Seehofer (CSU)
Mit seinem Wechsel in das Bundeskabinett ist der CSU-Vorsitzende, bis vergangene Woche noch bayerischer Ministerpräsident (seit 2008), an eine alte Wirkungsstätte zurückgekehrt: Schließlich war er bereits von 1992 bis 1998 Bundesgesundheitsminister und von 2005 bis 2008 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Anders als damals gehört der neue „Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat“ in der 19. Wahlperiode nicht dem Bundestag an, dessen Mitglied er von 1980 bis 2008 war.

Inneres, Bau und Heimat



© Laurence Chaperon



© picture-alliance/dpa



© Marco Wanderwitz

Parlamentarische Staatssekretäre
Günter Krings (CDU, oben links)
Stephan Mayer (CSU, oben rechts)
Marco Wanderwitz (CDU, unten links)



Peter Altmaier (CDU)
Der 59-jährige bisherige Kanzleramtsminister und geschäftsführende Finanzminister arbeitet seit langem mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zusammen. So war er etwa Parlamentsgeschäftsführer der Union und Bundesumweltminister, bevor er 2013 die Leitung in der Regierungszentrale übernahm. 2015 koordinierte er die Politik der Bundesregierung in der Flüchtlingskrise. Altmaier ist Jurist und stammt aus dem Saarland. Neben den aktuellen weltwirtschaftlichen Herausforderungen hat er angekündigt, einen Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands zu legen.

Wirtschaft und Energie



© Thomas Bareiß



© Jan Kopecký



© Laurence Chaperon

Parlamentarische Staatssekretäre
Thomas Bareiß (CDU, oben links)
Christian Hirte (CDU, oben rechts)
Oliver Wittke (CDU, unten links)



© picture-alliance/Silas Stein/dpa

Hubertus Heil (SPD)
Hubertus Heil wurde 1972 in Hildesheim geboren und studierte Politikwissenschaften und Soziologie. Seit 1988 ist er Mitglied der SPD und seit 1998 direkt gewähltes Mitglied des Bundestages für den Wahlkreis Gifhorn-Peine. Heil gehört schon länger zur ersten Riege der SPD, war in den Jahren 2005 bis 2009 und für einige Monate im vergangenen Jahr Generalsekretär der Partei und ist seit 2011 Mitglied des Parteivorstandes. Von 2009 bis 2017 war er stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Arbeit und Soziales



© Kerstin Griese



© Susie Knoll

Parlamentarische Staatssekretärinnen
Kerstin Griese (SPD, links)
Anette Kramme (SPD)



Franziska Giffey (SPD)
Die 40-jährige wurde in Frankfurt (Oder) geboren und trat erst 2007 in die SPD ein. Zwischen 2002 und 2010 war die Diplom-Verwaltungswirtin (FH) und promovierte Politologin Europabeauftragte des Berliner Bezirks Neukölln und anschließend bis 2015 Bezirksstadträtin für Bildung, Schule, Kultur und Sport. Im April 2015 trat sie schließlich die Nachfolge von Heinz Buschkowsky (SPD), den sie als ihr politisches Vorbild ansieht, als Bezirksbürgermeisterin von Neukölln an. Dem Bundestag gehört Franziska Giffey nicht an.

Familie, Senioren, Frauen, Jugend



© Caren Marks



© picture-alliance/dpa

Parlamentarische Staatssekretäre
Caren Marks (SPD, links)
Stefan Zierke (SPD, rechts)



© picture-alliance/Bernd von Jützendorf/dpa

Jens Spahn (CDU)
Der Politiker wurde am 16. Mai 1980 im westfälischen Ahaus geboren. Er legte 1999 sein Abitur ab, machte eine Ausbildung als Bankkaufmann, bevor er ein Studium der Politikwissenschaften begann, das er 2017 abschloss. Spahn ist seit 1997 in der CDU und seit 2014 Mitglied des CDU-Präsidiums. Seit 2002 gehört er dem Bundestag an. Von 2009 bis 2015 war er gesundheitspolitischer Sprecher der Unionsfraktion. In der zurückliegenden Wahlperiode wirkte er zunächst im Gesundheitsausschuss, bevor er Finanzstaatssekretär wurde. Spahn wurde nun mit 37 Jahren zum Gesundheitsminister ernannt.

Gesundheit



© Axel Wolff



© picture-alliance/Andreas Arnold/dpa

Parlamentarische Staatssekretäre
Sabine Weiss (CDU, oben)
Thomas Gebhart (CDU, unten)



Anja Karliczek (CDU)
Die Diplom-Kauffrau aus dem Tecklenburger Land, lange im Hotelgewerbe tätig, gilt als Überraschkandidatin der CDU im neuen Bundeskabinett. Anja Karliczek sitzt seit 2013 im Bundestag und wurde im Januar 2017 Parlamentarische Staatssekretärin der Unionsfraktion. Mit Blick auf die geplante Lockerung des Kooperationsverbots in der Bildung und fehlende Investitionen im Hochschulsektor steht sie vor schwierigen Aufgaben.

Bildung und Forschung



© Tobias Koch



© Thomas Rachel

Parlamentarische Staatssekretäre
Michael Meister (CDU, oben)
Thomas Rachel (CDU, unten)



© picture-alliance/Kay Nierfeld/dpa

Gerd Müller (CSU)
Neben Ursula von der Leyen ist der Allgäuer (62) der einzige Minister im neuen Kabinett, der sein Ressort behalten darf. Seit 1994 sitzt der Politikwissenschaftler im Bundestag, von 2005 bis 2013 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Im Dezember 2013 wurde Müller Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ein Jahr später gründete er das „Bündnis für nachhaltige Textilien“. Zuletzt erschien sein Buch „Unfair! Für eine gerechte Globalisierung“.

Entwicklung



© barthle.de



© Jan Kopecký

Parlamentarische Staatssekretäre
Norbert Barthle (CDU, links)
Maria Flachsbarth (CDU, rechts)



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Versorgung für Ost-Geschiedene

RENTE Für die rentenrechtliche Situation der in der DDR geschiedenen Frauen muss eine Lösung gefunden werden. Das fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (19/983), der vergangene Woche ohne Aussprache zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. Im Gegensatz zu Frauen aus den westlichen Bundesländern können in der DDR geschiedene Frauen nicht von den Rentenanwartschaften ihres früheren Ehepartners profitieren. Dies betrifft auch Scheidungen in den östlichen Bundesländern bis 1992, da dort erst in jenem Jahr der Versorgungsausgleich nach westdeutschem Muster eingeführt wurde. Daraus würden sich „erhebliche soziale Härten“ insbesondere bei älteren, geschiedenen Frauen, die sich vorrangig um die Familie und die Erziehung der Kinder gekümmert haben, ergeben, argumentieren die Grünen. So könne eine Frau aus den alten Bundesländern, deren Ehe vor 1977 geschieden wurde, eine Geschiedenenwitwenrente beziehen, wenn ihr Ex-Mann ihr vor seinem Tod Unterhalt gezahlt hat. Eine Frau aus den neuen Bundesländern, deren Ehe vor 1977 geschieden wurde, habe hingegen keinen Anspruch auf eine Geschiedenenwitwenrente, auch dann nicht, wenn ihr Mann gerichtlich dazu verurteilt wurde, ihr Unterhalt zu zahlen.

Die Fraktion verlangt deshalb von der Bundesregierung, „schnellstmöglich“ eine Regelung zugunsten von Frauen einzuführen, die vor 1992 im Gebiet der neuen Bundesländer geschieden wurden und ihre Erwerbsarbeit unterbrochen oder eingeschränkt haben.

che

KURZ NOTIERT

Ausschuss für Bauen und Wohnen gefordert

Die Fraktion Die Linke dringt auf die Einsetzung eines ständigen Bundestagsausschusses für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung mit 18 Mitgliedern. Dies geht aus einem Bundestags-Antrag der Fraktion (19/1042) hervor. Danach soll der im Januar eingesetzte Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zum „Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“ werden. Zur Begründung schreibt die Linksfraktion, in vielen Städten und Ballungsräumen bestehe „ein eklatanter und weiter zunehmender Mangel an bezahlbarem Wohnraum“. Die Zurechnung des Politikfelds „Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung“ in den Innenausschuss sei „weder sachgerecht noch zielführend, um diesen Mangel zu beheben“.

sto

Linke für Gedenktag am 8. Mai als »Tag der Befreiung«

Der 8. Mai soll nach dem Willen der Fraktion Die Linke als „Tag der Befreiung“ gesetzlicher Gedenktag werden. In einem Antrag (19/1007) fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, um dem 8. Mai den Status eines solchen Gedenktages zu verleihen. In der Begründung verweist die Fraktion darauf, dass der Tag des Endes des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 für Millionen Menschen ein Tag der Hoffnung und Zuversicht gewesen sei. Bis heute werde indes seine Bedeutung als „Tag der Befreiung“ nicht allgemein anerkannt. Auch diese Unterschiedlichkeit der Bewertung biete die Chance, „einen lebendigen Gedenktag zu etablieren, der sich nicht in Symbolen und Ritualen erschöpft, sondern zu streitbaren öffentlichen Diskussionen Anlass gibt“, schreibt die Linksfraktion.

sto

Bundratsinitiative zur Entlastung der Sozialgerichte

Der Deutsche Bunderrat hat einen Gesetzentwurf (19/1099) zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes vorgelegt. Damit soll die Arbeit der Gerichte erleichtert werden. Die Länderkammer begründet ihre Initiative damit, dass die Belastung der Sozialgerichtsbarkeit, insbesondere in der ersten Instanz, unverändert hoch sei. So seien im Jahr 2014 bei den Sozialgerichten insgesamt 371.388 Klagen in Hauptsacheverfahren und 47.263 Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz eingegangen. Vorschläge einer Arbeitsgruppe verschiedener Landesjustizverwaltungen zur Entlastung der Sozialgerichte seien indes nur teilweise umgesetzt worden. Mit dem Gesetzentwurf des Bundsrats sollen bislang noch nicht umgesetzte Vorschläge dieser Arbeitsgruppe insbesondere zur Vereinfachung des gerichtlichen Verfahrens aufgegriffen werden.

che



Noch immer verdienen Frauen deutlich weniger als Männer in Deutschland.

© picture-alliance/dpa

Lückenschließer

GLEICHSTELLUNG Linke und Grüne für Verbandsklagerecht gegen Arbeitgeber bei »Lohndiskriminierung«

Für Ulla Schauws ist die Sache klar: „Jede Lohnlücke größer Null ist ungerecht“, sagte die frauenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen am vergangenen Freitag im Bundestag und forderte die Bundesregierung auf, endlich einen substanziellen Beitrag zur Verringerung der Lohnunterschiede von Frauen und Männern zu leisten. Noch immer verdienen in Deutschland Frauen 21 Prozent weniger als Männer. Linksfraktion und Grüne hatten Anträge (19/1005, 19/1192) vorgelegt zur Nachbesserung am Entgelttransparenzgesetz, das der Bundestag im vergangenen Jahr verabschiedet hatte und das Angestellten in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten einen Auskunftsanspruch gegenüber dem Arbeitgeber über die Lohnstrukturen im Betrieb einräumt, um sich so gegen Lohndiskriminierungen wehren zu können. Nach Ansicht von Linken und Grünen ist das Gesetz jedoch nicht ausreichend. Die Forderungen der beiden Oppositionsfraktionen gehen in die gleiche Richtung: Überstimmend wollen sie eine Verbandsklage einführen. Bislang kann eine Frau nur individuell gegen Lohndiskriminierung klagen. Diese Regelung gehe aber an der Realität vorbei, kritisierte Doris Achelwilm (Linke). Ein Individualklagerecht könne gegen eine kollektive Benachteiligung nichts ausrichten. Frauen, würden sich in vielen Fällen nicht trauen, allein gegen den Arbeitgeber zu klagen, von den Kosten und der dafür nötigen Zeit ganz zu schweigen, argumentieren Linke und Grüne. Deshalb sollen nach ihrem Willen auch der Betriebsrat, eine Gewerkschaft oder ein anerkannter Verband gegen den Arbeitgeber wegen Lohndiskriminierungen klagen dürfen.

Zudem wollen die beiden Fraktionen den Geltungsbereich des Entgelttransparenzgesetzes ausweiten. Rund zwei Drittel aller angestellten Frauen kämen durch die Begrenzung auf Betriebe ab 200 Beschäftigten gar nicht in den Genuss des Auskunfts-

spruches, monierten Achelwilm und Schauws. Die Linksfraktion fordert, dass dieser für alle Beschäftigten unabhängig von der Größe des Betriebs gilt. Unterstützung bekam die Opposition zumindest in Teilen aus den Reihen der Sozialdemokraten. So schloss sich Leni Breymer (SPD) der Forderung nach einem Verbandsklagerecht an. Zugleich mahnte sie jedoch, dem Entgelttransparenzgesetz auch Zeit zu geben, seine Wirkung zu entfalten. Schließlich sei es erst im Sommer vergangenen Jahres auf den Weg gebracht worden. Das Gesetz sei ein „Meilenstein“ für die Gleichberechtigung von Mann und Frau am Arbeitsmarkt, sagte Breymer.

Einen Tag vor der Debatte hatte das Statistische Bundesamt in einer Pressemitteilung noch einmal bestätigt, dass Frauen in Deutschland durchschnittlich noch immer 21 Prozent weniger verdienen als Männer. So liege der durchschnittliche Bruttostundenlohn von Frauen bei 16,59 Euro, der von Männern hingegen bei 21 Euro. An diesem sogenannten unbereinigten Gender Pay Gap hat sich in den vergangenen zehn Jahren nur wenig verändert. Lediglich um zwei Prozentpunkte ist er seit 2007 gesunken. Deutliche Unterschiede existieren allerdings zwischen Ost und West. Denn während der Lohnunterschied in den Ländern der alten Bundesrepublik 22 Prozent beträgt, liegt er in den neuen Bundesländern bei nur sieben Prozent.

Als „unbereinigt“ wird der Gender Pay Gap bezeichnet, weil in diese Berechnung unterschiedliche berufliche Tätigkeiten, Qualifikationen und Erwerbsbiografien nicht einfließen. Berechnet man diese Faktoren mit ein, dann beträgt die Lohnlücke, der sogenannte bereinigte Gender Pay Gap, zwischen Männern und Frauen nur noch sechs Prozent. Auf diesen Umstand verwies in der Debatte die Unionsabgeordnete Ursula Groden-Kranich (CDU). Die Ursachen für die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen seien sehr viel vielschichtiger, als Linke

»Die 21 Prozent Lohnunterschied müssen verschwinden.«

Doris Achelwilm (Linke)

und Grüne behaupteten. Deshalb griffen ihre Anträge auch zu kurz. So würden Frauen sehr viel öfter in sozialen Berufen arbeiten als etwa in technischen. Die Bezahlung in den klassischen Frauenberufen sei aber oftmals deutlich schlechter. Zudem würden Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten und hätten familienbedingt Brüche in der Erwerbsbiografie. Es sei aber falsch, Frauen immer nur als Opfer einer Diskriminierung zu betrachten, sagte Groden-Kranich. Stattdessen sollten junge Frauen ermutigt werden, besser bezahlte Berufe zu ergreifen.

In diesem Sinn argumentierte auch Nicole Bauer (FDP). Die Forderungen von Linken und Grünen seien „unzumutbar“ für die Wirtschaft und nicht geeignet, um die Lohnlücke zu schließen. Stattdessen sollte die Bezahlung in den sozialen Berufen verbessert werden. Auf komplettes Unverständnis stießen Linke und Grüne bei der AfD. Deren Abgeordneter Thomas Ehrhorn erklärte das ganze Thema für pure „Ideologie“. Nach Berechnungen des Instituts für deutsche Wirtschaft (IW) betrage die Lohnlücke bei Einberechnung aller Faktoren höchstens zwei Prozent. Von einer Diskriminierung könne keine Rede sein. Deutschland sei ein freies Land und jeder könne einen besser bezahlten Beruf ergreifen: „Jede Frau kann Ingenieur werden.“

Alexander Weinlein

STICHWORT

Entgelttransparenzgesetz

> **Auskunftsanspruch** Arbeitgeber mit mehr als 200 Beschäftigten müssen diesen auf Anfrage mitteilen, nach welchen Kriterien sie entlohnt werden.

> **Überprüfung** Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten sind aufgefordert, regelmäßig ihre Entgeltstrukturen auf Lohndiskriminierung zu überprüfen.

> **Lohnleichheit** Das Gesetz verbietet ausdrücklich jede Form der Benachteiligung beim Gehalt und all seinen Bestandteilen aufgrund des Geschlechts.

»Ein Frontalangriff auf die Freizügigkeit«

FLUCHT AfD scheidet mit Antrag zu Grenzkontrollen

Im Streit um die deutsche Flüchtlingspolitik ist die AfD-Fraktion vergangene Woche im Bundestag mit einem Vorstoß für „umfassende Grenzkontrollen“ gescheitert. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen lehnte das Parlament einen entsprechenden Antrag der AfD (19/41) ab. In namentlicher Abstimmung votierten 544 Parlamentarier gegen die Vorlage. Neben 81 Mitgliedern der AfD-Fraktion befürworteten auch zwei fraktionslose und ein FDP-Abgeordneter den Antrag, während sich drei CDU-Parlamentarier enthielten.

Nach dem Willen der AfD-Fraktion sollte die Bundesregierung „sofort einen vollständigen und effektiven Schutz der deutschen Grenze“ gewährleisten. „Das heißt, umfassende Grenzkontrollen mit entsprechenden Vollmachten einzurichten und diesen Grenzschutz durch geeignete Maßnahmen zu ermöglichen, gegebenenfalls durch Auf- und Ausbau von Bundesbereitschaftskräften“, heißt es in der Vorlage weiter. Danach sollte die Bundesregierung diese Grenzkontrollen so durchführen, „dass das Ergebnis eine grundsätzliche Zurückweisung von unberechtigtem Grenzübertritt bewirkt“. Dies sollte auch in den Fällen gelten, in denen sich „ein Migrant, der aus einem benachbarten sicheren Drittstaat (...) anreist, auf Verfolgung oder Schutzgründe beruft“.

In der Debatte nannte der CDU-Abgeordnete Detlef Seif den AfD-Antrag einen „Frontalangriff gegen eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union: die Freizügigkeit und die Reisefreiheit“. Der Antrag zielt auf ein rechtswidriges Verhalten, sei schlecht begründet und zeige, wie unbarmherzig die AfD mit verfolgten Menschen umgehe. Der SPD-Parlamentarier Uli Grötsch betonte, eine umfassende und dauerhafte Kontrolle an den deutschen Außengrenzen

sei „weder rechtlich möglich noch von uns politisch gewollt“. Seine Partei stehe im Gegenteil für ein Europa ohne Binnengrenzen. „Für uns ein grenzenloses Europa ein Wert für sich“, unterstrich Grötsch. Dafür lohne es sich auch zu kämpfen. Der AfD-Abgeordnete Gottfried Curio kritisierte dagegen, den „Unterstützern der offenen Grenzen“ gehe es „um den Umbau der einheimischen Bevölkerung“. Curio fügte hinzu: „Die UN-Umsiedlungspläne – Resettlement – von Afrika nach Europa, de facto Deutschland, hat Frau Merkel, die Kanzlerin der Ausländer, der Union ins Parteiprogramm geschrieben“.

Der FDP-Parlamentarier Benjamin Strasser hielt der AfD „Abschottungsphantasien“ vor. Er wolle aber keine „kleingeistige Abschottung in Europa“, sondern ein Europa, in dem Grenzen nicht trennen. „Wir wollen ein Europa der Freizügigkeit für Menschen und für Waren“, sagte Strasser. Die AfD reagiere dagegen „auf die Herausforderungen

dieser Zeit mit Angst“.

Für Die Linke bescheinigte ihre Abgeordnete Ulla Jelpke dem AfD-Redner rassistische Stimmungsmache. Curio habe mit seiner Rede gezeigt, „wie man hetzt von Seiten der AfD, wie man diffamiert“. Der AfD-Antrag sei „ein einziger Verstoß gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit“. Freizügigkeit sei ein hohes Gut, das man verteidigen müsse. Die Grünen-Parlamentarierin Luise Amtsberg bewertete den AfD-Antrag als „europafeindlich“ und „geschichtsvergessen“. Dabei traue sich die AfD nicht zu sagen, dass die von ihr geforderte lückenlose Grenzkontrolle nur umgesetzt werden könne, „wenn wir um Deutschland eine Mauer bauen“, kritisierte Amtsberg. Die Personenfreizügigkeit sei „alltäglicher Ausdruck“ eines friedlichen, auf Zusammenhalt bedachten Europa.

Helmut Stoltenberg

»Für uns ist ein grenzenloses Europa ein Wert für sich.«

Uli Grötsch (SPD)

Zank um Kinderbetreuung durch getrennte Eltern

RECHT Breite Kritik an FDP-Vorstoß für »Wechselmodell«

Die von der FDP geforderte gesetzliche Festschreibung des sogenannten Wechselmodells zur Betreuung von Kindern getrennter Eltern als Regelfall stößt bei den anderen Fraktionen des Bundestages auf Ablehnung. Dies wurde vergangene Woche in der Debatte über einen entsprechenden FDP-Antrag (19/1175) deutlich, der ebenso wie ein Antrag der Linken gegen eine solche Festschreibung (19/1172) zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Als „Wechselmodell“ wird danach bezeichnet, wenn das Kind „in regelmäßigen Abständen zwischen den Betreuungen der beiden Elternteile“ wechselt und sich beide Eltern die Betreuung „etwa hälftig“ teilen.

Die FDP argumentierte in ihrer Vorlage, dass die Politik mit gesetzlichen Rahmenbestimmungen Eltern in ihrem Wunsch unterstützen müsse, die gemeinsame Verantwortung auch nach einer Trennung beizubehalten. Katrin Helling-Plahr (FDP) sagte, das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) gehe davon aus, dass ein Kind dann bei nur einem Elternteil tatsächlich lebt, während es den anderen im Rahmen von Umgangskontakten besucht. Angesichts einer „erfreulicherweise immer stärkeren Einbeziehung beider Elternteile in die Erziehungsverantwortung“ brauche das Familienrecht „dringend ein Update“.

Redner der anderen Fraktionen wiesen darauf hin, dass das Wechselmodell immer beliebter werde, dafür aber eine Reihe von Voraussetzungen erforderlich und eine Festschreibung nicht praktikabel sei. Notwendig seien unter anderem die bestmögliche

Unterstützung der Familien und die Qualifizierung der Familiengerichte. Mechthild Heil (CDU) gab zu bedenken, dass die allermeisten Eltern in Deutschland es im Trennungsfall schaffen, einvernehmlich ein Betreuungsmodell zu vereinbaren, mit dem Kinder und Eltern gut leben könnten. Marcus Weinberg (CDU) betonte ebenfalls den Einzelfallcharakter von Betreuungsentscheidungen. Ein verordnetes Wechselmodell könne auch kindswohlführend sein.

Sonja Steffen (SPD) bezeichnete den FDP-Antrag als „keine gute Idee“. Zwar sei es angesichts der sich abzeichnenden Ungewissheit in der Rechtsprechung „an der Zeit, dass wir uns hier auf den Weg machen, das Wechselmodell im Gesetz zu verankern“. Die FDP wolle indes, dass dieses Modell zum Regelfall wird. Wenn es um Kinder gehe, könne es aber keine Regelfälle geben. Nicole Höchst (AfD) sprach sich ebenfalls gegen den FDP-Antrag aus. Zwangsweise Anordnungen und Experimente mit Kindern werde ihre Partei nicht mitmachen. Die konkreten Bedürfnisse der Kinder sollten bei der Betreuung im Vordergrund stehen, ein abstraktes Modell der Gleichheit zwischen Mutter und Vater dürfe nicht ausschlaggebend sein.

Für Die Linke warnte Katrin Werner, „Konfliktmanagement per Gesetz“ könne nicht funktionieren. Das Pendeln zwischen zwei zerstrittenen Elternteilen gehe fast immer zu Lasten der Kinder und sei für sie unerträglich. Der Antrag der Linken sei neben der Ablehnung des Wechselmodells als Regelfall auch eine Neuregelung des Unterhalts vor. Auch Redner der Koalitionsparteien sprachen sich dafür aus, bei letzterem über eine gesetzliche Klarstellung zu reden. Andrea Lindholz (CSU) sagte, mit der SPD sei vereinbart, „dass wir uns die Unterhaltsregelungen noch mal anschauen“. Esther Dilcher (SPD) nannte die Forderung der Linken nach einer Änderung des Unterhaltsrechts „ein bisschen zu kurz gedacht“. Hier müsse man „noch eine ganze Menge mehr erarbeiten“.

Katja Keul (Grüne) sagte, über den Linken-Antrag könne man reden, während ihre Fraktion den der FDP ablehne. Es gebe keinen Anlass für gesetzgeberische Aktivitäten und einen Paradigmenwechsel. Bei der Betreuung gehe es nicht um Elterngerechtigkeit, sondern allein um das Wohl des Kindes. Gebraucht würden Unterstützungsleistungen, gute Beratung durch das Jugendamt und gut ausgebildete Familienrichter und Sachverständige.

Michael Wojtek



Wohin, wenn die Eltern getrennt leben?

© picture-alliance/AP





Erst die Kinder ins Bett bringen und dann wieder ins virtuelle Büro: Wann verwischt die Grenze zwischen Arbeit und Leben und wann wird es gefährlich? Noch ist der Ausgang der Debatte offen.

© picture-alliance/ikon Images

Linken-Vorstoß zu Betriebsräten

ARBEIT Seit Anfang März finden in Deutschland Betriebsratswahlen statt – ein passender Zeitpunkt, um auch im Bundestag über die Rolle von Betriebsräten und deren Arbeit zu debattieren. In erster Lesung beschäftigte sich der Bundestag in der vergangenen Woche mit einem Antrag (19/860) der Fraktion Die Linke, in dem diese fordert, Betriebsratswahlen zu erleichtern und Betriebsräte besser zu schützen. Jutta Krellmann (Die Linke) beklagte, dass in vielen Betrieben die Einrichtung und auch die Arbeit von Betriebsräten gezielt verhindert werde. Dies müsse härter bestraft werden, forderte sie. Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen) forderte, dass rechtsfreie Räume geschlossen werden müssten, um es Arbeitnehmern zu ermöglichen, sich ohne Angst vor einer Kündigung für einen Posten als Betriebsrat zu bewerben. Peter Aumer (CSU) begrüßte die Vereinfachung von Betriebsratswahlen. Allerdings kritisierte er, dass der Antrag zu stark von einem Klassenkampf-Duktus geprägt sei. Auch Bernd Rützel (SPD) hob die Vorteile der betrieblichen Mitbestimmung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber hervor. Der Koalitionsvertrag biete für eine Wahlvereinfachung eine gute Grundlage, die Pläne könnten aber noch weiter gehen, so Rützel. Carl-Julius Cronenberg (FDP) sagte, ein Betriebsrat sei nur sinnvoll, wenn er legitimiert ist und besonders in kleinen Firmen seien kurze Dienstwege der Bürokratie vorzuziehen. Jürgen Pohl (AfD) kritisiert die fehlende Zielführung des Antrags und stellte fest, dass er lediglich der „Arbeitsbeschaffung für Altgewerkschaften“ diene. **fb**

Zeit zum Auftanken

ARBEITSZEIT FDP will Lockerung bei den Ruhezeiten. Fraktionen streiten über Gesundheitsgefahren

Beate Müller-Gemmeke hatte ein Déjà-vu: In der vergangenen Woche beschäftigte sich der Bundestag in erster Lesung mit einem Gesetzentwurf (19/1174) der FDP-Fraktion zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes. Nach Ansicht der Liberalen ist das von 1994 stammende Arbeitszeitgesetz eines, das nicht mehr in das digitale Zeitalter passt und deshalb flexibilisiert werden sollte. „Die FDP, so wie wir sie kennen, ist wieder da“, stellte also die Grünen-Politikerin fest und wirkte nicht sonderlich überrascht darüber, dem Hohlleit der Flexibilität, wie es von den Liberalen angestimmt wurde, nun ihre eigene Version entgegenzusetzen zu „müssen“. Die FDP-Fraktion hat natürlich Recht: Das Arbeitszeitgesetz ist alt, seine zentrale Grundlage, den Acht-Stunden-Tag, erkämpften sich die Gewerkschaften 1918. Seitdem wurde es vielfach reformiert, regelt auf unterschiedliche Weise vom Schichtbetrieb bis zu den Ruhepausen die Rahmenbedingungen für die Arbeit von Beschäftigten in Deutschland. Es legt auch 100 Jahre später noch fest, dass die tägliche Arbeitszeit acht Stunden nicht übersteigen

darf. Sollte dies trotzdem passieren, müssen die zusätzlichen Stunden innerhalb von sechs Monaten durch Freizeit ausgleich abgegolten werden. Für diesen Abbau von Überstunden gibt es wiederum zahlreiche Modelle. Doch das reicht der FDP offenbar nicht aus. Vor allem die gesetzlich geregelte Ruhezeit von elf Stunden zwischen dem Ende des alten und dem Beginn des neuen Arbeitstages kritisiert sie als zu stark.

»Wir stehen vor einem Spagat. Wir wollen eine behutsame Reform.«

Torbjörn Kartes (CDU)

Im Fokus der Debatte stehen dabei interessanterweise Familien mit Kindern: Wer sich nachmittags um seine Kinder kümmert und abends um 23 Uhr noch eine dienstliche E-Mail schreiben will, der dürfe am nächsten Tag eigentlich vor 10 Uhr nicht anfangen zu arbeiten. „Ganz ehrlich, wer macht das denn?“, fragte Johannes Vogel (FDP). Da dieses Gesetz also schon heute millionenteils ignoriert werde, weil es veraltet sei, müsse es dringend „modernisiert“ werden, forderte er.

Vorbild EU Geht es nach den Vorstellungen der FDP, sollen künftig Abweichungen vom Arbeitszeitgesetz per Tarifvertrag oder durch eine Betriebs- oder Dienstvereinbarung möglich sein. Als Referenzrahmen

soll die EU-Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG) gelten, „um neue Freiräume für die Einteilung der Arbeitszeit zu schaffen“, wie es im Gesetzentwurf heißt. Das deutsche Arbeitszeitgesetz geht, wie andere nationale Regelungen auch, derzeit über die EU-Richtlinie hinaus. „Sie gibt genau dieselbe wöchentliche Arbeitszeit vor wie das deutsche Recht, sie lässt nur eine freiere Einteilung unter der Woche zu, und das ist aus unserer Sicht ein vernünftiger Weg“, betonte Vogel. Und versicherte: „Niemand soll in der Summe mehr arbeiten müssen.“

Moderne Begründung Daran hatten vor allem die Grünen und Linken so ihre Zweifel. Beate Müller-Gemmeke erläuterte die Zweifel aus Grünen-Perspektive: „Die Begründung hört sich modern an. Tatsächlich geht es aber nur um längere tägliche Arbeitszeiten, und zwar über zehn Stunden hinaus, und um die Verkürzung der Ruhezeiten, und zwar ohne eine Untergrenze. Das ist fatal.“ Die Grünen wollten das Gegenteil, nämlich „dass die Arbeit besser ins das Leben der Beschäftigten passt“, sagte Müller-Gemmeke. Für die Fraktion Die Linke betonte Susanne Fenschl: „Das Arbeitszeitgesetz ist ein Schutzgesetz für Beschäftigte. Wer es aufweicht, zerstört damit diesen Schutz.“ Lange Arbeitszeiten und fehlende Ruhezeiten machten krank und erhöhten die Unfallgefahr. Außerdem gelte das Gesetz für alle Beschäftigten, und die

Mehrheit verfüge nicht über diese hochmobilen Arbeitsplätze, ergänzte sie. Auch bei der SPD stieß der FDP-Vorschlag auf wenige Sympathien. Gabriele Hiller-Ohm verwies darauf, dass gerade Beschäftigte im Niedriglohnbereich heute schon total flexibel sein müssten und die Gesetzeslage das auch erlaube. Wohin mehr Flexibilität führe, zeige ein Blick in die Gesundheitsstatistiken. „Psychische Erkrankungen sind die Staublunge der heutigen Dienstleistungsgesellschaft“, sagte sie. Torbjörn Kartes (CDU) zeigte sich zwar offen für die FDP-Pläne. Eine Ruhezeit von elf Stunden werde der Realität nicht gerecht. Andererseits müssten Familien auch

zur Ruhe kommen und Ruhezeiten eingehalten werden. „Das ist der Spagat, vor dem wir stehen. Wir wollen das Arbeitszeitgesetz behutsam reformieren“, sagte Kartes und verwies auf die im Koalitionsvertrag vereinbarten „Experimentierräume“ für Unternehmen. Uwe Witt (AfD) nannte starre Arbeitszeitmodelle nicht zeitgemäß. Er warf der FDP aber vor, dass sie „von Flexibilität und Zukunft redet und auf der anderen Seite mit dem Ausverkauf seiner Jahre garantierte Arbeitnehmerrechte beginnt“. Das Arbeitsrecht müsse so gestaltet werden, „dass die Arbeitnehmer dauerhaft gesund bleiben“, appellierte Witt. **Claudia Heine**

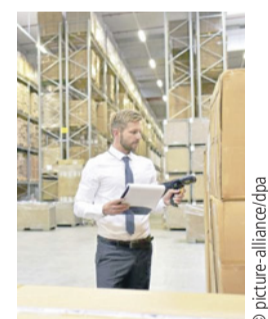
STICHWORT

Arbeitszeiten in Deutschland

> Wochenende Der Anteil der Beschäftigten, die regelmäßig am Wochenende arbeiten, liegt seit zehn Jahren bei rund 24,5 Prozent. Das waren 2016 rund neun Millionen Menschen.

> Mehr Arbeit Rund 2,6 Millionen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte würden gern mehr arbeiten. 1,2 Millionen Erwerbstätige würden gern weniger arbeiten (Statistisches Bundesamt 2016).

> Erreichbarkeit 22 Prozent der Beschäftigten gibt an, auch nach Feierabend dienstlich erreichbar sein zu müssen (Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin).



© picture-alliance/dpa

Verbesserung im Verbraucherschutz angestrebt

RECHT Fraktionen setzen sich nach dem Diesel-Abgaskandal für vereinfachte und günstige Klagemöglichkeiten ein

Die Bundestagsfraktionen haben sich vor dem Hintergrund des Dieselabgaskandals übereinstimmend für Verbesserungen im Verbraucherschutz und für die Einführung von Gruppenverfahren zur kollektiven Rechtsdurchsetzung ausgesprochen. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf der Grünen (19/243) wurde in der vergangenen Woche von den anderen Fraktionen jedoch als unzureichend zurückgewiesen. Sarah Ryglewski (SPD) appellierte gleichwohl an die Abgeordneten, die „gute Diskussion“ im Gesetzgebungsverfahren fortzusetzen. In mehreren Punkten seien sich alle einig, die von der Koalition angestrebte Musterfeststellungsklage gehe aber über den Grünen-Entwurf hinaus. Mit dem Gesetzentwurf wollen die Grünen erreichen, dass die Möglichkeit der Bündelung individueller Ansprüche durch die Einführung eines Gruppenverfahrens mit abgesenkten Zugangsschranken in die Zivilprozessordnung integriert wird. Manuela Rottmann (Grünen) sagte, der Koalitionsvertrag biete hier nur eine „Minimallösung“, denn Handwerker blieben außen vor. Verbrauchern sollte es mit dem Gesetz ermöglicht werden, mit überschaubarem Risiko ihre Ansprüche durchzusetzen. Der Staat sollte an deren Seite und nicht an der von „Tricksern mit guten Anwälten“ ste-

hen. Sebastian Steineke (CDU) erklärte, der Entwurf der Grünen sei bereits der dritte und nicht besser als seine Vorgänger. Er biete keine technisch gute Lösung. Eine Sammelklage nach amerikanischem Vorbild sei mit der Union nicht zu machen, denn sie „widerspricht diametral unserer Rechtsordnung“ und bereite den Boden für eine Klageindustrie, argumentierte Steineke. Mit der von der Koalition angestrebten Lösung solle die Musterfeststellungsklage für Verbraucher geöffnet werden. Sein Fraktionskollege Volker Ullrich (CSU) fügte hinzu, der Grünen-Entwurf werfe Fragen auf, die nicht beantwortet würden. Er sei nicht verbraucherfreundlich, sondern zum Teil sogar verbraucherfeindlich.

Prozessrisiko Johannes Fechner vom Koalitionspartner SPD sagte, die Verbraucher erlitten im Abgaskandal hohe finanzielle Schäden, sahen sich aber der Übermacht großer Konzerne gegenüber. Deswegen müssten sie schnell die Möglichkeit bekommen, ihr Recht ohne große Kosten durchzusetzen. Mit der Vorlage der Grünen seien diese Ziele jedoch nicht zu erreichen. Ein solches Gesetz würde zu endlosen Prozessen führen, warnte er. Dagegen sei die von der SPD eingebrachte Musterfeststellungsklage ein „Meilenstein für den Ver-

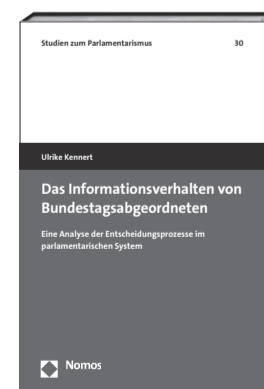
braucherschutz“. Sie solle am 1. November dieses Jahres in Kraft treten. Der AfD-Abgeordnete Lothar Maier sagte, der Grünen-Entwurf könnte auf den ersten Blick durchaus reizvoll erscheinen, habe aber „einige Macken“. So sei der Anwendungsbereich zu weit definiert, und auch die Antragsbefugnis sei zu breit gefasst, was einer Klageindustrie Vorschub leisten würde. Durch die Kostenregelung ergäben sich für die Verbraucher nur wenige Vorteile. Nach Ansicht von Katharina Kloke (FDP) ist die Einführung einer Sammelklagemöglichkeit eines der „heißesten rechtspolitischen Themen dieses Jahres“. Zu der von der Koalition angekündigten Musterfeststellungsklage äußerte sich die Abgeordnete skeptisch. Der Entwurf der Grünen sei zwar verdienstvoll, habe aber Schwächen. Er löse jedoch einige Probleme deutlich besser als das geplante „notleidende GroKo-Modell“. Allerdings sei die geplante Klagebefugnis aus Sicht der FDP nicht erstrebenswert. Es dürfe kein neues Verbandsklageinstrument geschaffen werden.

Zeitfenster Die Linken-Abgeordnete Amira Mohamed Ali sagte, angesichts der dringlich zu schließenden Lücken im Verbraucherschutz sei die Untätigkeit der Bundesregierung ein Skandal. Am Entwurf der

Grünen hielten die Linken die Probleme des Kostenrisikos und der Streuschäden für nicht gelöst. Es dürfe nicht bei Ankündigungen bleiben, vielmehr sollten endlich Taten folgen und die Rechte der Verbraucher wirklich gestärkt werden. Beim Abgaskandal drohe bereits die Verjährung der Ansprüche der Betroffenen. Die Grünen begründen ihren Entwurf mit dem Grundsatz des Zivilprozesses, wonach jeder Geschädigte seine Ansprüche durchsetzen muss und dabei jeder für sich das Kostenrisiko zu tragen hat. Beim Abgaskandal zeige sich jedoch die Notwendigkeit besserer Möglichkeiten der kollektiven Rechtsdurchsetzung und niedriger Zugangsschranken zum Gruppenverfahren. Tausende Eigentümer von Dieselfahrzeugen hätten Klagen eingereicht, die einzeln von Gerichten entschieden werden müssten. Rechtsdienstleister würden gegen eine hohe Provision für Geschädigte tätig. Das sei ein für Verbraucher nachteiliger Umweg der Rechtsdurchsetzung. **Michael Wojtek**

Anzeige

Über den parlamentarischen Umgang mit Informationen und damit einhergehende Probleme



Das Informationsverhalten von Bundestagsabgeordneten

Eine Analyse der Entscheidungsprozesse im parlamentarischen System

Von Dr. Ulrike Kennert

2018, 423 S., brosch., 84,- €

ISBN 978-3-8487-4743-6

eISBN 978-3-8452-9108-6

(Studien zum Parlamentarismus, Bd. 30)

nomos-shop.de/37700

Die Autorin analysiert den parlamentarischen Umgang mit Informationen und weist die damit einhergehenden Probleme auf. Durch diese Analyse kann ein Gesamtbild der parlamentarischen Informationsaufnahme gezeichnet und insbesondere gezeigt werden, wie es um die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems bestellt ist.

Normos eLibrary Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



Popanz" oder „völlig unterschätzte Dimension“: Zwischen diesen beiden Leitposten bewegte sich die Bundestagsdebatte am Donnerstag zu den von US-Präsident Donald Trump avisierten Strafzöllen auf Stahl- und Aluminiumimporte und möglichen Reaktionen in Deutschland und der EU. Die FDP-Fraktion hatte den parlamentarischen Schlagabtausch in einer aktuellen Stunde mit einer doppelten Blickrichtung verlangt: „Gefahren eines Handelskrieges und die Auswirkungen auf die Finanzplanung des Bundes.“

„Anti-Freizahl kann man nicht mit Anti-Freizahl beantworten.“ Dies strich Michael Theurer (FDP) heraus. Er forderte stattdessen eine „Initiative für Freihandel“. Statt „einseitig“ auf US-Präsident Donald Trump zu reagieren, könne die EU „Zölle auf Autoimporte insgesamt abschaffen“, meinte er. Freihandel sei nicht „schlecht“, wie von Links und Rechts zu hören sei. Nicht zuletzt Deutschland sei „darauf angewiesen“. Die handelspolitischen Fragen müssten „dringend zur Chefsache gemacht werden“, meinte er in Richtung Bundeskanzlerin Angela Merkel.

»Nur Verlierer« Andreas Lämmel (CDU) verwies auf das „sehr positive Bild“, das soeben das Wirtschaftsministerium zur wirtschaftlichen Lage gezeichnet habe: „Träger ist der Außenhandel“, stellte er fest. Weshalb ein „möglichst barrierefreier Handel“ eben „besonders wichtig“ sei. Freihandel sei kein Handel ohne Regeln. Das dürfe nicht verwechselt werden. Lämmel zeigte sich verwundert, dass der amerikanische Präsident gerade jetzt mit Strafzöllen komme, wo doch „die positive Konjunktur auch die USA erfasst hat“. Ein Handelskrieg habe „letztendlich nur Verlierer.“ Mithin gelte: „Sprechen, reden und verhandeln, wo überall möglich.“

Thomas Jurk (SPD) fragte die FDP, was sie sich mit der aktuellen Stunde „eigentlich gedacht“ habe. Sie betriebe das „Schüren von Ängsten“, wie er es sonst nur anderen Parteien gewohnt sei. Er ging insbesondere auf den zweiten Teil der FDP-Überschrift für die Debatte ein. Es sei ja nicht so, dass es in Deutschland nach einem Trump-Twitter nötig würde, den „Haushaltsplan umzubauen“. Es sei falsch, einen „Popanz aufzubauen“. Bisher gebe es nur Ankündigungen, Detailfragen seien ungeklärt. Zunächst gehe es darum, „Gespräche zu führen“. Deutschland habe einen „guten Finanzplan“, mit dem die Bundesregierung auch „möglichen Risiken Rechnung trägt“. Sein Fazit: „Die heutige Debatte hätten wir uns sparen können.“

Leif-Erik Holm (AfD) beschwor den „Ernst der Lage“ und sprach von einem „gefährlichen Pfad, wenn nicht alle Beteiligten abrüsten“. Dabei dürfe nicht nur auf Trump geschaut werden. Die Zollsätze in der EU seien einnahmehalber mal höher als in den Vereinigten Staaten. Damit erweise sich die EU „protektionistischer als die USA“. Zwar halte er „den Ansatz der US-Administration für falsch“. Er kritisierte aber, dass EU-Präsident Jean-Claude Juncker „gleich mit Vergeltung droht“. So werde „statt Heißsporne zu kühlen gleich Öl ins Feuer gekippt“. Holm befand, es sei „höchste Zeit für das Ausloten von Kompromissen im stillen Kämmerlein“.

Gefahr für die Konjunktur

WIRTSCHAFT Trumps Zollbarrieren belasten den Handel



Symbol für die Bedeutung des freien Welthandels: der Hamburger Hafen

© picture-alliance/Winfried Rothermel

Fabio de Masi (Linke) meinte, im Krieg, auch im Handelskrieg, „stirbt die Wahrheit zuerst“. Er verwies auf den „permanenten Export-Überschuss“ von Deutschland und Europa. Der basiere darauf, dass „Löhne, Renten und Staatsausgaben gedrosselt“ worden seien. Hier anzusetzen, sichere den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und die wirtschaftliche Stärke.

Wenn der Exportüberschuss tatsächlich an der hohen Qualität der Waren liege, wie die Industrie geltend mache, dann „würden die Strafzölle doch gar nicht kratzen“, sagte der Abgeordnete. Die internationale Kritik an den Exportüberschüssen werde „nicht erst seit dem Clown in Washington“ laut. De Masi meinte: „Freihandel ist ein Märchen. Es geht um knallharte Interessen.“

Katharina Dröge (Grüne) hielt ihren Vordrängern vor, die Dimension der Thematik „völlig zu unterschätzen“. Es gehe um mehr als den Stahlsektor. Den „Nationalisten von der AfD“ sagte sie, sie sei vor diesem Hintergrund „froh, dass es den EU-Binnenmarkt gibt“. Dröge machte sich stark für eine Klage vor der Welthandelsorganisation WTO: „Trump bricht internationales Recht.“ Insgesamt stelle der US-Präsident „ganz fundamental internationale Spielregeln infrage“, etwa auch beim Klimaschutz. Die „einzig vernünftige Antwort auf Nationalisten“ sei, „die Globalisierung endlich gerecht zu gestalten“. Wer nicht zu solchen Regeln bereit sei, spiele denen in die Hände, die den Nationalismus.

Zuvor hatte die Bundesregierung im Wirtschaftsausschuss deutlich gemacht, dass sie

in den Strafzöllen eine ernsthafte Gefahr für die Weltkonjunktur sehe. Die geplanten Maßnahmen seien weder rechtskonform noch begründbar.

Die Bundesregierung skizzierte drei mögliche Reaktionen: Die EU könnte ein Streit-schlichtungsverfahren vor der Welthandelsorganisation WTO einleiten. Ein solches Verfahren könnte bis zu vier Jahre dauern. Die EU könnte außerdem vorläufige Schutzmechanismen für EU-Hersteller von Stahl und Aluminium in Gang setzen: Wenn die USA ihre Importe wie beabsichtigt halbieren wollen, würde ein Teil dieser Menge auch auf den europäischen Markt gelangen und mit den selbst erzeugten Produkten konkurrieren. Schließlich wären auch eigene Zölle als Gegenreaktion denkbar.

Franz Ludwig Averdunk

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Deutsch-japanische Kooperation

ENERGIE Die deutsch-japanische Zusammenarbeit beim Thema Energiewende trägt erste Früchte. In einem öffentlichen Fachgespräch im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit berichtete Stefan Thomas, Mitglied des Deutsch-Japanischen Kooperationsrates zur Energiewende, anlässlich des siebten Jahrestages des Reaktorunglücks in Fukushima von der Arbeit des Rates und den Zukunftsaussichten der beiden Länder. Dabei stellte er Chancen und Herausforderungen beim Umstieg auf Erneuerbare Energien für beide Länder dar.

In dem 2016 begründeten Rat sitzen Vertreter beider Länder aus Wirtschaft und Wissenschaft. Ziel des Gremiums ist es, Japan und Deutschland zusammen zu Vorreitern beim Ausbau Erneuerbarer Energien zu machen. Thomas berichtete, dass dabei die Aufmerksamkeit vor allem auf dem bilateralen Wissensaustausch liege. Für die Umsetzung der erarbeiteten Konzepte fehle bisher die Finanzierung von Seiten der Politik.

Nach dem Super-GAU im Atomkraftwerk von Fukushima wurden in Japan die meisten Kernreaktoren vom Netz genommen. Laut Thomas wurde die Energieversorgung durch Kohlekraftwerke und Erneuerbare Energien, insbesondere Photovoltaik, garantiert. Der Wissenschaftler schätzte, dass in Japan künftig 80 bis 100 Prozent des Energiebedarfes durch regenerative Energien gedeckt werden könnten. Dafür sei die Dezentralisierung des Baus von Energieanlagen wichtig. Die Japaner interessieren sich insbesondere für das deutsche

Modell der Stadtwerke. Aufgrund der verschiedenen Bedingungen im Süden und Norden des Landes seien lokale Regelungen notwendig, um die Stromgewinnung möglichst effektiv zu gestalten. Ziel müsse sein, auch den Ausbau von Windkraft voranzutreiben, schlug der Wissenschaftler vor.

Gerade im Bereich der „Smart Buildings“ sieht Thomas Nachholbedarf in Deutschland, die Bundesrepublik könne hier von Japan lernen. Eine großflächige Entwicklung, wie sie in Japan schon vorhanden sei, fehle in Deutschland bisher, merkte er an. Aktuelle finde dazu ein Pilotprojekt in Speyer mit japanischer Technologie statt.

Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, hob die vielfältige deutsch-japanische Kooperation hervor. Sie wies unter anderem auf Workshops zum Thema Gebäude- und Energieeffizienz mit der deutschen Bauindustrie hin.

Am 11. März 2011 kam es nach einem Erdbeben vor der Küste Japans zu einem Tsunami mit bis zu 15 Meter hohen Wellen. In der Folge kam es im Atomkraftwerk Fukushima an der ostjapanischen Pazifikküste zu einer Kernschmelze. Insgesamt starben in Folge des Erdbebens und des Tsunamis rund 18.500 Menschen. Tausende Menschen wurden evakuiert. Die Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges erwartete auf Grundlage der nachgewiesenen Strahlenexposition bis zu 66.000 zusätzliche Krebskrankungen in Folge der Nuklearkatastrophe. fb

Sorge vor multiresistenten Keimen

Umwelt Nach dem Fund multiresistenter Keime in niedersächsischen Gewässern fordern die Grünen ein verstärktes Engagement der Bundesregierung. Handlungsbedarf sieht die Fraktion etwa beim Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft sowie bei der Produktion und der Entsorgung von Medikamenten. Einen entsprechenden Antrag (19/1159) diskutierte der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung und überwies ihn in die Ausschüsse.

Bettina Hoffmann wies darauf hin, dass jährlich weltweit über 700.000 Menschen an Infektionen durch multiresistente Keime sterben würden. Wenn solche Keime nun – darauf weisen Recherchen des NDR hin – auch in „Bade-gewässern, an unseren Bächen und Flüssen gefunden werden, dann ist das keine abstrakte Gefahr mehr“, mahnte Hoffmann. Die Grünen fordern unter anderem, in der Landwirtschaft weniger Antibiotika und keine sogenannten Reserveantibiotika wie Colistin einzusetzen. So soll die Weitergabe der Antibiotika-Resistenzen zwischen Bakterien verringert werden. Dass die Gefahr durch multiresistente Keime nicht nur abstrakt ist, hatte auch die Bundesregierung jüngst bestätigt. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass sich diese Keime etwa auf Badende übertragen, gerade wenn diese eine akute Immunschwäche haben, antwortete das Bundesumweltministerium den Grünen auf eine Kleine Anfrage (19/815, 19/1125). Auch die Redner der anderen Fraktio-

nen teilen grundsätzlich die Sorgen der Grünen. Aus Reihen der Union, SPD, AfD und FDP wurde aber betont, erst weiter zu forschen und dann zu handeln.

Astrid Damerow (CDU) sagte, dass die Bundesregierung sich des Problems ohnehin schon längst angenommen habe. Der Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft sei seit 2011 um mehr als 50 Prozent zurückgegangen. Damerow mahnte, Forschungsergebnisse abzuwarten, bevor über ein – von den Grünen gefordertes – umfangreiches Boden- und Gewässermonitoring geredet werden könne. Lukas Köhler (FDP) warf den Grünen vor, „Ängste zu schüren“.

Für die AfD-Fraktion kritisierte Heiko Wildberg die Forderung der Grünen nach einer zusätzlichen Klärstufe. Dies würde die Kosten der Abwasserbehandlung „dramatisch erhöhen“ und dürfe erst in Erwägung gezogen werden, wenn die Notwendigkeit nachgewiesen sei.

Michael Thews (SPD) verwies auf noch zahlreiche offene Fragen, etwa wie gefährliche diese Keime überhaupt sind. Thews zeigte sich grundsätzlich offen für weitere Klärstufen. Die Finanzierung müssten aber die Verursacher, die Pharmahersteller, übernehmen.

Ralph Lenkert (Die Linke) unterstützte die Forderung der Grünen. Zudem forderte er, die Pharmaindustrie in die Pflicht zu nehmen, die Rücknahme von alten Medikamenten zu organisieren und zu finanzieren. scr

KURZ NOTIERT

AfD will zwei Gesetze zu Gerichten aufheben lassen

Der Bundestag hat am Donnerstag seinen Antrag der AfD (19/1180) zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen, in dem die Aufhebung von zwei Gesetzen verlangt wird, mit denen die Ratifikation des Übereinkommens über ein einheitliches Patentgericht (EPÜ) vorgenommen werden soll. Durch dieses Übereinkommen werde Artikel 92 des Grundgesetzes durchbrochen, da die Gerichtsbarkeit von Bund und Ländern für den Bereich der europäischen Patente aufgehoben und auf das Einheitliche Patentgericht übertragen werde. Die beiden Gesetze seien verfassungswidrig, da nicht mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen worden seien. mwo

Deutsche Industriebank für 137 Millionen Euro verkauft

Die mit rund 9,5 Milliarden Euro vom Staat gerettete Deutsche Industriebank (IKB) ist nach der Rettung 2008 für 137 Millionen Euro an einen Investor verkauft worden. Die Bundesregierung teilte diese Zahl erstmals im Nachgang zu einer Antwort auf eine Frage des Grünen-Abgeordneten Gerhard Schick (19/775) mit. In einer früheren Antwort (16/4350) war die Angabe unter Hinweis auf die vereinbarte Vertraulichkeit verweigert worden. hie

Das lange Leben von Steuern in Deutschland

FINANZEN AfD und FDP wollen Solidaritätszuschlag komplett abschaffen. Koalition strebt zunächst Reduzierung an

Steuern haben in Deutschland ein langes Leben. Der ehemalige FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff wies gerne auf die Erdgassteuer hin: Sie wurde zunächst mit niedrigem Steuersatz befristet eingeführt. Kurz vor Ablauf der Befristung wurde diese aufgehoben und der Steuersatz verdoppelt. Die Verbraucher zahlen bis heute diese Steuer. Stefan Keuter (AfD) ging in einer Bundestagsdebatte am vergangenen Donnerstag noch weiter zurück: Er erinnerte an die Einführung der Schaumweinsteuer zu Kaiser Wilhelms Zeiten – Zweck war die Finanzierung der Flotte. „Die Kriegsmarine ist versenkt“, so Keuter. Aber die Steuer gebe es immer noch – nach nunmehr 116 Jahren.

Damit der steuerliche „Solidaritätszuschlag“ (in Höhe von 5,5 Prozent auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer zugunsten der Bundeskasse) nicht ein ähnlich langes Dasein führt wie die Schaumweinsteuer, gibt es Bestrebungen zur Abschaffung. Am weitesten geht die AfD, die den Zuschlag sofort abschaffen möchte und einen entsprechenden Antrag (19/1179) in den Bundestag einbrachte. In dem Antrag, der vom Plenum an die Ausschüsse überwiesen wurde, wird der „Soli“ als verfassungswidrig bezeichnet – und zwar deshalb, weil im Ausland erzielte Einkünfte in geringerem Maße durch den Solidaritätszuschlag belastet werden als inländische. Dies stelle einen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz dar. Nach Angaben der AfD-Fraktion werden im Ausland gezahlte Steuern auf im Ausland erzielte Einkünfte zum Teil auf die Einkommensteuer angerechnet. Die hierdurch ermäßigte Einkommen- und Körperschaftsteuer bilde die Grundlage für die Berechnung des Solidaritätszuschlags. Diese Ungleichbehandlung der Besteuerung von ausländischen und in-

ländischen Einkünften habe der Bundesrechnungshof bereits 2008 (16/11000) als Verstoß gegen den Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit bewertet. Außerdem sei der vor 23 Jahren angegebene Zweck der Sicherung des einigungsbedingten Mittelbedarfs des Bundes sei inzwischen weggefallen, argumentiert die AfD-Fraktion. Außerdem sei die Entlastung der Steuerzahler angezeigt. Die Mindereinnahmen könnten durch Haushaltsüberschüsse mehr als kompensiert werden.

Befristung versprochen Auch die FDP-Fraktion will den Solidaritätszuschlag aufheben lassen. In einem am Freitag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesenen Gesetzentwurf (19/1038) erinnern die Liberalen, den Bürgern sei bei Einführung des Solidaritätszuschlages versprochen worden, dieser werde nur befristet erhoben. Das unbefristete Solidaritätszuschlaggesetz sei mit der Begründung erlassen worden, dieses „finanzielle Opfer“ sei zur Finanzierung der Vollendung der Einheit unausweichlich. Mittelfristig sei eine Überprüfung zugesagt worden. „Der zur Vollendung der deutschen Einheit aufgelegte Solidarität II läuft 2019 aus, so dass auch die Legitimation des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995 spätestens zu diesem Zeitpunkt wegfällt“, begründet die FDP-Fraktion ihren Vorstoß. Einen Fortbestand des Solidaritätszuschlags hält die Fraktion für einen Verstoß gegen das Grundgesetz, da er als sogenannte Ergänzungsabgabe gegenüber der regulären Besteuerung Ausnahmecharakter besitze und dementsprechend nicht dauerhaft, sondern nur zur Deckung vorübergehender Bedarfsspitzen erhoben werden dürfe.

Wie die AfD argumentiert auch die FDP, dass die Aufhebung des Solidaritäts-

schlages der Entlastung der Bürger diene, „die dringend notwendig und angesichts erheblicher Steuermehreinnahmen sowie eines zu erwartenden positiven Konjunkturfalles auch finanzierbar ist“ (FDP-Entwurf). Die Haushaltsauswirkungen werden für 2020 auf 20 Milliarden Euro und für 2021 auf 20,9 Milliarden Euro beziffert. „Wir sagen: Das Maß ist voll. Der Steuerzahler muss endlich entlastet werden. Und zwar sofort“, forderte Keuter.

Auch CDU, CSU und SPD wollen an den „Soli“ ran, aber erst spät: „Wir werden insbesondere unter und mittlere Einkommen beim Solidaritätszuschlag entlasten. Wir werden den Solidaritätszuschlag schrittweise abschaffen und ab dem Jahr 2021 mit einem deutlichen ersten Schritt im Umfang von zehn Milliarden Euro be-

ginnen“, kündigen die drei Parteien in ihrem Koalitionsvertrag an. 90 Prozent aller Zahler des Zuschlages müssten diesen dann nicht mehr zahlen.

In zwei Debatten des Bundestages am Donnerstag und Freitag wurden die Initiativen zur schnelleren Soli-Abschaffung von Koalitionsfraktionen, Linken und Grünen zurückgewiesen. Antje Tillmann (CDU) erinnerte, dass der Solidaritätszuschlag zur Finanzierung der Einheit und der Solidarität eingeführt worden sei. Vom diesjährigen Aufkommen von 18,5 Milliarden Euro seien aber de facto nur vier Milliarden beim Solidaritätszuschlag entlasten. Wir werden den Solidaritätszuschlag schrittweise abschaffen und ab dem Jahr 2021 mit einem deutlichen ersten Schritt im Umfang von zehn Milliarden Euro be-

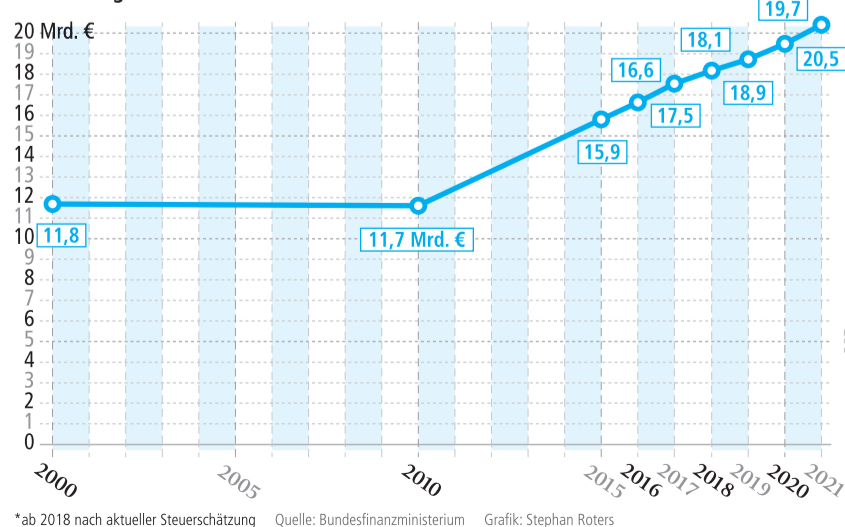
auch, es seien annähernd gleiche Lebensverhältnisse erreicht worden, und „deshalb werden wir zusammen mit dem Koalitionspartner in einem ersten Schritt ab 2021 die Bürgerinnen und Bürger um zehn Milliarden Euro entlasten“.

Wie Tillmann wies auch Michael Schrod (SPD) den Verwurf der Verfassungswidrigkeit zurück. „Die Aussagen zum Gleichbehandlungsgrundsatz sind haltlos“, sagte Schrod, der der AfD wegen inhaltlicher Mängel in ihrem Antrag „Quacksalberei“ vorwarf. Mit der Abschaffung des Solidaritätszuschlages würden besonders Hochverdiener entlastet: „Hier zeigt sich das wahre Gesicht der AfD: Die Antragsteller haben ein großes Herz für einkommensstarke Spitzenverdiener und Vermögende.“ Die Koalition wolle den Zuschlag hingegen für untere und mittlere Einkommen abschaffen. Markus Herbrand (FDP) warf der AfD eine unverantwortliche Finanzpolitik vor. Sie sei auf der Suche nach „populistischen Knalleffekten mit vermeintlich einfachen Lösungen“. Nach 2020 gebe es jedoch keine Begründung mehr, den Zuschlag zu erheben. Denn ende der Solidarität, und damit gebe es keine Rechtfertigung für die Erhebung der Abgabe mehr.

Strikt abgelehnt wurden die Steuersenkungspläne von Linken und Grünen. Michael Leutert (Linke) warnte vor einer „Entsolidarisierung der Gesellschaft“. Sie beobachtete einen „erbittert geführten Wettlauf von AfD und FDP darum, wer eigentlich konsequenter und schneller das Symbol für Solidarität in Deutschland abschafft“. Da sei die AfD etwa 365 Tage schneller als die FDP. hie

Solidaritätszuschlag

Entwicklung in den Jahren 2000 bis 2021* in Milliarden Euro





Mosul, zweitgrößte Stadt des Iraks, im September 2017 nach der Vertreibung des „Islamischen Staates“

© picture-alliance/Oliver Weiken/dpa

Angst vor neuem Terror

IRAK Alte Konflikte zwischen den Volksgruppen brechen wieder auf. Das Land ist politisch zerrissen wie lange nicht

Qassem Sheshou, Kommandeur der Sindschar-Verteidigungs-Streitkräfte, ist zweifelt. Seit 2014 hat er Jesidenmilizen aufgebaut, als Teil der Streitkräfte der Autonomen Region Kurdistan, den Peshmerga. Damit sollten die Jesiden sich künftig gegen Vernichtungsangriffe verteidigen können. Doch vor fünf Monaten ist Qassem Sheshous Traum zunächst geplatzt. Zusammen mit schiitischen Milizen eroberten die irakischen Streitkräfte das bis 2014 von Jesiden besiedelte Sindschar-Gebiet, die Peshmerga zogen ab und Sheshous Kampfverbände wurden weitgehend aufgelöst. Militärisch haben die Verteidigungseinheiten Schingal (YPS), die der kurdischen Arbeiterpartei PKK nahestehen, die Kontrolle des Jesidengebietes übernommen. Die aus Deutschland zum Schutz der Jesiden gelieferten Waffen wurden von den Kurden an der innerirakischen Front gegen die Streitkräfte der Zentralregierung eingesetzt. Sheshous Leute im jesidischen Pilgerort Sherfedin haben niemals deutsche Waffen erhalten.

400.000 Jesiden waren im August 2014 vor der brutalen Verfolgung durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) geflohen. Bis heute sind ihre Dörfer verlassen, die Massengräber der 2014 ermordeten Männer sind von Unkraut überwuchert. Nur gut zehn Prozent, etwa 60.000 der ehemaligen Bewohner, leben heute in der früheren Jesidenregion, die Hälfte in Zelten in den Sindschar-Bergen. 176.000 fristen ihr Dasein in Notunterkünften der irakischen Kurdenprovinz Dehouk, viele werden von internationalen Hilfsorganisationen betreut. Aus Angst vor einer Wiederholung des Terrors will die Mehrheit nach Europa. Zwar hat der IS inzwischen die im Irak

kontrollierten Gebiete weitestgehend verloren, seine Kampfverbände sind besiegt. Doch die Kader der Islamisten arbeiten im Untergrund weiter. Im Nordwest-Irak kontrollieren sie in Gebieten nahe der syrischen Grenze sogar noch Dörfer. Dazu sind alte Konflikte zwischen den verschiedenen Volksgruppen im Irak – Kurden, Sunniten und Schiiten – wieder aufgebrochen. Die Politik wird von Schiiten beherrscht, Sunniten-Politiker verweigern eine Zusammenarbeit, weil sie sich ausgeschlossen fühlen oder ihren Machtverlust nicht akzeptieren. Der Staatspräsident des Iraks, der Kurde Fuad Masum, verweigert dem vom Parlament gebilligten Haushalt 2018 seine Zustimmung, weil darin der Anteil für die Kurdenregion um 25 Prozent gekürzt werden soll. Nicht nur Kurden sehen darin eine Reaktion auf den Volksentscheid, bei dem die Mehrheit der Kurden im Irak vor sechs Monaten für die Bildung eines eigenen Staates gestimmt hatten.

Miswirtschaft und Korruption Zwar verfügt die Regierung in Bagdad über einen durchaus üppigen Haushalt von jährlich 70 Milliarden US-Dollar, doch sie nutzt die finanziellen Mittel vor allem zur Bereicherung und zum Machterhalt. Wegen der weit verbreiteten Miswirtschaft und Korruption herrscht Geldmangel. So sollen die Kosten für den Umbau des Flughafens von Nadjaf zum Beispiel um 150 Millionen Dollar überhöht und dieser Betrag veruntreut worden sein. Vor allem Führer schiitischer Parteien machen ihr Geld mit dem

Bau von Apartments, deren Mieten von Staatsbediensteten gezahlt werden. Zu viel Geld wird im Sicherheitsbereich und in den Schiitenregionen ausgegeben. Gut eine Million Iraker arbeiten als Waffenträger, sie erhalten monatlich etwa 800 US-Dollar – als Offiziere mindestens das Dreifache. Der Sicherheitsapparat des Staates ist überbläht, ein Missstand, der seit Ende der Herrschaft Saddam Husseins noch zugenommen hat. Die Regierung bezahlt sogar die schiitischen Milizen; selbst in Bagdad glaubt fast niemand Ministerpräsident Haider al-Abadi, dass er diese – wie angekündigt – in die regulären Streitkräfte eingliedern wird. Nur Außenstehende sehen zudem in den häufigen Kontrollen am Rande einzelner Quartiere oder Teile Bagdads Sicherheitsmaßnahmen. Die Bewohner werten sie eher als Mittel zur Aufteilung unterschiedlicher Einflussbereiche. Meist kontrollieren nicht Angestellte des Bürgermeistersamts die Gebiete, sondern Stammesführer, einflussreiche Geistliche, Parteigewaltige oder Kommandeure bewaffneter Verbände.

An der chaotischen Lage im Irak wird sich bis auf Weiteres nichts ändern.

Doch es gibt auch positive Entwicklungen: Die Betonbarrieren am Rande der Hauptstraßen oder vor Regierungs- und Verwaltungsgebäuden sind weg, im ganzen Land werden weniger Menschen Opfer politischer Gewalt. Waren es 2016 mehr als 16.000 und 2017 mindestens 13.000, so wurden in den ersten zehn Monaten 2018 „nur“ 884 Menschen getötet. Bei der vierten Parlamentswahl nach dem Sturz Saddam Husseins geht es am 12. Mai für Parteien und Wahllisten wieder um gut 300 Mandate. Die Schiiten dürften ihr Machtmonopol verteidigen, obwohl es auch bei ihnen einen Riss gibt. So haben die Parteigänger des radikalen Schiitenführers Muktada al-Sadr mit Kommunisten und Liberalen die „Nasr-Liste“ gebildet. Das Bündnis kann mit etwa zehn Prozent der Stimmen rechnen. Spiegeln die vergangenen drei Wahlergebnisse die zunehmende Zersplitterung des Landes in einen sunnitischen, einen kurdischen und den schiitischen Mehrheitsblock, signalisiert der Erfolg der Liste möglicherweise das Erstarken eines gesamtirakischen Faktors in der Politik.

Dominanz der Schiiten Dennoch werden bis auf Weiteres Schiiten die Politik im Irak dominieren, schon weil der Iran als deren Schutzmacht versuchen wird, eine gesamtirakische Koalition zu verhindern. Er wird auch die Integration der für sie als Hilfskräfte agierenden Schiitenmilizen in die offiziellen Sicherheitskräfte blockieren. Insbesondere nach der Stärkung des antiranischen Elements in der US-Politik wird die Staatsführung der Islamischen Republik ihren Einfluss auf den als regionalen Partner Irak verteidigen. Die USA müssen gute Miene zu einem für sie bösen Spiel

machen, auch weil die unter direktem iranischen Einfluss stehenden Schiitenmilizen wesentlichen Anteil an der Zerschlagung des IS hatten. Saudi Arabien dürfte mit verstärkter finanzieller Unterstützung für Sunniten-Politiker reagieren, die sich vom IS abgewendet haben. Damit wird sich an der chaotischen Lage im Irak nichts ändern. Zur Mittagszeit überfüllte Restaurants und neue Einkaufszentren vor allem mit türkischen Waren oder Verkehrsstatus auf den Straßen können nicht von der politischen Zerrissenheit des Landes ablenken. Sollten die von der Anti-IS-Koalition in den vergangenen Jahren vor allem bei Luftangriffen zerstörten Dörfer und Städte und insbesondere die Zwei-Millionenstadt Mosul nicht zügig wiederaufgebaut werden, wächst nicht nur die Gefahr neuen Terrors. Auch das Risiko, dass das Land in mehrere von verschiedenen Regionalmächten dominierte Regionen zerfällt, steigt. Die Kurden im Norden können mit Unterstützung der Türkei und des Irans rechnen, solange der Iran die schiitischen Regionen in und um Bagdad sowie den Südirak dominieren kann. Saudi Arabien dürfte die nordwestlichen Sunniten-Regionen und auch eine wieder stärker werdende terroristische Be-

wegung kontrollieren. So bleibt der Irak ein Beispiel des Scheiterns bei dem Versuch, eine demokratische Gesellschaft durch den Einsatz von Militär zu schaffen. Erfolge beim Aufbau der Ölindustrie und eine Steigerung der Ölexporte machen das Land lediglich für ausländische Lieferanten als Markt von Waffen und anderen Gütern interessant. Und gerade der Kampf gegen

den Terrorismus hat in den vergangenen 15 Jahren gelehrt, dass der Einsatz militärischer Mittel unzureichend ist, solange dem Terror nicht der politische Boden entzogen wird.

Ulrich Tigner

Der Autor war Korrespondent des ZDF und später des Schweizer Fernsehens für den Nahen und Mittleren Osten.

STICHWORT

Militäreinsätze im Irak seit 2003

Irakkrieg Am 20. März 2003 begannen die USA, Großbritannien und andere Staaten den (völkerrechtswidrigen) zweiten Irakkrieg, der zum Sturz des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein (Foto) führte. Am 1. Mai 2003 erklärte US-Präsident George W. Bush ihn für erfolgreich beendet. Bis Dezember 2011 verließen die US-amerikanischen Truppen das Land.

Kampf gegen den IS 2014 rief die Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Irak und in Syrien ein Kalifat aus. Eine Allianz unter Führung der USA griff militärisch ein. Der Bundestag beschloss im Januar 2015 einen Ausbildungseinsatz der Bundeswehr, um Sicherheitskräfte im Irak und in der Region Kurdistan-Irak zu unterstützen (siehe Text unten). Die Bundeswehr lieferte militärische Ausrüstung an die kurdischen Streitkräfte (Peshmerga).



© picture-alliance/AP Photo

Ausbilder nach Bagdad

MANDAT Nach den Peshmerga soll die Bundeswehr nun die irakische Armee schulen

Es ist seine erste Rede im Amt des Außenministers, doch das Mandat, für das Heiko Maas (SPD) am vergangenen Donnerstag um Zustimmung warb, stand gleich unter scharfer rhetorischer Beschuss der Opposition. Die Bundesregierung will die Beteiligung der Bundeswehr im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ im Irak (IS) fortsetzen, das Mandat allerdings modifizieren und vor allem mit dem Schwerpunkt „Ausbildung der Ausbilder“ die regulären irakischen Streitkräfte beraten. Um die staatliche Einheit des Iraks zu stärken, erfolge dieses Engagement in „einer angemessenen Balance zwischen der irakischen Zentralregierung und – in Absprache mit der irakischen Zentralregierung – der Region Kurdistan-Irak“, heißt es im Antrag (19/1093), der in die Ausschüsse überwiesen wurde.

Erfolge Maas hob die Erfolge der Anti-IS-Koalition hervor: Die Terrorherrschaft über 4,5 Millionen Iraker sei gebrochen worden, 3,5 Millionen irakische Binnenflüchtlinge hätten in ihre Städte und Dörfer zurückkehren können. Die Terrororganisation übe im Irak zwar keine Herrschaft mehr aus, doch „besiegt ist der IS noch lange nicht“, sagte Maas. „Unsere Erfolge sind fragil. Wenn wir sie sichern wollen, dann müssen wir unser Engagement fortsetzen.“ Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) argumentierte, dass der IS zunehmend aus dem Untergrund agiere. Die Aufgabe sei nun, die „irakischen Streitkräfte zu ertüchtigen, für Sicherheit im eigenen Land

zu sorgen“. Die Bundeswehr werde weiterhin Fähigkeiten zur Luftaufklärung (Rece-Tornados), Lufttraumüberwachung (AWACS) und Luftbetankung zur Verfügung stellen. Neu sei die Konzentration auf die Ausbildung unter dem Motto „Train the Trainer“ und die Beratung des irakischen Verteidigungsministeriums. Rüdiger Lucassen (AfD) warnte davor, die Bundeswehr „überstürzt in eine umfassende Stabilisierungsmission“ in den Irak zu schicken. „Wir schlagen dringend vor, dass die Verteidigungsministerin zunächst unsere Bundeswehr selbst stabilisiert.“ Das Mandat habe keine tragfähige Strategie und sei voller Risiken. „Was wollen Sie mit dem neuen Einsatz bis wann erreicht haben? An welchem Punkt können wir unsere Soldaten wieder nach Hause holen?“ fragte Lucassen. Darüber gebe die Bundesregierung keine Auskunft – „wie in Afghanistan, wie in Mali, wie im Kosovo“. Alexander Graf Lambsdorff (FDP) nannte das Mandat „mangelhaft“. Es vermische zwei Einsätze, die ihrem Charakter nach völlig unterschiedlich seien: Der Kampf gegen den IS und die Stabilisierung des Irak. „Wo, an welchen Orten soll eigentlich ausgebildet werden? In welcher Größenordnung soll ausgebildet werden? Woher kommen die Staboffiziere, die beispielsweise die Ausbildung beim Verteidigungsministerium vornehmen sollen?“, fragte Lambsdorff. Unklar sei auch die regionale und nationale Schwerpunktsetzung: „Wenn wir jetzt die Peshmerga fallen lassen, wäre das ein fataler Fehler.“

Sevim Dagdelen (Die Linke) erinnerte daran, dass kurdische und irakische Kräfte noch vor einem halben Jahr gegeneinander Krieg geführt hätten. Wenn die Bundesregierung nun beide Seiten ausbilden wolle, sei das „nicht nur sicherheitspolitischer Wahnsinn, sondern vollständig grotesk“. Es sei zudem eine „Heuchelei“, wenn die Bundesregierung im Irak den IS bekämpfen wolle, und gleichzeitig an der „Seite der Türkei steht und damit den IS stärkt und die Anti-IS-Kräfte in der Region schwächt“.

Einsatzregeln Omid Nouripour (Grüne) bezeichnete es als „völlig richtig“ das Bemühen des irakischen Ministerpräsidenten Haider al-Abadi, den Irak zusammenzuhalten, zu unterstützen. Allerdings dürfe eine militärische Unterstützung nicht grundgesetzwidrig in einer „Koalition der Willigen“, sondern nur im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheiten stattfinden. Nouripour kritisierte zudem, dass dem Bundestag die Einsatzregeln der Soldaten vorenthalten würden und es nicht auszuschließen sei, dass die von der Bundeswehr erhobenen Aufklärungsdaten von der Türkei für völkerrechtswidrige Einsätze gegen Kurden genutzt werden könnten.

Alexander Heinrich



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Bundeswehrosoldaten im Feldlager „Camp Marmal“ in Masar-i-Scharif

© picture-alliance/Michael Kappeler/dpa

Weiter Einsatz in Ostafrika

AUSWÄRTIGES Die Bundeswehr soll ihre Einsätze im Südsudan (Unmiss) und der sudanesischen Provinz Darfur (Unamid) ein weiteres Jahr fortsetzen. Laut Anträgen (19/1095, 19/1096) der Bundesregierung, die der Bundestag am vergangenen Donnerstag an die Ausschüsse überwies, sollen auch in Zukunft jeweils bis zu 50 Soldaten die Binnenvertriebenen schützen, humanitäre Hilfe ermöglichen und die Versöhnungs- und Friedensprozesse in der Bürgerkriegsregion unterstützen. Im Südsudan sind derzeit 13.000 Blauhelme der Vereinten Nationen im Einsatz, darunter 16 Bundeswehrosoldaten. In Darfur sind sieben Bundeswehrosoldaten stationiert. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Niels Annen (SPD), der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Thomas Silberhorn (CSU), sowie die Redner der FDP-Fraktion betonten, die Fortführung beider Einsätze sei wichtig, um die fragilen Fortschritte nicht zu gefährden. Auch die AfD befürwortete beide Einsätze, nach Ansicht von Gerold Otten verfehlen sie jedoch bisher ihre Ziele. Er forderte die Bundesregierung auf, klare Konzepte und einen Zeitplan zur Umsetzung vorzulegen. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisierten Agnieszka Brugger und Frithjof Schmidt ein zu geringes Engagement der internationalen Gemeinschaft angesichts der Lage in den Krisengebieten. Es brauche mehr Personal und mehr Druck auf die Kriegsparteien. Die Linksfraktion lehnte beide Mandate erneut ab. Die Militärmissionen würden die Gewaltspirale nur verschlimmern, urteilte Zalkin Nastic (Die Linke). **juh II**

Kein Ende am Hindukusch

AFGHANISTAN Regierung will mehr Soldaten schicken. Ein Abzug der Bundeswehr ist nicht in Sicht

Sechs Monate sollte die Friedensmission der Bundeswehr in Afghanistan dauern. Als der Bundestag den Einsatz im Dezember 2011 als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September in den USA beschloss, versicherte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) den Abgeordneten: „Es handelt sich um ein von den Aufgaben her, vom Einsatzort her und von der Zeit her begrenztes Mandat.“

Es sollte anders kommen. Seit mehr als 16 Jahren ist die Bundeswehr inzwischen am Hindukusch, heute bildet sie dort afghanische Soldaten aus, hilft beim Aufbau einer Armee. 57 deutsche Soldaten verloren ihr Leben. Ein Ende ist nicht in Sicht. Die Situation im Land sei geprägt durch „unzureichende Effektivität der staatlichen Verwaltung und Sicherheitskräfte, verstärkte Angriffe der Taliban sowie von IS-Gruppen, Korruption, Armut und Arbeitslosigkeit, Flucht und Migration“, schreibt die Bundesregierung in ihrem Anfang März vorgelegten Perspektiv- und Lagebericht (19/1120, siehe Stichwort). Erfolge seien „noch unzureichend und brüchig“, internationale Unterstützung, wie militärische

»Wir brauchen strategische Geduld, nicht für immer, aber für eine längere Zeit.«

Ursula von der Leyen (CDU) Verteidigungsministerin

Ausbildung und Beratung, sei weiterhin nötig, um Rückschritte nachhaltig zu verhindern. Das knappe Fazit der Koalition: „Dauert länger, als 2011 erwartet.“ Die Bundesregierung will den Einsatz im Rahmen der Nato-Ausbildungsmission „Resolute Support“ laut Antrag (19/1094) nun ein weiteres Jahr verlängern und sogar die Mandatsobergrenze von derzeit 980 Soldaten auf 1.300 erhöhen – vor allem, um die deutschen Ausbilder besser schützen zu können, wie Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am vergangenen Donnerstag im Bundestag erklärte. Diese können, so ist dem Regierungsbericht zu entnehmen, derzeit gerade einmal die Hälfte der vereinbarten Ausbildungsverpflichtungen erfüllen; wegen drohender Anschläge der Taliban wagen sie sich ohne

Schutz kaum aus ihren Camps. Allen Rückschläge und Risiken zum Trotz warnte von der Leyen vor einer Abzugsdebatte. „Wir brauchen strategische Geduld“, mahnte sie, „gewiss nicht für immer, aber für eine längere Zeit.“ Der Aufbau der Sicherheitskräfte sei noch lange nicht abgeschlossen, der Kampf gegen den Terror müsse nachhaltig geführt werden.

Außenminister Heiko Maas (SPD) sagte, mit der weiteren Unterstützung für die nationalen Streitkräfte wolle die Bundesregierung „das Generationenprojekt der Stabilisierung“ des Landes vorantreiben. Ein Rückzug würde auch Deutschland teuer zu stehen kommen. Reinhard Brandl (CSU) verwies darauf, dass die schwierige Sicherheitslage es auch zivilen Helfern immer schwerer mache, ihre Aufgaben zu erfüllen. Ohne Sicherheit könne es aber keine Entwicklung geben.

„Tiefgreifende Veränderungen brauchen Zeit, wir können sie nicht erzwingen, nur begleiten, unterstützen und absichern“, betonte Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP). Von der Bundesregierung forderte sie gleichwohl regelmäßige Berichte und Überprüfungen der Mission.

„Keine Strategie“ Seit Ende des internationalen Kampfeinsatzes im Jahr 2014 hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan massiv verschlechtert. Das Wiedererstarken der radikalislamischen Taliban und die Ausbreitung der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) hat seither pro Jahr mehr als 10.000 Zivilisten das Leben gekostet. Wer nun aber meine, deshalb wie die USA noch mehr Soldaten nach Afghanistan schicken zu müssen, irre, betonte Stefan Liebich (Die Linke). Mehr Militär trage nicht zur Beruhigung bei, sondern bedeute mehr Eskalation. Eine Gefahr, vor der auch die

Grünen-Abgeordnete Agnieszka Brugger warnte. „Gerade solche Einsätze brauchen eine gute Rechtfertigung, eine klare Strategie, Abzugsperspektiven und nicht nur leere Durchhalteparolen“, sagte sie. Liebich und Brugger forderten beide mehr ziviles Engagement.

Für die AfD sprach sich René Springer für einen Abzug der Bundeswehr aus. Die Mission sei ein „Desaster“, es sei nicht im Interesse Deutschlands, sich weitere Jahre an diesem „Krieg“ zu beteiligen, sagte er mit Verweis auf die hohe Zahl afghanischer Flüchtlinge in Deutschland. Sie müssten in

ihre Heimat zurückgebracht werden. Seit dem verheerenden Anschlag vor der Deutschen Botschaft in Kabul im Mai 2017 haben Bund und Länder Abschiebungen nach Afghanistan jedoch ausgesetzt. Rückgeführt werden im wesentlichen nur noch Straftäter und islamistische Gefährder – eine Praxis, die Grüne und Linke im Bundestag erneut kritisierten. Sie fordern einen grundsätzlichen Abschiebestopp nach Afghanistan. „Menschen, die aus diesem Krieg fliehen, sollten hier Unterschlupf bekommen“, forderte etwa Linken-Politiker Liebich. **Johanna Metz II**

STICHWORT

Perspektivbericht der Bundesregierung – wie weiter in Afghanistan?

> Unterrichtung Zwischen 2010 und 2014 hat die Bundesregierung jährlich vier Fortschrittsberichte zu Afghanistan vorgelegt – danach übernahmen die afghanischen Sicherheitskräfte die Sicherheitsverantwortung und der Großteil der internationalen Truppen verließ das Land. Mit dem Perspektivbericht (19/1120) hat die Bundesregierung erstmals wieder ein strategisches Dokument vorgelegt.

> Ziele Der Bundeswehreininsatz soll Anschläge, wie den im Mai 2017 vor der Deutschen Botschaft in Kabul (Foto), verhindern helfen. Außerdem soll er den Aufbau eines stabilen Staates und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördern – und damit auch die Ursachen für Flucht und Migration beseitigen.



© picture-alliance/dpa

Vom Helfer zum Täter

ENTWICKLUNG Nach Missbrauchs-Skandal sichert Oxfam umfassende Aufklärung zu

Die Vorwürfe wiegen schwer: Vor wenigen Wochen enthüllten Presseberichte, dass Mitarbeiter des britischen Hilfswerks Oxfam 2011 während eines Einsatzes nach dem Erdbeben in Haiti Partys mit Prostituierten veranstaltet hatten. Im Südsudan und dem Tschad soll es Fälle von versuchten und tatsächlichen Vergewaltigungen gegeben haben, minderjährige Freiwillige sollen in Oxfam-Läden in Großbritannien sexuell belästigt worden sein. Ein Gau für die weltweit in der Nothilfe und dem Katastrophenschutz tätige Organisation, die sich überwiegend aus öffentlichen Geldern finanziert – Hauptgeber ist neben der EU und den Vereinten Nationen das Vereinigte Königreich. Oxfam-Vizechefin Penny Lawrence trat nach Bekanntwerden des Skandals im Februar zurück, die Organisation entließ vier der beschuldigten Mitarbeiter. Andere kamen ihrer Entlassung durch Kündigung zuvor. Großbritannien strich seine Unterstützung für das laufende Jahr.

Bei Oxfam ist man um Schadensbegrenzung bemüht – konsequente Aufarbeitung und Prävention ist die Devise, wie auch die Geschäftsführerin von Oxfam Deutschland, Marion Lieser, in der vergangenen Woche im Entwicklungsausschuss versicherte. Es würde eine unabhängige Untersuchungskommission bestehend aus führenden Frauenrechtsexpertinnen gebildet, die Organisationskultur und -prozesse bei



Oxfam-Helfer sollen in Haiti Partys mit Prostituierten gefeiert haben.

Oxfam genau unter die Lupe nehmen und verbindliche Empfehlungen zum Schutz vor Belästigung, Ausbeutung und sexuellem Missbrauch erarbeiten solle. „Die Vorgänge sind beschämend, inakzeptabel und unentschuldigbar“, betonte Lieser. Ihr zufolge habe Oxfam bereits 2011 damit begonnen, die Vorfälle intern zu untersuchen. Zudem seien Verfahren entwickelt worden, um sexuelles Fehlverhalten künftig besser aufdecken und unterbinden zu können. Auch der Geschäftsführer der deutschen Sektion von „Ärzte ohne Grenzen“, Florian Westphal, sicherte im Ausschuss zu, die bestehenden Beschwerdemechanismen weiter verbessern zu wollen. Jeder Fall von Missbrauch oder Diskriminierung sei „einer zu viel“. Bei „Ärzte ohne Grenzen“ werde versucht, derartiges Fehlverhalten schon bei der Ausbildung und Einweisung von Mitarbeitern sowie durch anonyme und vertrauliche Möglichkeiten der Beschwerde entgegenzuwirken. Wichtig sei der Schutz von Opfern und Hinweisgebern. Die Abgeordneten wiesen darauf hin, dass auch andere Organisationen von der Problematik betroffen seien. Sie warfen außerdem die Frage auf, ob es ähnliche Vorfälle nicht auch bei Durchführungsvorgängen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geben könne. **juh II**

Grenzen der Selbstverteidigung

SYRIEN Opposition fordert Konsequenzen aus dem türkischen Angriff auf die Stadt Afrin

Der türkische Angriff in Nordsyrien und der Beschuss der Stadt Afrin ist ein Bruch des Völkerrechts, darin sind sich alle im Bundestag vertretenen Parteien einig. Allerdings finden die Fraktionen von AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, dass es die Bundesregierung in diesem Punkt an Klarheit vermissen lasse: In vier Anträgen (19/1173, 19/1176, 19/1177 und 19/1178) fordern sie diese zum Handeln auf – die Skala reicht von einer offiziellen Verurteilung (AfD) bis zur Forderung eines sofortigen Stopps von sämtlichen Waffenexporten an die Türkei (FDP, Linke, Grüne). Alle Anträge wurden vergangenen Donnerstag in die Ausschüsse überwiesen. Armin Paulus Hampel (AfD) unterstrich in der Debatte, dass das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen anzuerkennen sei, ebenso die Tatsache, dass die Türkei vom Boden der durch die „syrischen Kurden besetzten Gebiete“ aus angegriffen worden sei. „Der türkische Beschuss der Stadt Afrin richtet sich allerdings nicht gegen identifizierte militärische Ziele, sondern gegen die Zivilbevölkerung.“ Ein solcher Einsatz sei unverhältnismäßig und untragbar. Thorsten Frei (CDU) bezeichnete das Vorgehen der Türkei als „Völkerrechtsbruch“. Es nütze aber nichts, nun „laut zu schreien, oh-

ne etwas erreichen zu können“. Die Bundesregierung habe auf eine einheitliche Haltung Europas gedrängt, die türkische Offensive zweimal in einen informellen Nato-Rat gebracht. „Sie fordern, dass es in einen formalen Nato-Rat geht. Dabei müssten Sie eigentlich wissen, dass das nur einstimmig funktioniert. Deshalb ist das, was Sie in Ihren Anträgen fordern, Wolkenschieberei.“ Nils Schmid (SPD) meldete Zweifel an, dass terroristische Angriffe aus dem Norden Syriens unterstützt worden seien. Letztlich lasse sich die Frage, welche Rolle die Kurden in der Region spielen, nur politisch beantworten: „Wir werden nicht akzeptieren, dass bestehende Staaten mit kurdischen Bevölkerungsanteilen auseinanderfallen, sondern wir erwarten, dass der Irak, Syrien, die Türkei alle Bevölkerungsteile politisch integrieren.“ Ulrich Lechte (FDP) bezeichnete die Kritik der Bundesregierung an der Türkei als „zahn- und ergebnislos“. Die Militäroffensive sei „nicht abgestimmt mit den Nato-Partnern, sie heizt den Konflikt in Syrien weiter an, und stärkt dem teuflischen IS dabei den Rücken.“

»Die Militäroffensive der Türkei stärkt dem teuflischen IS den Rücken.«

Ulrich Lechte (FDP)

Die Antwort müsse sein: Keine Rüstungsexporte in die Türkei, ein Stopp der EU-Beitrittsverhandlungen sowie keine Erweiterung der Zollunion und keine Visafreiheit. Heike Hänsel (Die Linke) bezichtigte die Bundesregierung der „Beihilfe zu diesem völkerrechtswidrigen Krieg“. Sie schweige nicht nur „komplizenhaft“, sondern liefere auch weiterhin Rüstungsgüter in die Türkei. „Das ist wirklich ein Verbrechen.“ Hänsel forderte einen Rüstungsstopp, den Abzug der Bundeswehrosoldaten aus dem türkischen Kobani und den Stopp weiterer EU-Hilfen. Claudia Roth (Grüne) kritisierte die Bundesregierung für einen „Koteau vor Präsident Erdogan, der die Präzession im Innern ausweitet, der den Konflikt mit den Kurden schürt und diesen Konflikt jetzt auch nach Syrien exportiert und damit weiteres Öl in einen regionalen Flächenbrand gießt“. An Ankara müsse die unmissverständliche Botschaft gehen: „Keine weiteren Rüstungsexporte, keine Aufrüstung der Leopard-2-Panzer, keine Beteiligung deutscher Rüstungskonzerne in der Türkei.“ **ah II**



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ REZENSIIERT



Steffen Lange, Tilman Santarius:
Smarte grüne Welt?
 Oekom Verlag, München 2018; 264 S., 15 €

Der Hype um die Digitalisierung nimmt richtig Fahrt auf, neuerdings gibt es sogar eine Staatsministerin für dieses Thema. Da setzen Steffen Lange und Tilman Santarius mit ihrem kritischen Blick einen Kontrapunkt. Die Gewerkschaften treibt schon lange die Furcht vor der Vernichtung von Arbeitsplätzen und dem Entstehen eines „digitalen Tagelöhnerturns“ um. Auch die beiden Wissenschaftler vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung befassen sich mit der Ausbreitung von Billigjobs im Internet, dem Crowdfunding. Zudem sezieren sie die ausufernde Überwachung von Arbeitnehmern und Bürgern: Konzernen, Arbeitgebern und Geheimdiensten eröffnet die Digitalisierung dazu phantastische Möglichkeiten. Das „smarte home“ verschafft Big Brother den Zugang selbst zu Wohnungen. Neuland betreten die Verfasser mit der Frage, wie sich die Digitalisierung auf die Umwelt auswirkt. Sie warnen vor dem Anwachsen immer größerer Datenberge, deren Bewältigung den Strombedarf in schwindelnde Höhen schraubt – allein das technische Management der Kryptowährungen steigert den Energiehunger massiv. Das Buch betont freilich auch positive Aspekte der Digitalisierung. So könne die Energiewende durch die Vernetzung erneuerbarer Energiequellen gelingen. Mit smarter Mobilität ließen sich Bus und Bahn, Carsharing und Radfahren digital verknüpfen und stärken. Alternative Firmen könnten besser kooperieren, profitieren werde auch der Online-Handel etwa mit Bio-Nahrungsmitteln oder nachhaltig produzierten Kleidern. Allerdings fürchten Lange und Santarius, dass Erfolge der Digitalisierung wie Ressourcenschonung und effiziente Energienutzung für mehr Wachstum und nicht für die von ihnen geforderte Reduzierung des Konsums genutzt werden. Um Letzteres zu erreichen verlangen sie unter anderem Werbeverbote im Internet. Das freilich wäre Zensur. **kos**



Michael Steinbrecher, Günther Rager (Hg.):
Meinung, Macht, Manipulation
 Westend Verlag, Frankfurt/M. 2017; 240 S., 18 €

Die Zeiten, in denen die Menschen etwas glaubten, nur weil es schwarz auf weiß in der Zeitung gedruckt zu lesen steht, sind lange vorbei. Im Gegenteil, Journalisten sehen sich mit einem zunehmenden Glaubwürdigkeitsdefizit konfrontiert. Davon zeugen die Parolen von der „Lügen- und Systempresse“ oder von den „Mainstream-Medien“. Doch was ist dran am Vorwurf, der Journalismus werde seiner Aufgabe nicht mehr gerecht? 14 Journalistik-Studenten von der TU Dortmund stellen sich in ihren Beiträgen des Sammelbandes „Meinung, Macht, Manipulation“ dieser und anderen Fragen. Wer akademische und praxisferne Kost vermutet, der sei beruhigt. Die jungen Journalisten verfügen allesamt über redaktionelle Berufserfahrung und bieten einen ganz handfesten, persönlichen und an den harten Fakten des Geschäftes orientierten Einblick in das Mediengeschäft. Es geht um ökonomische Zwänge, um Skandalisierung und Boulevardisierung, um Digitalisierung und die sozialen Medien, aber auch um das Selbstbild und die Außenwahrnehmung von Journalisten. Die Autoren scheuen sich auch nicht einzuräumen, dass Journalisten in ihrem Bemühen um eine unabhängige, kritische und zugleich faire Berichterstattung an „natürliche“ Grenzen stoßen. Journalisten sollten „zwar auf der Glaskuppel sitzen und Ereignisse darstellen, die in der Glaskuppel passieren“. Zugleich seien sie aber selbst Teil der Gesellschaft. „Die Glaskuppel verlassen zu können, ist nicht mehr als ein frommer Wunsch.“ Abschließende Antworten auf all die Fragestellungen liefert der Sammelband nicht und seine Autoren erheben diesen Anspruch auch nicht. Dennoch bietet der Band eine beruhigende Gewissheit: Solange Journalisten fähig und willens sind, ihr eigene Profession selbstkritisch zu reflektieren, ist der Journalismus in einem deutlich besseren Zustand als manche Kritik derzeit zu suggerieren vermag. **aw**

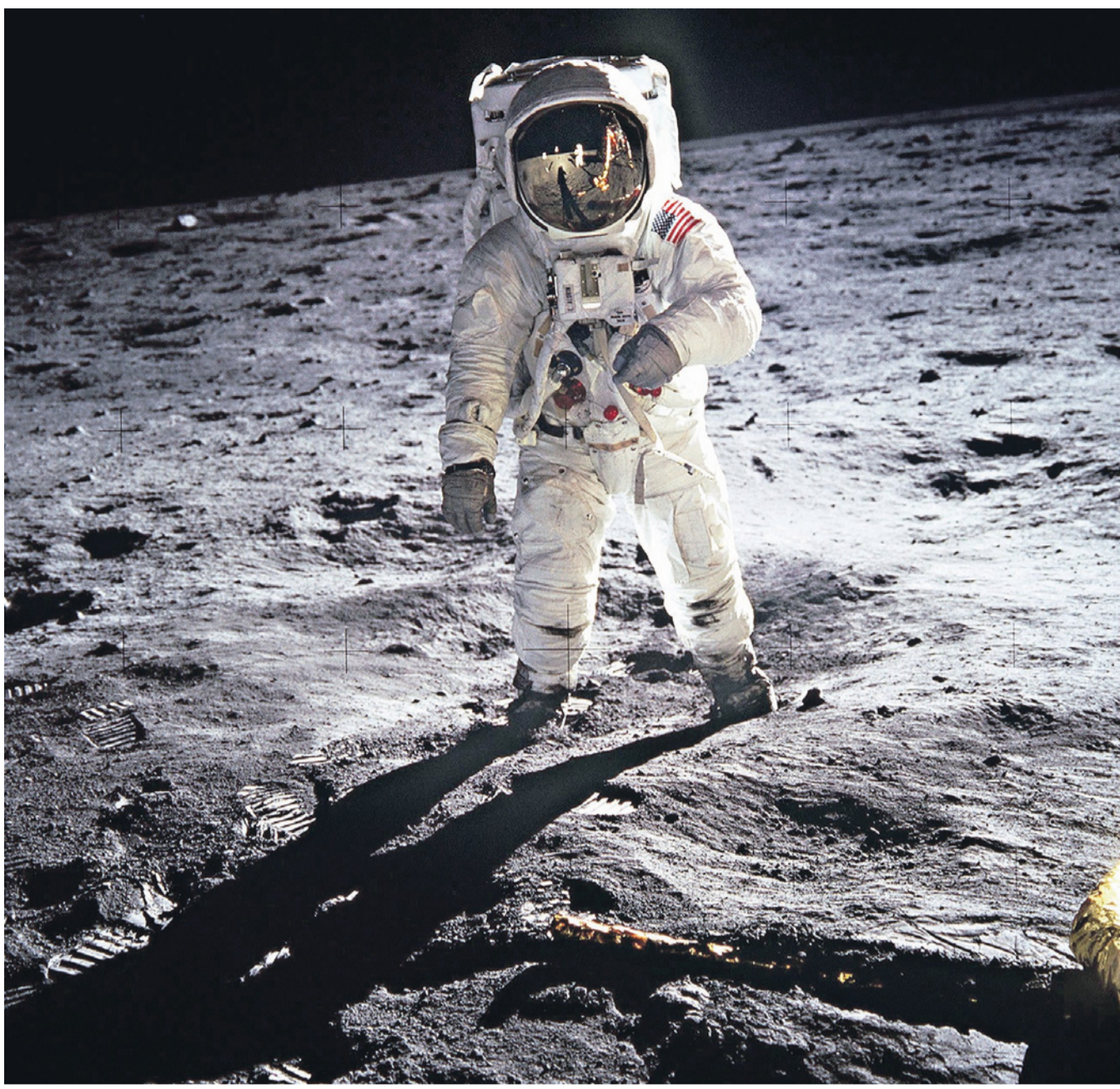
Der Abschluss eines Flugzeugs der Malaysia Airlines über der Ukraine hat nie stattgefunden, er wurde vom Westen arrangiert, um Russland als Aggressor dastehen zu lassen. Eine „internationale Finanzoligarchie“ plant in Europa den „großen Bevölkerungsaustausch“, sie „flutet“ den Kontinent systematisch mit „Afrikanern und Orientalen“, um an billige Arbeitskräfte zu kommen. Die Deutschen sind mangels Friedensvertrag immer noch „Reichsbürger“ und die Ermordung John F. Kennedys war eine perfide Inszenierung, ebenso wie die Mondlandung und die Anschläge vom 11. September: Michael Butter, Professor für Amerikanistik an der Universität Tübingen, forscht seit Jahren über die Geschichte und Verbreitung solcher Verschwörungstheorien. Er hat das EU-Projekt „Comparative Analysis of Conspiracy Theories“ mitangestoßen, in dem ein interdisziplinäres Team aus 39 Ländern zusammenarbeitet. Jetzt hat Butter ein gut lesbares Sachbuch zum Thema vorgelegt.

Herr Butter, wie definieren Sie Verschwörungstheorien?
 Drei Charakteristika kennzeichnen Verschwörungstheorien. Erstens: Nichts geschieht durch Zufall. Das heißt, es gibt angeblich eine im geheimen operierende Gruppe, die Verschwörer, die alles, was geschieht, geplant haben. Zweitens: Nicht ist, wie es scheint. Das heißt, man muss unter die Oberfläche schauen, um die wahren Verhältnisse zu erkennen. Tut man das, dann erkennt man als drittes: Alles, oder fast alles, ist miteinander verbunden. Die Einführung des Euro, Gender Mainstreaming und die Flüchtlingskrise erscheinen dann als Teil eines perfiden Gesamtplans.

In Ihrem Buch schreiben Sie, dass der Begriff zum Teil falsch verwendet wird. Nicht alles, was so genannt wird, weist die drei Charakteristika auf. Der Begriff kann wissenschaftlich-neutral verwendet werden, aber eben auch als Mittel der Delegitimierung, um unliebsame Gedankengebäude zu disqualifizieren. Kaum jemand bezeichnet sich selbst als Verschwörungstheoretiker, denn das sind immer die anderen. Die englischsprachige Forschung bezeichnet diese Taktik als „Reverse labeling“. Man bedient sich des Etiketts, das die Gegner einem selbst anheften wollen, und tut deren Behauptungen als Verschwörungstheorie ab. Die eigenen Verdächtigungen hingegen werden als wohlbegründet und im Grunde schon erwiesen präsentiert.

Sind Verschwörungstheorien etwas historisch Neues?
 Die ersten Verschwörungstheorien entstanden, soweit wir heute wissen, irgendwann zwischen Früher Neuzeit und Aufklärung. Denn erst da sind die notwendigen Bedingungen gegeben: Ein Menschenbild, das Subjekten entsprechende Handlungsfähigkeit zuschreibt, eine lesende Öffentlichkeit, in der solche Theorien zirkulieren können, und der Buchdruck, der es erlaubt, die entsprechenden Texte zu verbreiten. Zunächst spielen in den Szenarien noch Gott und der Teufel eine große Rolle, aber ab dem 18. Jahrhundert finden wir die üblichen Verdächtigen, um die es auch in der Gegenwart noch oft geht, zum Beispiel den Geheimbund der Illuminaten oder die Freimaurer.

Sie sind Amerikanist. Gibt es in den Vereinigten Staaten eine besondere Neigung zu Verschwörungstheorien?
 Vor zehn Jahren hätte ich diese Frage noch mit einem klaren „Ja“ beantwortet. Mittlerweile wissen wir, wie wichtig Verschwörungstheorien auch in der europäischen Geschichte waren und es immer noch sind. Fakt ist aber, dass in den USA deutlich mehr Menschen an so etwas glauben als in Deutschland. Neueren Umfragen zufolge hängt dort jeder zweite Bürger mindestens einer Verschwörungstheorie an. Wir denken vielleicht an die Anhänger von Donald Trump, aber das sind nicht die einzigen.



Die Amerikaner waren nie auf dem Mond? Verschwörungstheoretiker glauben an eine Inszenierung.

© picture-alliance/Photoshot

»Perfide Pläne«

VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN Der Amerikanist Michael Butter über ihre Entstehung und ihren Einfluss auf die Politik



Michael Butter

In einem EU-Projekt kooperieren über hundert Forscher zum Thema. Wo liegen die Unterschiede innerhalb Europas?
 In Mittel-, West- und Nordeuropa sind Verschwörungstheorien seit den 1950er Jahren stigmatisiert. Sie sind zwar weiterhin für viele attraktiv, aber sozial nicht akzeptiert. In Ost- und Teilen von Südeuropa ist das anders, dort verbreiten fast alle Politiker und große Teile der Medien ständig Verschwörungstheorien. Denken Sie nur an die ungarische Regierung unter Viktor Orban, die behauptet, der US-Finanzinvestor George Soros wolle Millionen Migranten in Europa ansiedeln, um die „nationale und christliche Identität“ des Kontinents auszulöschen. Die Theorie vom Weltenlenker Soros knüpft ganz offen an alte antisemitische Hetzkampagnen an – der Angegriffene ist ja ein in Ungarn geborener Jude.

Das Internet gilt als eine Art Brandbeschleuniger für einfache Welterklärungen. Sind Verschwörungstheorien vor allem ein Netzphänomen?
 Nein. Das Internet hat Verschwörungstheorien nur wieder sichtbarer gemacht und

dadurch auch zu einem Anstieg an „Gläubigen“ geführt. Der ist aber nicht so rapide, wie es uns manchmal vorkommt. Verglichen mit der Zeit vor hundert oder zweihundert Jahren glauben heute sogar eher weniger Menschen an Verschwörungstheorien. Ihre Verbreitung reicht allerdings bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein.

Schaut man auf Netzeinträge etwa zum 11. September 2001, fällt auf, dass überwiegend Männer dazu posten. Sind diese besonders anfällig für abstruse Gedankenkonstrukte?
 In der Gegenwart auf jeden Fall. Das liegt daran, dass Verschwörungstheorien einem erklären, warum die Dinge falsch laufen. Und die männliche Identität ist in den letzten Jahrzehnten deutlich heftiger erschüttert worden als die weibliche. Daher neigen momentan insbesondere diejenigen zu Verschwörungstheorien, die Verlustängste spüren und daher auch die populistischen Bewegungen der Gegenwart tragen: Weiße Männer über 40. Das ist genau jene demografische Gruppe, die Trump ins Amt gebracht hat und die auch bei Pegida mitmarschiert.

Beeinflussen Verschwörungstheorien die Politik?

In Gesellschaften, in denen Verschwörungstheorien als legitimes Wissen gelten, tun sie das ganz massiv. Sowohl der amerikanische Unabhängigkeitskrieg als auch der spätere Bürgerkrieg wurden zu einem beträchtlichen Teil von solchen Theorien mitverursacht. Für die puritanischen Siedler zum Beispiel waren alle, die sich ihnen entgegenstellten, Teil eines teuflischen Komplotts, das galt für die Indianer genauso wie für die Quäker oder die französischen Katholiken in Kanada. In der amerikanischen Kultur galten Verschwörungstheorien noch bis nach dem Zweiten Weltkrieg als völlig legitim. Die Mehrzahl der US-Präsidenten glaubte daran, von Washington über Lincoln bis Eisenhower. Aber selbst bei uns, wo diese spätestens seit den Erfahrungen im Nationalsozialismus stigmatisiert sind, bleiben sie nicht ohne Effekt. Die Verschwörungstheorien, die unter vielen Pegida- oder AfD-Anhängern verbreitet sind, beeinflussen, wie diese Bewegungen Politik machen und somit indirekt auch den gesamtgesellschaftlichen Diskurs.

Gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen Verschwörungstheorien und rechtem Populismus?

Ja. Verschwörungstheorien und Populismus haben viele strukturelle Gemeinsamkeiten. Beide vereinfachen zum Beispiel das politische Feld in zwei Gruppen: Volk und Elite beziehungsweise Opfer der Verschwörung und Verschwörer. Letztendlich liefern Verschwörungstheorien nur eine spezifische Erklärung für das Verhalten der Eliten, das der Populismus allgemeiner kritisiert. Die Eliten sind dann nicht nur abgehoben oder individuell korrupt, sondern gleich Teil eines Komplotts. Entsprechend können populistische Bewegungen Verschwörungstheoretiker wunderbar integrieren. Diese stimmen mit den Nichtverschwörungstheoretikern in fast allem überein.

„Alternativen Fakten“ aus dubiosen Blogs oder Foren schenken manche mehr Glauben als den Recherchen seriöser Medien, die als „Lügenpresse“ beschimpft werden. Was kann man tun gegen Verschwörungstheorien?

Empirische Experimente zeigen: Wenn man überzeugte Verschwörungstheoretiker mit schlüssigen Gegenargumenten konfrontiert, halten sie danach noch fester an ihrem Gedankengebäude fest. Es ist schwer, an wirklich „Gläubige“ heranzukommen. Wenn man überhaupt diskutieren will, sollte man sehr niedrigschwellig und eher emotional einsteigen. Oft geht es um Anerkennung, darum, ernst genommen zu werden. Gleichzeitig muss man ansetzen bei den Zweifeln, die noch nicht vollständig von solchen Theorien überzeugt sind, und überhaupt für eine gute Bildung sorgen: Wissen darüber, wie moderne Gesellschaften funktionieren, und Medienkompetenz sind das allerwichtigste.

Das Interview führte Thomas Gesterkamp. ||

Der Autor arbeitet als freier Journalist und Buchautor in Köln.



Michael Butter:
Nichts ist, wie es scheint. Über Verschwörungstheorien.
 Suhrkamp Verlag, Berlin 2018; 270 S., 18 €

Bekenntnis zur Freiheit

KULTUR Ausschuss diskutiert Standpunkte der Fraktionen

Vertreter aller Fraktionen im Kulturausschuss haben sich in der vergangenen Woche ausdrücklich zur Freiheit von Kunst und Kultur bekannt. Und doch offenbarte die Aussprache im Ausschuss über die kulturpolitischen Standpunkte der Fraktionen mitunter erhebliche Unterschiede, was unter dieser Freiheit zu verstehen ist. Vor allem Äußerungen aus der AfD-Fraktion sorgten für erheblichen Widerspruch. Aus der Unionsfraktion hieß es, es sei mit Blick in diktatorische und autoritäre Staaten „eben keine Banalität“, für die Freiheit der Kultur einzutreten. Die SPD-Fraktion betonte, dass sie für einen „offenen Kulturbegriff“ eintrete, der auf „Freiheit und Vielfalt“ setze. Aufgabe der Politik sei es, „Räume zu schaffen“, in denen sich die Kultur entwickeln kann. Die FDP-Fraktion verwies darauf, dass die kulturelle Identität einer Nation „nicht statisch“ sei, sondern sich stets weiterentwickle. Zur Freiheit gehöre aber auch, dass Kunstsammler und -händler vom Staat nicht behindert würden. So müsse das in der vergangenen Legislatur verabschiedete Kulturgutschutzgesetz auf den Prüfstand gestellt werden. Vertreter von Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen mahnten, dass die Freiheit der Kultur aber nur bei gleichzeitiger sozia-

Trauer um Karl Lehmann

ler Absicherung der Kulturschaffenden zu erhalten sei. Künstlerisches Schaffen müsse auch unabhängig vom kommerziellen Zweck und Erfolg möglich sein, forderten die Grünen. Die Linke trat unter anderem für eine Erhöhung des Bundeszuschusses an die Künstlersozialkasse ein. Union und SPD kündigten an, die soziale Lage von Kulturschaffenden verstärkt in den Fokus zu rücken. Dies sei auch im Koalitionsvertrag verabredet worden.

»Entideologisierung« Die AfD-Abgeordneten mahnten, mit der Freiheit der Kultur sei es nicht zu vereinbaren, wenn die ihre Standpunkte immer wieder diskreditiert und ihre Fraktion von Veranstaltungen ausgelassen werde. Auch die AfD stehe für die Freiheit von Kunst und Kultur ein. Zugleich forderte die Fraktion, dass die Kulturförderung „entideologisiert“ werden müsse. Als Beispiele benannte sie das Gender-Thema und den Postkolonialismus. Es sei zudem typisch, wenn im Humboldt-Forum in Berlin außereuropäischen Kulturen ins Zentrum gerückt würden, die eigene Kultur hingegen vernachlässigt. Die Linke hielt der AfD vor, sie müsse sich nicht über Ausladungen wundern, wenn deren Vertreter öffentlich die „Entsiffung“ des Kulturbetriebes fordere. **aw**

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information. Mehr Themen. Mehr Hintergrund. Mehr Köpfe. Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
 parlament@fs-medien.de
 Telefon 069-75014253

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

AUFGEKEHRT

Im Fahrstuhl mit der FDP

Es gibt nur wenig universell geteilte Normen auf dieser Welt. Eine davon ist: Im Fahrstuhl hält man die Klappe! Schweigend fährt man hoch, schweigend fährt man runter. Und am besten guckt man sich auch nicht an. Nur Punks grüßen! Gemeinsam einsam – im Fahrstuhl gilt jeder ist sich selbst der Nächste. Es ist daher eigentlich kein Wunder, dass nun auch die FDP im Bundestag Fahrstühle für sich und ihre Kommunikation entdeckt hat. Aber die alten Normen? Nein, die gelten für die sich nach politischer Insolvenz und Rebranding inzwischen als Politik-Start-up generierende Fraktion natürlich nicht! „Elevator Pitch“ heißt das Format, das sich die Liberalen (natürlich!) aus der Business World geborgt haben und online verbreiten: Für die wenigen Sekunden einer Fahrstuhlfahrt im Paul-Löbe-Haus des Bundestages präsentiert eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter einen Gesetzentwurf oder Antrag der Fraktion. Ganz hoch hinaus wollen die FDPler offenbar nicht: Komplexeste Recherchen und ausgefeilte Testreihen (eine Peer Review steht noch aus) haben ergeben, dass die Fahrt eine Länge von bis zu 16 Sekunden haben kann. Die FDPler halten es bisher aber kürzer mit ihren Pitches. Ob das nun Ausdruck maximaler und passgenauer Effizienz ist oder die Fahrstuhlfahrenden schlicht nicht mehr zu sagen haben, das ließ sich experimentell nicht nachvollziehen. Auch ist noch unklar, was eigentlich passiert, wenn ein pitchender Liberaler mal steckenbleibt? Ist der Notdienst gesetzlich verpflichtet, die ganze Zeit zuzuhören? Klar scheint bisher nur zu sein: Es ist besser, quatschend Fahrstuhl zu fahren, als falsch zu regieren – oder mühsam Treppen zu steigen. *Sören Christian Reimer*

VOR 65 JAHREN...

Debatte um deutsche Armee

19.3.1953: EVG- und Deutschlandvertrag ratifiziert. Sie war eine der umstrittensten Fragen nach dem Zweiten Weltkrieg: die Wiederbewaffnung Deutschlands. Im Inland war die schwarz-gelbe Koalition dafür, Opposition und weite Teile der Öffentlichkeit waren dagegen. Im Ausland forderten vor allem nach dem Ausbruch des Ko-



Kanzler Adenauer (CDU) bei Unterzeichnung des Deutschlandvertrags in Bonn

rea-Krieges die USA und Großbritannien einen deutschen Verteidigungsbeitrag. Besonders Frankreich war skeptisch. Doch ausgerechnet aus Paris kam 1950 ein Vorschlag, wie deutsche Truppen ihren Beitrag leisten könnten: im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Doch diese sollte an Frankreich selbst scheitern, nachdem der Bundestag bereits sein Ja gegeben hatte. Kanzler Konrad Adenauer (CDU) sah in dem Vorschlag eine Chance: Er forderte für die Integration deutscher Streitkräfte in die EVG ein Ende des Besatzungsstatus und die Einrichtung eines Verteidigungsministeriums – weitgehende Souveränität. So wurde neben dem EVG auch über einen Deutschlandvertrag verhandelt. Die jeweils beteiligten Staaten unterzeichneten im Mai 1952. Am 19. März 1953 ratifizierte der Bundestag die Verträge. Nach hitziger Debatte: Noch zu Beginn der Sitzung hatten SPD und KPD versucht, die Tagesordnung zu kippen. Angesichts der „Bedrohung aus dem Osten“ warb Adenauer allen Protesten zum Trotz: „Wir Deutschen (...) haben selbst nichts (...), was unser Land schützen könnte.“ Letztlich scheiterten die Pläne. 1954 lehnte die französische Nationalversammlung den Vertrag ab. Auch der Deutschlandvertrag war damit voreerst vom Tisch. *Benjamin Stahl*



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ORTSTERMIN: DER BUNDESTAG »UNTER DEN LINDEN«



Prominenter Platz in der parlamentarischen Erinnerungskultur: Nach den Abgeordneten der Weimarer Republik Otto Wels (SPD, oben) und Matthias Erzberger (Zentrum, unten) sind seit dem 23. März 2017 zwei Gebäude auf der Flaniermeile „Unter den Linden“ benannt.



Zwei Demokraten mit Haltung

Nieselregen sprüht aus der dichten Wolkendecke, auf dem Gehsteig haben sich Pfützen gebildet. Ein paar hartgesottene Berlin-Touristen lassen sich das Flanieren auf der Straße „Unter den Linden“ davon nicht verderben. „Da vorn ist das Brandenburger Tor“, sagt einer. „Von da ist es nicht mehr weit zum Bundestag.“ Einige Schritte weiter bleiben sie vor der Fassade mit der Nummer 50 stehen. „Das hier gehört auch zum Bundestag“, sagt seine Begleiterin und zeigt auf das Parlamentsemblem. „Otto-Wels-Haus“ steht auf der Tafel neben dem Eingang. Nach dem Sozialdemokraten der Weimarer Republik hat der Bundestag das Gebäude im vergangenen Jahr benannt. „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Fast auf den Tag genau vor 85 Jahre tritt Wels mit diesem Satz Hitlers Ermächtigungsgesetz mutig entgegen. Am 23. März 1933 begründet er damit das Nein seiner Fraktion zur Diktatur. Allen Einschüchterungen zum Trotz, den SA- und SS-Leute auf die Opposition ausüben. In diesem Klima von Repression und Angst stimmt einzig die SPD gegen das Gesetz, das Hitler mit diktatorischen Vollmachten ausstattet. Den KPD-Abgeordneten ist der Zugang zur Sitzung verweigert. Willkürliche Verhaftungen von KPD- und SPD-Politikern sind vorausgegangen.

Als der Mann, der die letzte freie Parlamentsrede der Weimarer Republik hält, geht er in die Geschichte ein. Weniger in Erinnerung geblieben ist, dass Wels zu diesem Zeitpunkt auf eine lange Erfahrung als Abgeordneter und Parteivorsitzender blickt. 1873 in Berlin als Sohn eines Gastwirts geboren tritt er mit 18 Jahren in die SPD ein. Gewerkschafts- und Parteiarbeit, ein Mandat im Reichstag des Kaiserreichs ab 1912 folgen. Nach dem Ersten Weltkrieg beteiligt sich der gelernte Tapezierer an der Ausarbeitung der Verfassung und kämpft gegen radikale Kräfte: So organisiert er den Generalstreik gegen den Kapp-Putsch und gründet das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, eine Antwort auf die Gewalt der Extremisten. Als die junge Demokratie im März 1933 endet, nähert sich auch Wels politische Karriere dem Schluss. Wenige Wochen nach der „Machtergreifung“ Hitlers flieht er nach Prag, um dort die Auslandsleitung der SPD aufzubauen. Im Jahr 1938 muss er abermals vor den deutschen Truppen fliehen. Im Pariser Exil stirbt er ein Jahr später. Einen sichtbaren Platz in der parlamentarischen Erinnerungskultur hat seit März 2017 auch ein anderer Demokrat der Weimarer Republik: der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger. Das Haus mit der Nummer 71 erinnert an

den leidenschaftlichen Parlamentarier. Der Konservative, 1875 im württembergischen Buttenhausen geboren, zieht 1903 mit 28 Jahren als jüngster Abgeordneter in den Reichstag ein. Weil es damals noch keine Diäten gibt, verdient der Lehrer und Journalist seinen Lebensunterhalt mit Zeitungsartikeln. Während des Ersten Weltkrieges zunächst mit der Auslandspropaganda betraut, wird er 1917 zum Wortführer eines „Verständigungsfriedens“ zwischen den Entente-Mächten und Deutschland. Während die Regierung weiter auf Krieg setzt, verhandelt er hinter den Kulissen. Er ist es auch, der 1918 den Waffenstillstand unterzeichnet und nach Kriegsende die Generäle Hindenburg und Ludendorff scharf kritisiert. Als Reichsfinanzminister und Vizekanzler führt er ab 1919 die progressive Einkommenssteuer ein und baut eine moderne Steuerverwaltung auf. Erzberger, der keiner Debatte aus dem Weg geht, wird von den Rechtsradikalen als „Volksverräter“ und „Novemberverecher“ beschimpft. „Die Kugel, die mich treffen soll, ist schon gegossen“, sagt er im Frühjahr 1921 zu einer Tochter. Wenige Monate später erschießen ihn zwei Auftragsmörder im Schwarzwald. *Eva Bräth*

LESERPOST

Zur Ausgabe 10-11 vom 5. März 2018, Debattendokumentation zur Plenarsitzung »Internationaler Weltfrauentag«: Note eins für die wiederum sehr informative Print-Ausgabe der Debattendokumentation! Diesen Bestandteil der Zeitung möchte ich auch in Zukunft nicht vermissen. Obwohl das gedruckte Medium zunehmend zum Nischenprodukt wird, hindert mich das nicht daran, es weiterhin intensiv zu nutzen. Die Printversion hat für mich einen wesentlich höheren Stellenwert als die im Internet abrufbare Protokollfassung. Mein Wunsch ist, dass die Print-Ausgabe auch künftig erhalten bleibt. *Thomas Neumaier Bad Vilbel*

Zur Ausgabe 9 vom 16. Februar 2018, »Der lange Weg zum Kompromiss« auf Seite 3: Ihre Berichterstattung zum Artikel 219a des Strafgesetzbuches finde ich interessant und ausgewogen. Einziger Kritikpunkt: Die Grafik auf Seite 3 über „Schwangerschaftsabbrüche in Europa“. Darin fehlen eine ganze Reihe Deutschland geografisch und soziologisch nahestehender Länder wie Belgien, die Niederlande, Frankreich und Österreich. Sie hätten zumindest in einer Fußnote sagen können, warum aus diesen Ländern keine Daten vorhanden sind. So wie die Grafik jetzt da steht, lassen sie den Leser mit diesen Fragen allein. Zudem vergleicht die Grafik auf diese Weise in manchen Teilen „Äpfeln mit Birnen“, da sie überdurchschnittlich viele mittel- und osteuropäische Länder enthält, wo bekanntlich das Erbe zu diesem Thema ein recht anderes ist. *Martin Schneider per E-Mail*

Zur Ausgabe 9 vom 26. Februar 2018, »Zug um Zug besser« auf Seite 10: Hier wird ein Loblied auf den Wettbewerb im Schienenpersonennahverkehr gesungen. Die negativen Auswirkungen dieses Wettbewerbs finden dabei jedoch kaum Erwähnung. Zur Erinnerung: Die „Eurobahn“, die in dem Beitrag hervorgehoben wird, hat jüngst eine öffentliche Ausschreibung gewonnen und bedient seit Dezember 2017 das Teutoburger-Wald-Netz. Seither steht der Betreiber aufgrund von zu kurzen Zügen, Zugausfällen, Verspätungen und einer unzureichenden Fahrgastinformation in der öffentlichen Kritik. Dies führte bereits zu einer Abmahnung des Betreibers durch den zuständigen Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe. Der Wettbewerb wirkt sich folglich nicht nur positiv auf die Qualität der Dienstleistungen im Nahverkehr aus. Es bedarf also

neben den Anstrengungen der Betreiber auch der weiteren Entwicklung des vergaberechtlichen Rahmens, um negative Auswirkungen für die Fahrgäste zu vermeiden. *Patrick Quack Bielefeld*

Zur vierten Amtszeit von Angela Merkel als Bundeskanzlerin: Angela Merkel hat Hoffnungen geweckt, sie aber nicht erfüllt. Sie war durch die Konjunktur in einer starken Position und hatte Mittel, Konflikte zu lösen oder einzudämmen. Diese Möglichkeiten hat sie liegen lassen. Drei Punkte dazu: Erstens haben ihre Regierungen den zunehmenden Abstand zwischen dem Norden und dem Süden der EU nicht einzuschränken gesucht; die Krise Italiens macht einige der Folgen gerade offenbar. Zweitens haben ihre Regierungen zwar das Bild geschaffen, dass Deutschland im

Kampf gegen die übermäßige Ausbeutung der Umwelt vorangeht, aber keine Kontrolle der Autoindustrie etabliert. Drittens haben ihre Regierungen eine Zuspitzung der Kontroverse mit Russland zugelassen, welche die New York Times dazu gebracht hat, die Kanzlerin als „chief adversary“ Putins zu bezeichnen. Es ist nicht zu sehen, wie diese radikale Position den Interessen Europas oder Deutschlands dient. Es ist im Gegenteil zu befürchten, dass diese Politik das Machtpotential Deutschlands übersteigt. Wird die neue GroKo die angehäuften Aufgaben nicht nur mit freundlichen Worten beschreiben, sondern mit Schwung und Mut unsympathische, weil kosten-trächtige „Entscheidungen treffen“? Zu fürchten ist, dass die Probleme noch einmal dreieinhalb Jahre liegen bleiben. Die USA haben nach der vierten Amtszeit Franklin D. Roosevelts in ihre Verfassung ein „Amendment“ eingeführt, das die Kandidatur eines Präsidenten auf eine Wiederwahl einschränkt. Es wäre gut für Deutschland, wenn wir eine solche Verfassungsänderung auch für das Kanzleramt einführen würden. *Hans-Heinrich Nolte Barsinghausen*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 26. März.

PERSONALIA

>Klaus Rösch † Bundestagsabgeordneter 1980-1983, FDP

Am 18. Februar starb Klaus Rösch im Alter von 72 Jahren. Der Diplom-Betriebswirt aus Villingen-Schwenningen trat 1961 der FDP bei und amtierte von 1974 bis 1982 als stellvertretender Vorsitzender in Baden-Württemberg. Von 1973 bis 1979 war er Kreisabgeordneter und von 1976 bis 1980 Landtagsabgeordneter. Im Bundestag arbeitete Rösch im Verkehrsausschuss sowie im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit.

>Fritz Wittmann Bundestagsabgeordneter 1971-1994, 1996-1998, CSU

Am 21. März vollendet Fritz Wittmann sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt aus München schloss sich 1952 der CSU an, war von 1956 bis 1959 Landessekretär der Jungen Union in Bayern und von 1983 bis 1991 Vorsitzender des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU. Wittmann engagierte sich im Bundestag überwiegend im Rechtsausschuss und gehörte ferner dem Verteidigungsausschuss an, dessen Vorsitz er von 1991 bis 1994 innehatte. Zuletzt wirkte er im Auswärtigen Ausschuss mit. Von 1975 bis 1983 und von 1997 bis 1998 war er Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der WEU. Von 1994 bis 1998 amtierte er als Präsident des Bundes der Vertriebenen.

>Rose Götte Bundestagsabgeordnete 1987-1991, SPD

Rose Götte begeht am 21. März ihren 80. Geburtstag. Die promovierte Germanistin und Journalistin aus Rodenbach/Kreis Kaiserslautern trat 1971 der SPD bei, war stellvertretende Vorsitzende des SPD-Bereichs Pfalz und gehörte von 1979 bis 1987 dem rheinland-pfälzischen Landtag an. Götte, im Bundestag zuletzt Mitglied des Ausschusses für Familie und Senioren, legte 1991 ihr Mandat nieder. Danach amtierte sie bis 2001 als Ministerin für Bildung und Kultur bzw. für Jugend, Familie und Frauen in Rheinland-Pfalz. Götte ist auch als wissenschaftliche Autorin hervorgetreten.

>Detlef Dzembitzki Bundestagsabgeordneter 1998-2009, SPD

Am 23. März wird Detlef Dzembitzki 75 Jahre alt. Der Sozialpädagoge aus Berlin schloss sich 1962 der SPD an und stand von 1994 bis 1999 an der Spitze des Berliner Landesvorstands. Von 1975 bis 1989 war er Bezirksstadtrat in Berlin-Reinickendorf und von 1989 bis 1995 dort Bezirksbürgermeister. Im Bundestag arbeitete Dzembitzki im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit und war dessen stellvertretender Vorsitzender von 2002 bis 2005. Zuletzt wirkte er im Auswärtigen Ausschuss mit.

>Gabriele Rost Bundestagsabgeordnete 1989-1990, CDU

Gabriele Rost wird am 23. März 70 Jahre alt. Die Historikerin aus Berlin schloss sich 1972 der CDU an und amtierte von 1985 bis 1987 als stellvertretende Landesvorsitzende der dortigen Frauen-Union. Von 1975 bis 1989 war sie Bezirksverordnete in Berlin-Steglitz und von 1989 bis 1995 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Im Bundestag gehörte Rost, die für die verstorbene Abgeordnete Lieselotte Berger nachgerückt war, dem Umweltausschuss an. *bmh*

Info-Mobil auf Tour

Parlament vor Ort Das Infomobil des Deutschen Bundestages ist wieder auf Tour. Vergangene Woche präsentierte sich der Truck zunächst vor dem Paul-Löbe-Haus des Bundestages in Berlin, nun geht es quer durch die Republik. Der Besuch von mehr als 40 Städten steht auf dem Programm. Im Juli und August sind Touren in der Ferienzeit geplant. Ziel des rollenden Info-Angebotes ist es, Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments zu vermitteln. Abgeordnete der besuchten Wahlkreise berichten über ihre persönlichen Erfahrungen im Parlament. Das Infomobil verfügt über eine überdachte Bühne, einen Besprechungsraum, einen Großbildschirm für die Filmvorführung und Online-Zugänge. Interessierte Gruppen können sich für einen Vortrag über Aufgaben des Parlaments unter 030 227 35196 anmelden. Die nächsten Stopps des Infomobils sind in Ratzeburg (22.-24.3.), Buchholz in der Nordheide (26.-28.3.), Stade (5.-7.4.), Weyhe (9.-11.4.), Osnabrück (12.-14.4.), Coesfeld (16.-18.4.), Marl (19.-21.4.), Essen (23.-28.4.), Düsseldorf (3.-5.5.), und Mönchengladbach (7.-9.5.).

Eine vorläufige Programmübersicht ist zu finden auf der Webseite des Bundestages unter www.bundestag.de/besuch ausstellungen/bundestagunterwegs/info-mobil *DP*

SEITENBLICKE



Heiko Maas, SPD, Bundesminister des Auswärtigen:

Dem IS-Terror auf Dauer den Nährboden entziehen



Heiko Maas (*1966)
Bundesminister

Wir diskutieren heute und morgen in diesem Haus die Bundestagsmandate für fünf Auslandseinsätze der Bundeswehr. Unsere Soldatinnen und Soldaten, die – das wissen Sie alle – oft unter schwierigen und gefährlichen Bedingungen im Einsatz sind, erwarten vor allen Dingen von uns – und das zu Recht – Handlungssicherheit und einen klaren Auftrag. Das gilt nicht nur für die konkrete Ausgestaltung der einzelnen Einsätze, sondern das gilt erst recht auch für das außenpolitische Gesamtkonzept, ohne das diese Einsätze nicht zum Ziel führen können. Unser Engagement für Frieden und Stabilität, und zwar weltweit, müssen wir auch durch einen Beitrag im Kampf gegen den internationalen Terrorismus unterlegen.

Die internationale Anti-IS-Koalition hat in der Vergangenheit bereits wichtige Erfolge erzielt. Die IS-Terrorherrschaft über 3,2 Millionen Syrer und 4,5 Millionen Iraker wurde im letzten Jahr gebrochen. Rakka wurde befreit. 3,5 Millionen irakische Binnenflüchtlinge konnten in ihre Städte und Dörfer zurückkehren. Der IS übt im Irak keine Herrschaft mehr aus. Die Anzahl der Kämpfer ist wesentlich gesunken, und die Finanzquellen konnten größtenteils ausgetrocknet werden. Dennoch sollten wir uns nichts vormachen: Besiegt ist der IS noch lange nicht. In Syrien ist er weiterhin – vor allen Dingen im Osten des Landes – präsent, wo deshalb auch der militärische Fo-

kus aller Mitglieder der Anti-IS-Koalition liegen muss.

Aber auch im Irak gibt es immer noch zahlreiche IS-Kämpfer. Das bedeutet, unsere Erfolge sind fragil. Wenn wir sie sichern wollen, dann müssen wir unser Engagement fortsetzen. Darum geht es heute.

Meine Damen und Herren, wir müssen und werden gleichwohl unser Engagement im Kampf gegen den IS anpassen. Die Bundesregierung beabsichtigt, die Personalobergrenze des Ihnen vorliegenden Mandats deutlich abzusinken: von 1 200 auf 800 Soldatinnen und Soldaten. Der seegehende Schutz für den französischen Flugzeugträger wird nicht mehr nötig sein. Hingegen wollen wir die Aufklärungsflüge, die Luftbetankung und die AWACS-Flüge der NATO fortsetzen, um die erzielten Fortschritte abzusichern und ein Wiedererstarken des IS dauerhaft zu verhindern. Ein vorzeitiges Ende unseres militärischen Beitrages – ja, es ist ein militärischer Beitrag – zur Anti-IS-Koalition, ein Nachlassen im Kampf gegen den IS wäre gerade jetzt das völlig falsche Signal. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zu diesem Mandat.

Mit der Reduzierung des militärischen Engagements im Kampf gegen den IS rücken jetzt die langfristige Perspektive und vor allen Dingen die Ursachenbekämpfung, von der so oft die Rede ist, in den Vordergrund. Wie kann dem IS-Terror auf Dauer der Nährboden entzogen werden?

Nach den Jahrzehnten des Gegeneinanders kommt es jetzt vor allem darauf an, dass alle Bevölkerungsgruppen im Irak ihren Platz haben und in den Genuss von wirtschaftlicher und politischer Teilhabe kommen. Bagdad und Erbil haben den Gesprächsfaden auf höchster politischer Ebene wieder aufgenommen, was gut ist. Dass sich alle Beteiligten zu einem Dialog auf Grundlage der irakischen Verfassung bekennen, ist ein großer Schritt in die richtige Richtung, der in der Vergangenheit lange nicht möglich gewesen ist.

Wir zeigen genauso Verantwortung mit unserem zivilen Engagement. Das müssen wir umso stärker machen, je erfolgreicher der militärische Kampf gegen den IS verläuft. Die Bundesregierung hat seit 2014 zivile Hilfe in Höhe von über 1 Milliarde Euro für den Irak geleistet. Bei der internationalen Wiederaufbaukonferenz vergangenen Monat in Kuwait hat Deutschland weitere 350 Millionen Euro zugesagt.

Meine Damen und Herren, las-

sen Sie mich am Ende noch einige Worte zu Syrien sagen. Es besteht kein Zweifel: Wir erleben zurzeit die schlimmsten Kämpfe seit Beginn des siebenjährigen Konfliktes. Die jüngste Offensive auf Ost-Ghuta offenbart einmal mehr die ganze Brutalität des syrischen Regimes. Täglich sterben Menschen. Hilfst Transporte, auf die lange gewartet wird und die bitter nötig sind, kommen nicht an; sie werden nicht durchgelassen.

Wir fordern daher das syrische Regime und seine Verbündeten auf, Beschlüsse der Weltgemeinschaft endlich umzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Waffen schweigen und die dringend benötigte humanitäre Versorgung endlich geleistet werden kann.

Für eine friedliche Zukunft in Syrien bleibt entscheidend, dass

die dem Konflikt zugrunde liegenden Ursachen angegangen werden. Das bedeutet, dass im Genfer Prozess endlich Fortschritte gelingen müssen. Und es muss klar gesagt werden: Bei all diesen Fragen steht vor allen Dingen Russland in der Verantwortung.

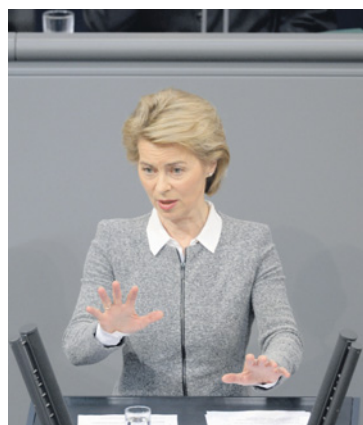
Meine Damen und Herren, Stabilität und Entwicklung sind ohne Sicherheit nicht möglich, und zwar nirgendwo. Deshalb ist unser militärischer Beitrag als Teil unseres umfassenden Ansatzes im Kampf gegen den IS und zur Stabilisierung des Iraks weiterhin notwendig. Deshalb bitte ich Sie um die Zustimmung zu diesem Mandat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Ursula von der Leyen, CDU, Bundesministerin der Verteidigung:

Der IS ist militärisch geschlagen, aber besiegt ist er noch nicht



Ursula von der Leyen (*1958)
Bundesministerin

Vor etwa einem Monat war die Münchner Sicherheitskonferenz, und damals hat der irakische Ministerpräsident Haider al-Abadi eine beeindruckende Rede gehalten. Er sprach davon, wie er 2015 erstmals auf der Münchner Sicherheitskonferenz war. Damals waren zwei Drittel des Iraks vom IS kontrolliert, das Land war geschunden durch Terror, durch Vertreibungen, religiöse und politische Spannungen, die irakischen Streitkräfte schwach und zersplittert. Aber Premier al-Abadi hat auch geschildert, was es bedeutet hat, dass heute Mosul befreit ist, dass dies das Verdienst einer einzigartigen weltweiten Koalition gegen den Terror ist, vor al-

lem aber ein Erfolg der Iraker. Zum ersten Mal haben die Kräfte der irakischen Zentralregierung zusammen mit den Peschmerga Seite an Seite gekämpft. Gemeinsam mit der Koalition gegen den Terror ist es ihnen gelungen, den IS militärisch zu schlagen, und das ist ein sehr großer Erfolg, meine Damen und Herren.

Auch Deutschland hat einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet: Wir haben mit unseren Recce-Tornados zur Aufklärung beigetragen. Wir haben unsere Partner mit Luftbetankung unterstützt. Wir haben die Peschmerga ausgerüstet und ausgebildet. Wir haben ihnen militärisches Basiswissen vermittelt, etwa für den Kampf gegen die Selbstmordkommandos oder den Häuserkampf. Wir haben sie auch in der Verwundetenversorgung ausgebildet, damit Peschmerga-Kämpfer nicht mehr gleich hinter der Front verbluten, weil die Basisversorgung nicht gegeben ist. Wir haben sie später in der ABC-Abwehr spezialisiert. Wir haben Ersatzteile für Fahrzeuge, Sanitätsmaterial und Minenabwehr geliefert.

Entscheidend ist aber gewesen: Wir haben dadurch den Peschmerga den Rücken gestärkt. Sie haben Mut gefasst, sie haben tap-

fer gekämpft, sie haben den IS gestoppt. Es ist ihnen gelungen, ihr Territorium freizukämpfen. Sie haben 1,5 Millionen Flüchtlinge in ihrem Land geschützt. Das ist das Ziel der Mission gewesen, und diese Mission ist jetzt erfolgreich abgeschlossen, meine Damen und Herren.

Wir können deshalb das reine Basisausbildungsmandat auslaufen lassen.

An dieser Stelle – ich spreche, glaube ich, auch im Namen des Hohen Hauses – möchte ich allen Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten danken, die diesen Einsatz in Erbil geleistet haben. Das ist vor allem auch ihr Erfolg.

Ich danke auch ganz bewusst

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

den Peschmerga; denn wir werden nicht vergessen, dass sie auch für unsere Sicherheit gekämpft haben. Sie haben Leben gelassen, sie haben Gesundheit verloren, und das werden wir ihnen nicht vergessen.

Meine Damen und Herren, es geht jetzt darum, die Erfolge zu sichern. Mein Kollege Heiko Maas hat es schon richtig gesagt: Der IS ist militärisch geschlagen, aber besiegt ist er noch nicht. – Er agiert zunehmend aus dem Untergrund. Er hat tiefe Spuren der Verwüstung in diesem Land hinterlassen, gerade zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gruppen. Jetzt ist es Aufgabe der Koalition, den IS-Terror in Syrien und Irak weiterhin nachhaltig zu bekämpfen, aber vor allem auch die irakischen Streitkräfte zu ertüchtigen, für Sicherheit im eigenen Land zu sorgen. Der größte Schutz gegen den Terror ist aber, wenn wir die Iraker dabei unterstützen, ihr Land wieder aufzubauen und als eine Ein-

heit des Iraks zusammenzubleiben.

Bei meinem Besuch vor etwa vier Wochen im Irak hat mir Ministerpräsident Haider al-Abadi gleich im ersten Satz gesagt – Herr Präsident, Sie erlauben mein Zitat –: We are asking you for more German engagement. – Er hat also eine klare Einladung und Bitte an Deutschland gerichtet, im Irak weiterhin zu helfen. Natürlich wird das Ganze unter dem Dach der Koalition gegen den Terror geschehen. Unter diesem Dach der Koalition gegen den Terror sind etwa 30 Länder aktiv, aber auch die VN, die Europäische Union, die NATO. Deshalb haben wir jetzt das Mandat neu gefasst. Wir hatten früher zwei Mandate, jetzt haben wir ein Mandat. Wir können die Obergrenze insgesamt von 1 350 auf 800 Soldatinnen und Soldaten absenken.

Das Mandat steht auf drei Säulen:

Erstens. Wir werden weiterhin Fähigkeiten zur Aufklärung, die Recce-Tornados, zur Verfügung stellen, um sie in Syrien und im Irak einzusetzen.

Zweitens. Wir werden der Air Campaign der Koalition weiterhin die Luftbetankung und Stabspersonal zur Verfügung stellen, ebenso NATO-AWACS.

Drittens. Wir werden uns aber – das ist das Neue in diesem Ansatz – im Irak auf Capacity Building konzentrieren, also weg von der Basisausbildung, die ich vorhin geschildert habe, hin zu einer höheren, spezifischeren Ebene. Da geht es um den Aufbau loyaler Streitkräfte, spezialisierte Ausbildung – Train the Trainer –, aber eben auch um Schlüsselfähigkeiten wie Minenräumen, Sanitätswesen – wir bauen jetzt in Erbil ein Peschmerga-Krankenhaus – oder ABC-Abwehr. Es geht auch um die Beratung des irakischen Verteidigungsministeriums und

um den Aufbau militärischer Ausbildungseinrichtungen.

Wir werden also in Zukunft im Irak mit zwei Standbeinen vertreten sein: mit einem in Erbil und einem rund um Bagdad, um das Capacity Building voranzubringen. So wird unser Engagement sowohl geografisch als auch politisch neu ausbalanciert werden. Das Mandatsgebiet wird angepasst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit unserem Beitrag bleiben wir in der Koalition gegen den Terror engagiert, einen Terror, der uns auch weiterhin fordert. Wir tragen dazu bei, dass diese geschundene Region langsam wieder an Stabilität gewinnt, auch damit Millionen von Flüchtlingen, die sich außerhalb des Landes befinden oder Binnenvertriebenen sind, wieder zurück in die Heimat kommen können.

Wir wissen zugleich, dass dies noch ein langer Prozess ist. Wir

sind erst am Anfang des Weges. Es ist ein Weg, für den es vor allem ein hohes diplomatisches Geschick braucht – Heiko Maas hat es eben geschildert –, auch was die politischen Verwerfungen innerhalb des Landes angeht. Es wird massiver Entwicklungs- und Wiederaufbauleistungen bedürfen, und es wird für eine Weile auch noch militärische Unterstützung nötig sein.

Wenn die Regierung sich nach den Wahlen einem guten Miteinander der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verschreibt und wenn auch die Länder der Region diese Maxime unterstützen, dann hat der Irak eine echte Chance, wieder stark und einig zu werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Rüdiger Lucassen, AfD:

In der Truppe rumort es, von oben gibt es nur Jubelmeldungen



Rüdiger Lucassen (*1951)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau von der Leyen will unsere Soldaten überstürzt in eine umfassende Stabilisierungsmission in den Irak schicken. Wir schlagen dringend vor, dass die Verteidigungsministerin zunächst unsere Bundeswehr selbst stabilisiert; denn der Bericht zur materiellen Einsatzbereitschaft zeigt katastrophale Zustände auf. Hinzu kommt: Die Bundeswehr befindet sich bereits seit 16 Jahren in einer anderen Stabilisierungsmission – in Afghanistan. Der aktuelle Perspektivbericht des Verteidigungsministeriums zu Afghanistan ist ein Bericht des Scheiterns. Jetzt will Frau von der Leyen in den Irak. Und wieder gibt es keine tragfähige Strategie.

Der Antrag der Bundesregierung zeigt, wie die Verteidigungsministerin arbeitet. Frau von der Leyen bereist seit Jahren emsig das internationale Parkett – wir haben es

gerade gehört – und sichert bei jeder Gelegenheit Deutschlands Unterstützung zu. Aber die Voraussetzungen dafür zu schaffen – materiell und personell gut gerüstete Streitkräfte –, das kriegen Sie nicht hin, Frau Ministerin.

Das haben Sie in Ihrer Amtszeit zweifelsfrei bewiesen. Und jetzt geht auch noch Ihre Rüstungsstaatssekretärin.

Aber nicht nur das: Können Sie sich noch daran erinnern, Frau Ministerin, dass Sie von einer Fehlerkultur und mehr Transparenz als Voraussetzungen für eine ehrliche Bestandsaufnahme bei der Bundeswehr sprachen? Auch dieses Versprechen haben Sie nicht gehalten. In der Truppe rumort es wie noch nie; aber von oben kommen nur Jubelmeldungen.

Ich gewinne zunehmend den Eindruck, dass die höchste militärische Führung ein wesentlicher Teil dieser Schönrederei ist.

Es ist aber die Pflicht Ihres Hauses, das Parlament darüber zu unterrichten, wie es tatsächlich um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr steht.

Der Wehrbeauftragte nennt die Bundeswehr als Ganzes nicht einsetzbar. Ihre Inspektoren melden jedoch, dass jede Aufgabe zu schaffen ist. Aber um welchen Preis? Frau von der Leyen, geben Sie Ihren Inspektoren die Freiheit, zu melden, was ist – und nicht, was politisch gut klingt.

Nein, es ist nicht alles außenpo-

litische Verantwortung, was von Ihnen so bezeichnet wird, vor allem dann nicht, wenn Sie unsere Soldaten erneut in die Welt hinausschicken, ohne eine tragfähige Strategie zu haben.

Sie machen immer wieder die gleichen Fehler und nennen das „Verantwortung“. Sie sind für das Wohl der Ihnen anvertrauten Männer und Frauen verantwortlich. Das bedeutet, sie in die Lage zu versetzen, den Auftrag zu erfüllen.

Das neue Mandat für den Einsatz im Irak ist voller Risiken. Ich habe hier schon einmal gesagt: Ri-

siken gehören zum Soldatenberuf wie die Uniform und der Formaldienst. Aber jedes Risiko muss einem angemessenen Ertrag gegenüberstehen. Was wollen Sie mit dem neuen Einsatz bis wann erreicht haben? An welchem Punkt können wir unsere Soldaten wieder nach Hause holen? Mit wie vielen Mandatsverlängerungen müssen wir noch rechnen? Darüber geben Sie keine Auskunft – wie in Afghanistan, wie in Mali, wie im Kosovo.

Ich bezweifle, dass sich die Mehrheit dieses Parlaments dieser Risiken bewusst ist. Wenn wir deutsche Soldaten in den Irak schicken, werden wir unweigerlich zur Konfliktpartei. Wir bilden Kräfte aus, die anderen Kräften gegenüberstehen. Zudem gibt es eine massive Einflussnahme des Iran, die sich möglicherweise auf die nächsten Wahlen im Irak auswirkt. Können Sie ausschließen,

dass wir in ein paar Monaten feststellen müssen, dass unsere Soldaten die Falschen ausgebildet haben? Meine Fraktion will zuerst die volle Einsatzbereitschaft unserer Bundeswehr, bevor das nächste Mandat beginnt. Wenn Sie die melden können, Frau Ministerin, dann können wir unsere Soldaten in Einsätze schicken, auch in Kampfeinsätze.

An das Parlament gerichtet: Es reicht nicht aus, an ein paar Tagen des Jahres den unbekanntenen Soldaten mit lauwarmen Worten zu langweilen und sich eine gelbe Schleife anzustecken.

Die Soldaten, die Sie in Einsätze schicken, brauchen einen klaren Auftrag, Vollausstattung und eine robuste Ausbildung. Das wäre der richtige Dank.

(Beifall bei der AfD)



Bundesverteidigungsministerin Ursula von Leyen (CDU) im Februar 2018 beim Truppenbesuch des deutschen Einsatzkontingents im Nordirak.
© picture-alliance/Kay Nietfeld/dpa

Alexander Graf Lambsdorff, FDP:

Zwei Mandate für zwei getrennte Aufgaben



Alexander Graf Lambsdorff (*1966)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Als es im Dezember darum ging, die Mandate für die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu verlängern, haben die Freien Demokraten dieser technischen Verlängerung aller Einsätze zugestimmt. Dabei haben wir aber klargemacht, dass diese Zustimmung keine Vorwegnahme künftigen Abstimmungsverhaltens hier sein würde, sondern dass wir die Mandate verantwortlich bewerten werden, die uns von der Bundesregierung vorgelegt werden.

Das haben wir bei dem vorliegenden Mandat getan und kommen zu dem Schluss: Dieses Mandat ist mangelhaft. Es ist in mehrfacher Hinsicht mangelhaft. Es vermischt zwei Einsätze, die ihrem Charakter nach völlig unterschiedlich sind: Der Kampf gegen den IS ist etwas, das dieses ganze Parlament vorbehaltlos unterstützt, auch die Freien Demokraten. Wir unterstützen die Mission der Tornados und die Luftbetankung. Wir halten den Kampf gegen diese Geißel der Menschheit für eine der großen Aufgaben der zivilisierten Welt. Natürlich unterstützen wir das.

Die Stabilisierung des Gesamtirak ist aber ihrem Charakter nach eine völlig andere Aufgabe. Die Stabilisierung des Gesamtirak ist eine Aufgabe, die getrennt vom Kampf gegen den IS zu beraten ist. Ich glaube, dass das Problem dieses Mandats, so wie es hier vorgelegt worden ist, die Vermischung dieser beiden Ebenen ist, zumal es in Bezug auf den Irak von Unklarheiten wimmelt:

Erstens gibt es eine Unklarheit in Bezug auf den nationalen Beitrag, den Deutschland leisten soll. Wo, an welchen Orten soll eigentlich ausgebildet werden? In welcher Größenordnung soll ausgebildet werden? Woher kommen die Stabs-offiziere, die beispielsweise die Ausbildung beim Verteidigungsministerium vornehmen sollen? Das ist etwas völlig anderes als die Ausbildung an Kleinwaffen oder Panzerabwehrwaffen. Dafür haben Sie die militärischen Ressourcen nicht mehr. Eine weitere Frage: Wer wird konkret ausgebildet?

Die Stabilisierung des Gesamtirak ist ihrem Charakter nach eine völlig andere Aufgabe.

Auch dazu gibt es widersprüchliche Angaben aus der Bundesregierung.

Zum Zweiten gibt es eine völlige Unklarheit in Bezug auf die NATO-Ausbildungsmission. Im Februar hat in der NATO ein Prozess begonnen,

mit dem eine eigene Ausbildungsmission begründet werden soll, die exakt identisch zu den Zielen ist, die in diesem Mandat formuliert worden sind: Aufbau von Strukturen im Verteidigungsministerium, Ausbildung militärischer Führer, Training bestimmter fachlicher Fähigkeiten. Es ist unklar, ob diese Mission kommen wird, und es ist völlig unklar, in welchem Verhältnis diese Mission zu unserem nationalen Beitrag steht.

Drittens ist dem Mandatstext zufolge unklar, wie wir uns in Zukunft eigentlich gegenüber den Peschmerga verhalten werden. Wie wird der Einsatz im Gesamtirak strukturiert? Wie ist das Verhältnis der nationalen und der regionalen Dimension? Wenn wir die Peschmerga jetzt fallen lassen, wäre das ein fataler Fehler. Die Peschmerga haben im Kampf gegen den IS Großes geleistet. Die Präsenz Deutschlands in der Region Kurdistan/Irak hat eine stabilisierende Bedeutung; das wissen wir alle.

Meine Damen und Herren, es gibt zum Vierten eine Unklarheit – Herr Maas, dazu konnten Sie noch nichts sagen; das verstehe ich – in Bezug auf die innenpolitische Entwicklung im Irak. Diese ist völlig offen. Das irakische Parlament hat im Februar eine Resolution verabschiedet, in der es einen Zeitplan für den Abzug aller ausländischen Streitkräfte verlangt. Im Mai sind im Irak Wahlen.

Es war uns nicht möglich, in den letzten Wochen von der Bundesregierung eine verbindliche Auskunft über die Sicherheitslage in Zentralirak zu bekommen. Also mit anderen Worten: Die innere Situation im Irak ist genauso unklar wie das Mandat.

Wir fordern Sie daher auf:

Legen Sie zwei Mandate vor! Es handelt sich eben nicht mehr um ein reines Anti-IS-Mandat, das man gemeinsam mit den Peschmerga durchführt. Es handelt sich um zwei getrennte Aufgaben.

Schaffen Sie Klarheit über die regionale und nationale Schwerpunktsetzung!

Erklären Sie, wie Sie sich das Verhältnis von NATO-Beitrag und nationalem Beitrag vorstellen!

Und ja, erklären Sie, wie die Bundeswehr das noch schaffen soll. Denn woher die Stabs-offiziere kommen sollen, die diese Form der Ausbildung durchführen können, diese Frage wurde uns nicht beantwortet.

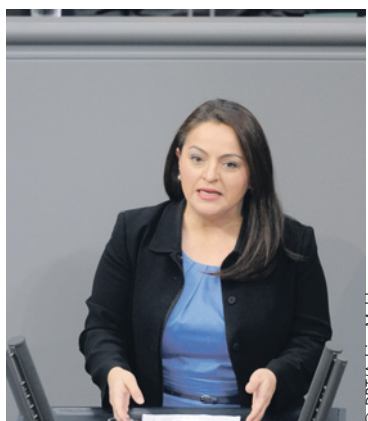
Meine Damen und Herren, die Freien Demokraten stimmen der Überweisung in den Ausschuss zu, aber eine Zustimmung meiner Fraktion zu diesem mangelhaften Mandatstext kann ich nicht in Aussicht stellen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Sevim Dagdelen, Die Linke:

Eine verantwortungsbewusste Außenpolitik sieht anders aus



Sevim Dagdelen (*1975)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Keine 24 Stunden im Amt, legt uns die neue schwarz-rote Bundesregierung ein halbes Dutzend Anträge zu Bundeswehreinsätzen im Ausland vor.

Während die Schlangen an den Tafeln in unserem Land immer länger werden, wollen Sie in den nächsten sechs Monaten sage und schreibe 69,5 Millionen Euro allein für eines dieser vielen kostspieligen, hochgefährlichen militärischen Abenteuer ausgeben – und das, ob-

wohl sich die Bundeswehr seit Wochen über Personalknappheit und Überlastung beschwert. Ich finde, das ist eine falsche Prioritätensetzung dieser Bundesregierung.

Mit dem neuen Mandat will die Bundesregierung bis zu 800 Soldaten entsenden, um künftig nicht nur kurdische, sondern auch irakische Soldaten auszubilden. Dabei ist es noch nicht einmal ein halbes Jahr her, dass beide Seiten gegeneinander Krieg geführt haben. Ich finde, dieses Programm Ihrer Außenpolitik, das Sie hier vorführen, ist wirklich nicht nur sicherheitspolitischer Wahnsinn, sondern vollständig grotesk.

Offenbar ist Ihnen alles recht, solange man beide Konfliktparteien in einem Konflikt ausbildet und auch ausrüstet, was man jetzt gerade ja auch in Afrin sieht. Ich finde es wirklich eine zynische Außenpoli-

tik, dass Deutschland mittendrin in einem innerirakischen Konflikt ist.

Als völkerrechtliche Legitimation geben Sie an, dass die Bundeswehr auf Anfrage der irakischen Regierung entsendet wird. Das stimmt; das ist richtig. Die Frage ist allerdings, ob die Entsendung der Bundeswehr ohne ein Mandat der Vereinten Nationen, allein auf Grundlage einer bilateralen Vereinbarung, mit unserem Grundgesetz vereinbar ist.

Deshalb ist dieser Einsatz der Bundeswehr ein massiver Verstoß gegen unser Grundgesetz.

Im Grundgesetz steht davon jedenfalls nichts.

Deshalb ist dieser Einsatz der Bundeswehr auch ein massiver Verstoß gegen unser Grundgesetz.

Erklärtes Ziel Ihrer Bemühungen – das sagen Sie in Ihrem Mandat, und die zwei Minister haben das jetzt auch gesagt – ist die Bekämpfung des „Islamischen Staates“. Das klingt zumindest erst einmal ehrenvoll, muss man sagen, es ist aber

schlicht verlogen; denn zeitgleich steht die Bundesregierung an der Seite des NATO-Mitglieds Türkei, das jetzt mit deutschen Panzern an der Seite islamistischer Mörderbanden diejenigen in Syrien niederwalzt und beschießt, die seit Jahren entschieden gegen den „Islamischen Staat“ kämpfen. Türkische Truppen und mit ihnen angreifende islamistische Mörderbanden, die dem IS wirklich in nichts nachstehen, drohen in der Stadt Afrin im Norden Syriens ein furchtbares Massaker anzurichten.

Viele Opfer – auch Frauen und Kinder –, die Bedrohung von Jesiden in den Dörfern durch islamistische Terrorbanden: All diese Nachrichten und Hilferufe erreichen uns seit Wochen.

Und was macht die Bundesregierung? Sie schweigen dazu. Aber Sie schweigen nicht nur; Sie sind auch nicht tatenlos. Das haben ja die Berichte von heute gezeigt. Seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs der Türkei haben Sie Waffenexporte an die Türkei in Höhe von 4,4 Millionen Euro genehmigt.

Ich finde, das ist für die deutsche Außenpolitik eine Schande in einem historischen Ausmaß.

Schämen Sie sich eigentlich nicht dafür, dass Sie sich hierhinsetzen und sagen, Sie möchten gegen den IS kämpfen, während Sie gleichzeitig an der Seite der Türkei stehen

und damit den IS stärken und die Anti-IS-Kräfte in der Region schwächen? Hören Sie auf mit Ihrer Heuchelei, und schauen Sie sich die Bilder an, auf denen zu sehen ist, wie Ihr NATO-Verbündeter mit Terrorbanden Leichen von gefallenen kurdischen Anti-IS-Kämpferinnen verstümmelt! Dass Sie das hier seit Wochen beschweigen, ist eine große Schande.

Gestern noch haben Sie als Kabinettsmitglieder geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Ich frage Sie wirklich: Meinen Sie, Sie wenden Schaden vom deutschen Volk ab, indem Sie fest an der Seite der Türkei stehen, die Sie selbst als zentrale Aktionsplattform für den islamistischen Terrorismus in der Region definiert haben? Glauben Sie, dieser Terror wird Deutschland nicht irgendwann erreichen?

Ich finde, Ihre Außenpolitik züchtet islamistische Monster heran, die dann auch die Menschen in unserem Land und in Europa gefährden.

Eine verantwortungsbewusste Außenpolitik sieht ganz anders aus.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Omid Nouripour, Bündnis90/Die Grünen:

Mit Rüstungsexporten trägt die Regierung zum Problem bei



Omid Nouripour (*1975)
Landesliste Hessen

ISIS ist auf dem Rückzug; und das ist gut. Es gibt viele, denen man danken muss: der Bundeswehr und vielen anderen, die sich den Barbaren in den Weg gestellt haben, nicht nur mit der Waffe in der Hand.

Ich möchte an dieser Stelle eine Gruppe erwähnen, bei der mir schlicht die Dankesworte fehlen, weil das, was sie geleistet hat, so unglaublich ist. Das ist „Raqqa Is Being Slaughtered Silently“. Das ist eine Gruppe von jungen Menschen, die nicht nur ihr Leben riskiert haben, sondern vielfach ihr

Leben geopfert haben, um Informationen aus Rakka herauszuschmuggeln. Das ist eine unglaubliche Arbeit, die diese Menschen geleistet haben. Dafür kann man nicht ausreichend Danke sagen.

ISIS ist auf dem Rückzug, aber noch lange nicht am Ende. Er muss weiter mit militärischen Mitteln bekämpft werden, auch wenn wir wissen, dass die Hauptarbeit im politischen Bereich liegt. Dabei ist es völlig richtig, dass man die Bemühungen von Haider al-Abadi, Irak zusammenzuhalten, unterstützt. Irak ist ein Frontstaat im Kampf gegen ISIS.

Als wir im November letzten Jahres miteinander gesprochen und über eine Regierungsbildung beraten haben, haben wir uns auf einen Mandatstext geeinigt, dem wir auch hätten zustimmen können. Das können wir beim vorliegenden Mandat nicht. Ich will dafür einige Gründe nennen.

Der erste Grund ist das Völkerrecht. Es ist gerade über den Irak gesprochen worden. Die Kollegin Dağdelen hat beschrieben, warum der Einsatz im Irak völkerrechtsgemäß ist. In Syrien ist das anders.

Auch die Situation in Syrien findet ja in diesem Mandatstext Erwähnung. Die Bundesregierung sagt ausschließlich: Die Vereinten Nationen haben uns aufgefordert, ISIS zu bekämpfen. – Das ist für eine Souveränitätsverletzung nicht ausreichend.

Das Zweite ist: Das Bundesverfassungsgericht hat zu Recht darauf hingewiesen, dass man Auslandseinsätze grundsätzlich nur in Systemen kollektiver Sicherheit leisten darf. Das, womit wir es hier zu tun haben, ist eine Koalition der Willigen. Das ist aus unserer Sicht nicht nur grundgesetzwidrig, sondern es ist auch eindeutig eine politische Aushöhlung der Regularien und vor allem der Gremien der Vereinten Nationen. Das ist für uns ein weiterer Grund, diesem Mandat nicht zuzustimmen.

Das Dritte ist: Transparenz fehlt. Ich habe eine Antwort der Bundesregierung zu diesem Thema bekommen und möchte daraus zitieren.

Zusätzlich existieren Verhaltensregeln für alle an IRKS beteiligten Nationen. ... Sie gelten für das

deutsche Einsatzkontingent Counter DAESH nur innerhalb des durch das Mandat des Deutschen Bundestages festgelegten Rahmens.

Eine andere Frage war: Können wir die Einsatzregeln der Bundeswehr einsehen, wie wir das auch bei anderen Mandaten machen durften? Weiter im Zitat:

Die ... erwähnten zusätzlichen Verhaltensregeln ... sind Teil eines durch die USA verfassten und „SECRET-RELEASABLE TO USA ...“ ... eingestuften Dokuments.

Deshalb werden wir sie nicht herausgeben. – Das sind aber Einsatzregeln für unsere Soldatinnen und Soldaten, die wir als Parlament kontrollieren. Diese Kontrolle können wir aber nicht leisten, wenn Sie diese Transparenz verweigern.

Das Vierte ist die Frage, ob die Bilder, die bei diesem Einsatz gemacht werden, an die Türkei gehen. Wir haben diese Frage immer wieder gestellt. Es gab immer viele Antworten zu Red Card Holdern. Aber die Frage, ob es nicht einen Pool der NATO gibt, aus dem Bilder und Daten entnommen werden können, und wie man verhindern will, dass die Türkei, die ihre Militäraktion zurzeit nicht nur im Norden Syriens betreibt, sondern auch angekündigt hat, im Norden Iraks tätig zu werden, diese Bilder bekommt, ist nie beantwortet worden.

Der letzte Grund: Mir fehlt es,

ehrlich gesagt – das geht mir persönlich so –, schlicht an Vertrauen. Die Bundesregierung hat vor vier Jahren – das waren dieselben Parteien, die seit gestern wieder in der Regierung sind – ganz laut und heftig gesagt: Wir werden die Rüstungsexporte restriktiver handhaben.

Dass die Fakten der letzten vier Jahre eindeutig eine andere Sprache sprechen, wissen wir. Aber die Tatsache, dass die Bundesregierung in den letzten fünfzehn Wochen, seit die Türkei in Syrien einmarschiert ist, 20 Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern in die Türkei erteilt hat, ist schlicht ein Skandal.

Ihre Behauptung ist eine Lüge, die in die Öffentlichkeit gegeben wurde. Das höhlt unser Vertrauen aus.

Es ist im Übrigen hervorragend, Herr Außenminister – dafür danke ich Ihnen –, dass Sie Ost-Ghuta genannt und erwähnt haben, was dort gerade durch Assad, den Freund der AfD, passiert. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten auch noch Afrin genannt. Das ist nicht gleichzusetzen. Aber das ist genauso Teil des Problems in Syrien.

Die Bundesregierung trägt zu diesem Problem bei, weil sie diese Rüstungsexporte genehmigt. Wir werden diesem Mandat nicht zustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Reinhard Brandl, CDU/CSU:

Der Kampf gegen den IS hat sich verändert



Reinhard Brandl (*1977)
Wahlkreis Ingolstadt

Seit 2014 bedroht der sogenannte „Islamische Staat“ die Welt mit islamistischem Terrorismus in einer bisher ungekannten Dimension. Die Welt hat darauf auch in einer bisher beispiellosen Weise reagiert, und zwar mit einer Allianz von 71 Staaten und verschiedenen internationalen Organisationen, die darauf geantwortet haben.

Diese Antwort war von Anfang an nicht nur militärisch angelegt, sondern beinhaltete auch die Stabilisierung von zurückeroberten Gebieten, das Austrocknen der Finanzströme des IS, eine eigene Kommunikationsstrategie und den Umgang mit den sogenannten Foreign Fighters.

Wir können heute feststellen: Zumindest bisher war diese Antwort erfolgreich. Der IS ist weitgehend territorial besiegt. Er hat kaum noch Gebiete unter seiner Kontrolle. Von einem zusammenhängenden Kalifat kann keine Rede mehr sein. Es kommen auch kaum noch Foreign Fighters im Irak und in Syrien an.

Der Kampf gegen den IS ist aber noch lange nicht gewonnen. Er hat sich nur verändert. Der IS ist heute zwar nicht mehr in der Lage, ganze Landstriche und Städte zu erobern. Aber er verbreitet immer noch in gnadenloser Weise seinen Terror.

Ich habe gerade im Internet auf einer der Seiten nachgesehen, auf denen die Terroranschläge immer aktuell aufgeführt sind. Stand heute – sind wir bei 66 Terroran-

schlägen des IS alleine im Jahr 2018, vor allem im Irak und in Syrien und meistens mit Todesopfern.

Diese veränderte Bedrohungslage erfordert auch eine Veränderung in der Schwerpunktsetzung der Allianz. Für uns bedeutet dies konkret, dass wir einen Teil unseres Beitrags mit diesem Mandat auslaufen lassen können – darauf wurde in der Debatte schon hingewiesen –, nämlich die Ausbildung der Peschmerga im Nord-

Irak.

Es ist der Peschmerga gelungen – auch mit unserer Hilfe; auch mit unserer Ausbildung und Ausrüstung –, den IS militärisch zurückzudrängen. Sie konnte ihre Gebiete halten.

Es ist ein großer Erfolg, dass wir heute hinter diesen Einsatz einen grünen Haken setzen können. Ich darf Sie nur daran erinnern, welche Debatten wir auch in diesem Saal geführt haben, als wir den Einsatz 2014 begonnen haben.



Ein irakischer Soldat trägt 2017 einen Jungen, der auf der Flucht vor der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) verletzt wurde.

© picture-alliance/Andrea DiCenzo/dpa

Darauf, dass er so gut ausgegangen ist, können wir wahrlich stolz sein.

Wir können uns jetzt darauf konzentrieren, das, was wir erreicht haben, zu sichern und die zurückeroberten Gebiete und den Irak weiter zu stabilisieren.

Dazu gehört neben vielen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit auch eine Unterstützung der Ausbildung der irakischen Sicherheitskräfte; denn diese sind in der Zukunft gefordert, ein Wiedererstarken

des IS zu verhindern, um Sicherheit im Irak auch darüber hinaus zu gewährleisten.

Das betrifft nicht mehr nur den Nordirak, sondern das ganze Land. Dementsprechend weiten wir unser Einsatzgebiet auch aus. Lieber Herr Kollege Lamsdorff, wir wissen heute nun einmal nicht, wie sich die Situation im

Irak in den nächsten Wochen und Monaten entwickelt. Daher können wir auch nicht voraussagen, wo unsere Soldaten tatsächlich zum Einsatz kommen. Wissen Sie, was sie beispielsweise leisten? Fähigkeitsaufbau insbesondere im Bereich der Kampfmittelräumung und der Entschärfung! Natürlich ist heute nicht klar, wo

Wir brauchen in diesem Mandat eine entsprechende Flexibilität.

in vier Monaten und in acht Monaten Bomben entschärft werden müssen.

Daher brauchen wir in diesem Mandat eine entsprechende Flexibilität. Sie ist im Text auch enthalten. Ich finde das richtig.

Wir werden uns in der nächsten Woche im Verteidigungsausschuss intensiv darüber unterhalten, wie wir das, was wir erreicht haben, stabilisieren können, wie wir der Bedrohung durch den „Islamischen Staat“, die immer noch vorhanden ist,

entgegen können und wie wir die Menschen im Irak auch im Kampf gegen den IS weiter unterstützen können.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratungen und danke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Debatte zur Gefahr eines Handelskriegs und Folgen für den Finanzplan/ 20. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 15. März 2018

Michael Theurer, FDP:

Handelspolitik muss zur Chefsache gemacht werden



Michael Theurer (*1967)
Landesliste Baden-Württemberg

Wir stehen tatsächlich in der Gefahr, dass durch die Ankündigung des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump, Strafzölle auf Aluminium und Stahl zu erheben, ein Handelskrieg entstehen kann, der massive Nachteile für die Unternehmen und ihre Beschäftigten in Deutschland und in der ganzen Europäischen Union nach sich ziehen kann. Das würde auch zu massiven Haushaltsrisiken führen. Meine Damen und Herren, der G-20-Gipfel in Hamburg wurde abgehalten, dass die internationale Gemeinschaft gemeinsam Lösungen für solche Probleme findet. Die Bürgerinnen und Bürger, die die Ausschreitungen in Hamburg zu ertragen hatten, erwarten zu Recht von unserer Bundesregierung, dass sie sich mit

voller Kraft dafür einsetzt, einen Handelskrieg abzuwenden.

Der US-amerikanische Präsident Donald Trump sagte in einem Interview sinngemäß, die EU sei Deutschland, sie sei geschaffen worden, um den USA das Leben schwer zu machen, und deshalb wolle er künftig bilateral mit den europäischen Staaten verhandeln. Es ist an der Zeit, dass wir Donald Trump beim Wort nehmen. In der Tat liegen die Europäische Union und die europäische Integration im nationalen deutschen Interesse. Aber niemand hindert die deutsche Bundeskanzlerin daran, nach Washington zu reisen, um mit Donald Trump zu sprechen, um zu verhindern, dass Strafzölle erhoben werden. Der australische Premierminister Malcolm Turnbull hat es in einem persönlichen Gespräch mit Donald Trump erreicht, dass Australien von diesen Zöllen ausgenommen wird. An Ihrer Stelle, Frau Bundeskanzlerin, würde ich nach Washington fahren und ein ernstes Wort mit Donald Trump sprechen.

Wir brauchen eine Initiative für Freihandel, in Deutschland und in ganz Europa.

Es ist schon seit längerer Zeit zu beobachten, dass die Kanäle in die US-Administration nicht sprechfähig sind, ob das Handelsminister Wilbur Ross oder der Handelsbeauftragte Robert Lighthizer ist. Jetzt ist es an der Zeit, dass wir in Deutschland klarmachen: Antifreihandel kann man

nicht mit Antifreihandel beantworten. Wir brauchen eine Initiative für Freihandel, in Deutschland und in ganz Europa.

Wenn die Europäische Union von Donald Trump mit der Aussage konfrontiert wird, dass auf Autoimporte aus der EU in die USA ein Zoll von 2,5 Prozent erhoben wird, aber umgekehrt wir für Autoimporte aus den USA einen Zoll von 10 Prozent erheben, dann hat der Präsident einen guten Punkt gemacht. Anstatt jetzt einseitig auf Donald Trump zu schimpfen, könnten wir als Bundesrepublik Deutschland eine Initiative in der

EU starten und sagen: Lasst uns doch die Zölle auf Autoimporte zwischen den USA und der Europäischen Union insgesamt abschaffen. Das wäre ein Angebot, mit dem man Bewegung in die Gespräche bringen könnte.

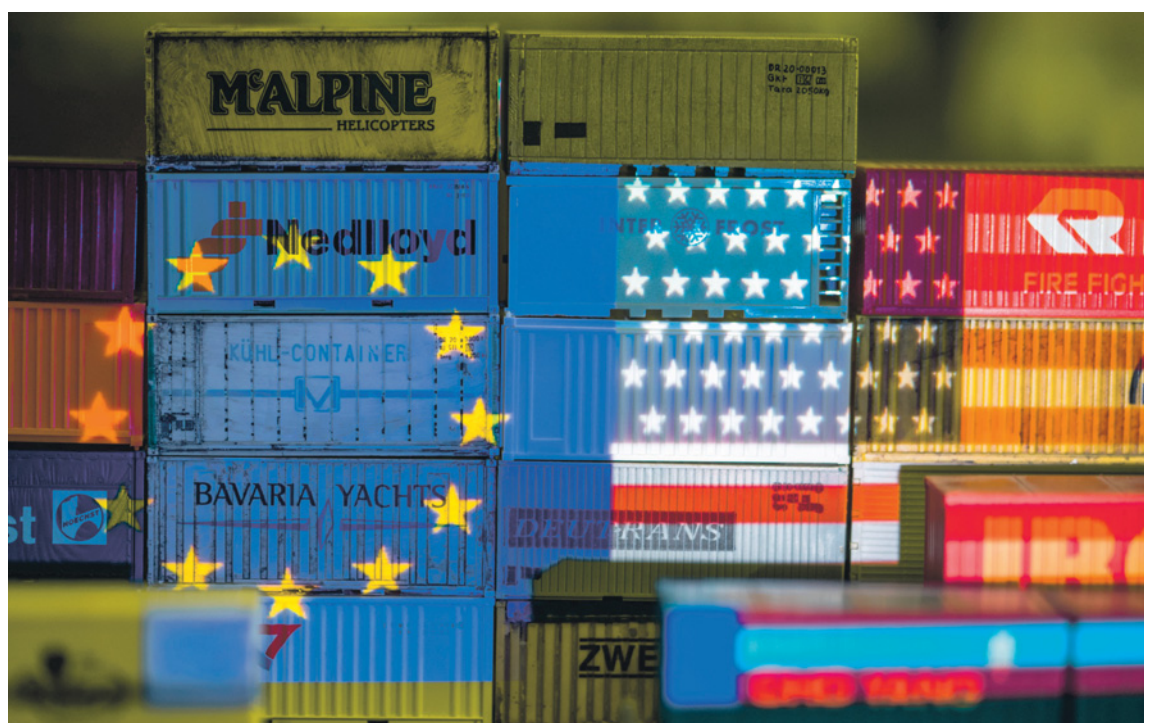
Interessant ist: Wir haben jahrelang auch hier in diesem Haus und in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt, insbesondere von den Extremen links und rechts, gehört, Freihandel sei schlecht, Freihandel gefährde Arbeitsplätze, Freihandel treffe unsere Interessen. Fakt ist: Als Exportnation sind wir darauf angewiesen, dass wir Freihandel betreiben können. Wir wären massiv betroffen, wenn diese Strafzölle erhoben würden. Wir sagen: Wir brauchen regelgebundenen Freihandel. Deshalb wäre es richtig und sinnvoll an dieser Stelle, das TTIP, das Freihandelsabkommen mit den USA, neu zu beleben. Wir erwarten

hierzu eine Initiative der Bundesregierung.

Frau Bundeskanzlerin Merkel, die neue Bundesregierung ist die alte Bundesregierung. Wir glauben, dass die anstehenden handelspolitischen Fragen dringend zur Chefsache gemacht werden müssen. Denn sollte es tatsächlich zu einer Spirale der Eskalation durch die Erhöhung von Zöllen kommen, dann wird dies Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland massenweise negativ betreffen.

Das wird sich nachteilig auf die wirtschaftlichen Chancen der Unternehmen auswirken. Davon wären die Menschen betroffen, davon wäre aber auch die Haushaltslage dieses Hauses betroffen. Es ist an der Zeit, dass Handelspolitik in der Bundesregierung zur Chefsache gemacht wird.

(Beifall bei der FDP)



Die Flaggen von Europa und den USA werden in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) mit einem Beamer auf Container einer Modellbahn-Anlage projiziert.

© picture-alliance/Jens Büttner/dpa

Andreas G. Lämmel, CDU/CSU:

Ein Handelskrieg hat letztendlich nur Verlierer



Andreas G. Lämmel (*1959)
Wahlkreis Dresden I

Das Bundeswirtschaftsministerium hat heute einen Bericht zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland in den ersten drei Monaten dieses Jahres veröffentlicht. Das Bundeswirtschaftsministerium zeichnet ein sehr positives Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land. Auch das gesamtwirtschaftliche Umfeld in Europa und in der ganzen Welt hat sich in den

letzten Monaten sehr positiv entwickelt.

Der besondere Träger der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist der Außenhandel. Wie schon immer in den letzten Jahren ist der Außenhandel neben dem privaten Verbrauch Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung. Deswegen ist es für uns besonders wichtig, dass in der Welt ein möglichst barrierefreier Handel stattfinden kann und dass wir Freihandel betreiben können.

Manche Fraktionen in diesem Hohen Hause verwechseln Freihandel mit Handel ohne Regeln. Aber genau das ist er nicht; denn der freie Handel der Welt unterliegt Regeln. Diese Regeln finden sich im Regelwerk der Welthandelsorganisation wieder. Wir sind sehr froh, dass die Welthandelsorganisation in den 90er-Jahren gegründet wurde; denn erst damit war es überhaupt möglich, Regeln für den Welthandel aufzustellen.

Die positive konjunkturelle Ent-

wicklung hat auch die Vereinigten Staaten von Amerika erfasst. Die Steuerreform von Präsident Trump wird sicherlich ein weiterer positiver Aspekt sein. Insofern wundern wir uns umso mehr, dass dieser Präsident jetzt die Einführung von Strafzöllen ankündigt, um den Handel in der Welt einzuschränken. Wenn man sich einmal ansieht, was Präsident Trump damit erreichen will, dann muss man sagen: Er will 13 Millionen Tonnen Stahl vom amerikanischen Markt entfernen und die Auslastung der amerikanischen Stahlwerke von 73 auf 80 Prozent erhöhen. Man muss sich fragen, ob das die Sache wirklich wert ist. Dass er sein Ziel mit den angekündigten Strafzöllen erreicht, möchte ich sehr stark infrage stellen.

Herr Kollege von der FDP, ich

kann gar nicht verstehen, dass Sie sagen, die Bundesregierung müsse jetzt etwas tun. Die Bundesregierung ist natürlich auf allen Kanälen aktiv. Schon vor der gestrigen Verteidigung der Regierung hat Deutschland auf allen Kanälen versucht, in Amerika Gesprächspartner zu finden. Aber man findet sie im Umfeld des Präsidenten offensichtlich gar nicht so leicht. Er entlässt ja immer wieder Personal, sucht sich neues und entlässt dann andere, sodass das gar nicht so einfach ist.

Die Strafzölle, die er nun mit Blick auf Pkws angekündigt hat, und zwar ganz gezielt gegen deutsche Pkw-Produzenten gerichtet, lassen uns natürlich aufhorchen und machen uns insgesamt unruhig; das ist gar keine Frage; denn einen Handelskrieg – schon den Namen finde ich furchtbar – brauchen wir im Moment überhaupt nicht. Deswegen ist die Strategie der Regierung ganz klar: Reden und verhandeln, wo auch immer es möglich ist.

Es gibt neben dem Handelskrieg noch das Thema „Unfaire Handelspraktiken“. Mit beiden Dingen sind

wir in Deutschland konfrontiert. Die unfairen Handelspraktiken belasten unsere Wirtschaft genauso wie ein möglicher Handelskrieg mit den Vereinigten Staaten.

Man muss deutlich sagen: Ein Handelskrieg hat letztendlich nur Verlierer. Das gilt auch für die Vereinigten Staaten. Auch wenn sie vielleicht einen kurzfristigen Erfolg erzielen, kann man mittel- und langfristig ganz klar davon ausgehen, dass die Amerikaner, die früher die Hüter des freien Welthandels waren, nun den ersten Schritt hin zu einer Restriktion des Handels machen. Dies wird andere Staaten möglicherweise ermuntern, ähnliche Schritte einzuleiten.

Trotzdem prognostiziert das Bundeswirtschaftsministerium, dass die Risiken für die Konjunktur in Deutschland und in Europa im Moment sehr gering sind. Ich gehe davon aus, dass sich auch der amerikanische Präsident durchaus noch einmal genau überlegen wird, ob er gegen seine Partner, die er noch brauchen wird, diesen Handelskrieg anzetteln will. Deswegen bleibe ich optimistisch. Ich denke, auf dem Verhandlungswege lässt sich viel erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Strategie der Regierung ist ganz klar: Reden und verhandeln, wo auch immer es möglich ist.

Thomas Jurk, SPD:

Der Finanzplan ist auf solidem Fundament gebaut



Thomas Jurk (*1962)
Landesliste Sachsen

Werte Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, was haben Sie sich bei der Wahl dieses Debatten-themas eigentlich gedacht? An der Tafel ist angeschlagen, bei dieser Aktuellen Stunde geht es um „Gefahr eines Handelskrieges“. Der Titel geht aber noch weiter. Der zweite Teil – dazu will ich sprechen – ist formuliert mit „und die Auswirkungen auf die Finanzplanung des Bundes“. Darum soll es hier wohl auch gehen.

Ich hatte immer gedacht, dass

das Schüren von Ängsten anderen politischen Kräften in diesem Hause überlassen ist. Ich hoffe jedenfalls – das hoffe ich gerade als Haushälter –, dass wir nicht nach jeder Twittermeldung von Donald Trump den Bundeshaushalt umschreiben müssen.

Mit Blick auf die Haushaltsplanung will die FDP mit diesem Debattenthema offensichtlich den Eindruck erwecken, dass die Finanzplanung des Bundes auf Sand gebaut sei. Sie bedient sich des Schreckgespenstes eines – Herr Kollege Lämmel, ich gebe Ihnen Recht, es ist ein Unwort – Handelskrieges.

Die Fakten sind klar: Vor einer Woche hat US-Präsident Donald Trump die Verhängung von Importzöllen auf Stahl und Aluminium verkündet. Wir alle wissen, dass Detailfragen noch ungeklärt sind. Wir wissen auch nicht, welche Ausnahmeregelungen wirklich vorgesehen sind. Es ist doch wohl so, dass das Ganze auf Ebene der EU, aber auch durch die Bundesregierung sehr kritisch gesehen wird und dass diese Ankündigung na-

türlich auch Reaktionen erfahren wird. Zunächst gilt es aber, Gespräche zu führen, um etwas zu verhindern, was uns allen nicht gefallen kann.

Dennoch, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat in dieser Woche festgestellt – Zitat –:

Auch von den US-Zöllen auf Stahl und Aluminium ist zunächst mal keine spürbare Wirkung auf die Konjunktur zu erwarten.

Ich will gar nicht abstreiten, dass mit einem möglichen Handelskrieg durchaus wirtschaftliche Risiken verbunden wären; dennoch muss man sich auch mit anderen wirtschaftlichen Kennziffern auseinandersetzen, die Auswirkungen auf die Haushaltsplanung haben könnten. Da nenne ich viel gravierendere Dinge wie beispielsweise die Entwicklung von Rohstoffpreisen oder die Veränderung des Zinsniveaus.

Hier wird ein Popanz aufgebaut.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir wirklich einen guten Finanzplan haben. Dieser Finanzplan resultiert aus Annahmen von Mitte letzten Jahres, dass das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr bei 1,6 Prozent liegen würde. Tatsächlich geht die Bundesregierung im aktuellen Jahreswirtschaftsbericht, den wir kürzlich besprochen haben, von 2,4 Prozent aus. Ich sage deutlich: Damit wird klar, dass die Bundesregierung das Wirtschaftswachstum als Grundlage für unseren Finanzplan doch wohl sehr vorsichtig geschätzt hat und damit möglichen Risiken Rechnung trägt.

Das das Wirtschaftswachstum besser ist, das erkennt man auch an steigenden Steuereinnahmen. So konnten wir bei der letzten Steuerschätzung im November 2017 durchaus positiv konstatieren, dass – gegenüber dem bisherigen Finanzplan – im Finanzplanungszeitraum bis 2021 mit circa 30 Milliarden Euro Mehreinnahmen allein für den Bund gerechnet werden kann. Jetzt gilt es, die nächste Steuerschätzung im Mai abzuwarten, die sich dann im nächsten Finanzplan niederschlagen wird. Darin finden sich dann auch die von der Koalition vereinbarten Mehrausgaben, deren

Finanzierbarkeit ausdrücklich gesichert ist. Bereits im letzten Finanzplan haben wir 15 Milliarden Euro mehr frei verfügbar gehabt. Das war eine gute Ansage und hat Spielräume geschaffen.

Wir wollen im Finanzplanungszeitraum natürlich auch weiterhin einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen und die vorhandenen Spielräume systematisch ausnutzen. Das ist sowohl haushaltspolitisch als auch wirtschaftspolitisch völlig richtig. So hat auch die OECD in Kenntnis der geplanten staatlichen Ausgaben ihre Wachstumsprognose für Deutschland angehoben, und zwar in diesem Jahr von 2,3 auf 2,4 Prozent und im nächsten Jahr von 1,9 Prozent auf 2,2 Prozent. Das hat die OECD damit begründet, dass wir sinnvolle Mehrausgaben im Bundeshaushalt vorgesehen haben, beispielsweise Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Wohnungsbau und Mehrausgaben für Familien.

Zusammenfassend: Der Finanzplan der Bundesregierung ist auf solidem Fundament gebaut. Wir haben einen guten Finanzplan und werden einen noch besseren bekommen. Dabei wird selbstverständlich auch allen Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen. Die heutige Debatte hätten wir uns sparen können.

(Beifall bei der SPD)

Zunächst gilt es, Gespräche zu führen, um etwas zu verhindern, was uns nicht gefallen kann.

Leif-Erik Holm, AfD:

Kompromisse müssen im stillen Kämmerlein ausgelotet werden



Leif-Erik Holm (*1970)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Lieber Kollege Jurk, ich glaube, Sie haben den Ernst der Lage noch nicht erkannt. Ich bin froh, dass wir heute hier im Hohen Hause über dieses wichtige Thema sprechen. Wir befinden uns nämlich tatsächlich auf einem gefährlichen Pfad, wenn nicht schnellstens alle Beteiligten abrüsten. Der möglichst freie Zugang zu den Weltmärkten ist für eine große Handelsnation wie Deutschland natürlich essenziell. Das Hineinstolpern in einen Handelskrieg aus Aktionen und Reaktionen müssen wir verhindern.

Dazu müssen wir zunächst die Lage sachlich analysieren. Dabei zeigt sich, dass es eben nicht den einen Teufel im Weißen Haus gibt, den hier einige so gerne an die Wand malen. Nein, auch die EU hat hier ihr Päckchen zu tragen. Die Zollsätze der EU liegen im Schnitt eineinhalbmal so hoch wie die der USA. Es gibt also keinen Grund, sich über Trump zu echauffieren, wie es ja die Kommission beispielsweise getan hat. Die EU ist protektionistischer, als die USA es sind.

Aber wir kennen das Muster ja schon. Wenn der Trump in den Staaten auf den Putz haut, dann hyperventilieren in Europa alle wie die aufgeschreckten Hühner ohne Sinn und Verstand.

Ja, auch ich halte den Ansatz der US-Administration, drastische Schutzzölle einzuführen, für falsch. Das wird nicht funktionieren. Wir selbst haben das hier in Europa im Übrigen auch schon er-

lebt, und zwar mit den Strafzöllen auf Solarpaneele aus China. Das hat am Ende überhaupt nichts genutzt. Die Solarindustrie in Europa ist heute toter als ein Sack Kartoffeln.

Der aus unserer Sicht falsche Ansatz der Vereinigten Staaten darf aber eben nicht dazu führen, dass ein Herr Juncker gleich mit Vergeltungsmaßnahmen droht. Das ist völlig kontraproduktiv.

Anstatt den Heißsporn Trump herunterzukühlen, wird sogleich weiteres Öl ins Feuer gekippt. Daran zeigt sich wieder die Fehlkonstruktion der EU. Die Kommission hat gar nicht den Druck und die Verantwortung einer von den Bürgern gewählten Regierung. Ausbaden müssen die Fehlleistungen Brüssels immer die Bürger in den einzelnen Nationalstaaten, und das darf so nicht weitergehen.

Im Übrigen: Vielleicht helfen hier ja Strafzölle auf dusselige Ideen von Kommissionspräsidenten. Dann müssten wir uns auch nie wieder Sorgen um unsere Haushaltssituation machen.

Meine Damen und Herren, in diesem Moment wäre die Führung Deutschlands gefragt, um die Zollverschärfung abzuwenden. Jetzt rächt sich leider der schlechte Draht nach Washington. Es rächt sich, dass sich die Repräsentanten dieser gestutzten Koalition hier im Hohen Haus vor der US-Wahl so weit aus dem Fenster gelehnt haben. Was haben Sie den Trump beschimpft! Es ist mir noch heute ein großes Rätsel, warum ausgerechnet der seinerzeitige Chefdiplomate, Außenminister Steinmeier, Trump vor der US-Wahl offen einen „Hassprediger“ genannt und ausdrücklich gesagt hat, er sei bei der Wahl nicht neutral.

Das gehört sich nicht, schon gar nicht auf dem Parkett der Diplomatie.

Der eine oder andere mag dieses oder jenes, was Herr Trump so sagt und macht, gewöhnungsbedürftig finden, aber er ist der gewählte Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Man kann noch etwas sagen: Er versucht doch tatsächlich, seine Wahlver-

sprechen einzulösen. Das nötigt einem wirklich Respekt ab; denn das ist ja hierzulande mittlerweile eine seltene Sache – auch bei der einen oder anderen Bundeskanzlerin hier in diesem Hause, mit der es ja zum Beispiel nie eine Maut geben sollte.

Meine Damen und Herren, die Zeit ist knapp. Jetzt helfen nur Gespräche quasi rund um die Uhr und auf allen Kanälen; denn es sind ja nur noch acht Tage, bis die neuen US-Zölle in Kraft treten würden. Da muss die neue Bundesregierung jetzt wirklich in die Bütt. Wir können uns nicht auf-

ein langwieriges WTO-Schlichtungsverfahren verlassen, das bis zu zwei Jahre dauern kann und dessen Erfolgsaussichten völlig fraglich sind.

Offensichtlich besteht auch auf der anderen Seite des Atlantiks Interesse an einer Einigung. Die Signale aus Washington nehmen wir doch zurzeit wahr. Deswegen ist es jetzt höchste Zeit für das Ausloten von Kompromissen im stillen Kämmerlein. Die Betonung liegt auf „still“, ohne Kameras und Twitter-Zugang. Kompromiss heißt für mich, etwas anzubieten.

Den können wir durchaus machen. Der Handelsforscher Gabriel Felbermayr vom ifo-Institut bringt dafür eine Senkung der hohen EU-Zölle auf Pkw ins Spiel. Diese Zölle sind eben viermal so hoch wie die der USA. Und man fragt sich: Warum eigentlich? Haben wir so wenig Vertrauen in die Wettbewerbsfähigkeit unserer Au-

tos? Das ist mir völlig unverständlich und anderen offensichtlich auch.

Selbst der VW-Markenchef Herbert Diess hat mittlerweile die hohen Importzölle im Automobilbereich infrage gestellt. Warum also nicht genau darüber hinter den Kulissen reden? Wir brauchen keine Drohungen, wir brauchen konstruktive Vorschläge. Daran muss jetzt die Bundesregierung dringend mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln intensiv mitarbeiten.

Bringen Sie endlich Bewegung in die verfahrenere Situation, damit wir als Handelsnation unsere Interessen wahren können! Wie gesagt, es sind nur noch acht Tage.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Fabio De Masi, Die Linke:

Nun droht kalter Entzug für den Export-Junkie Deutschland



Fabio De Masi (*1980)
Landesliste Hamburg

Laut der „Bild“-Zeitung befinden wir uns im Krieg; im Handelskrieg mit den USA, um genau zu sein. Im Krieg stirbt bekanntlich die Wahrheit zuerst. US-Präsident Trump hat Zölle auf Aluminium in Höhe von 10 Prozent und auf Stahl in Höhe von 25 Prozent angeordnet. Er drohte auch Strafzölle auf BMW und Mercedes an. Solche Strafzölle, etwa auf Autos, könnten Deutschland hart treffen. 8 Prozent unserer Wirtschaftskraft hängen an der Automobilindustrie und an Zulieferern. Trump und Dieselgate könnten in der Tat unser Waterloo werden.

Die US-Regierung begründet Zölle auf Stahl und Aluminium mit der nationalen Sicherheit und stützt sich auf den US Trade Expansion Act sowie auf Artikel XXI des GATT-Abkommens. Natürlich bedrohen weder BMW noch Mercedes die nationale Sicherheit der

USA. Aber ein Erfolg einer Beschwerde bei der WTO wegen der Stahl- und Aluzölle ist nicht sicher, ein Verfahren könnte Jahre dauern.

Bundespräsident Heinemann sagte einst: Wer mit dem Finger auf andere zeigt, auf den weisen drei Finger zurück. – Deutschland und auch die Euro-Zone verzeichnen einen permanenten Exportüberschuss, der den Chinas in den Schatten stellt. Wir verkaufen immer billiger und mehr an den Rest der Welt, als wir von dort einkaufen, weil Löhne, Renten und Staatsausgaben gedrückt wurden. Was ist das bitte schön anderes als ein Handelskrieg, verehrte Kolleginnen und Kollegen?

Man kann ja an Trumps Geisteszustand zweifeln. Aber diese „Geiz ist geil“-Politik ist nicht weniger verrückt. Die Bundesregierung behauptet, mit der Agenda 2010 und der Lohnrückerei habe der Exportboom überhaupt nichts zu tun, das sei schlicht Qualität „Made in Germany“. Das sind doch alternative Fakten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn unsere Ingenieure seit der Einführung des Euros einfach ständig besser geworden wären, wenn die Preise für den Handel völlig egal wären, dann würden

uns die Strafzölle der USA doch überhaupt nicht kratzen. Das ist doch absurd.

Fakt ist: Mit der D-Mark hätten wir mit diesen Exportüberschüssen bereits dramatisch aufgewertet. Die EZB musste jedoch wegen der Kürzungspolitik die Wirtschaft mit billigem Geld beatmen. Der Euro wertete daher zeitweise um 20 Prozent gegenüber dem US-Dollar ab. Dagegen sind viele Zölle ein Kindergeburtstag, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Internationale Kritik an den deutschen Überschüssen gibt es übrigens nicht erst seit dem Clown in Washington. Nobelpreisträger wie Stiglitz haben die Bundesregierung kritisiert ebenso, der IWF, selbst die EU-Kommission und auch Barack

Obama.

Die USA sind eben nicht Griechenland. Es macht einen Unterschied, ob ein Schäferhund einen Hamster beißt oder einen Pitbull. Statt die Binnenwirtschaft, Löhne und öffentliche Investitionen zu stärken und die Exportüberschüsse kontrolliert abzubauen, droht nun kalter Entzug für den Exportjunkie Deutschland.

Wahr ist auch: Die EU erhebt

Fortsetzung auf nächster Seite

Ausbaden müssen Fehlleistungen Brüssels immer die Bürger in den einzelnen Nationalstaaten.

Jetzt helfen nur Gespräche quasi rund um die Uhr und auf allen Kanälen.

Wahr ist auch: Die EU erhebt Zölle auf Aluminium aus China und Russland.

Zölle auf Aluminium aus China und Russland – bis zu 35 Prozent. Auf Stahl erhebt die EU Zölle gegenüber 15 Ländern, von Brasilien über Sri Lanka bis zu den USA – meist über 25 Prozent. Und als Kenia sich weigerte, Schutzzölle

auf unsere Agrarprodukte abzubauen, um seine Bauern zu schützen, führte die EU Strafzölle auf Tee, Kaffee und Schnittblumen aus Kenia ein. Sie predigen Freihandel, aber wissen: Freier Handel ist ein Märchen. Es geht hier um

knallharte Interessen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Wenden Sie einen Handelskrieg mit den USA ab! Die Regierung muss endlich Löhne und öffentliche Investitionen stärken, die schwarze Null beerdigen, zu der

sich der neue rote Finanzminister sofort bekannt hat, und sich an das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 halten, das Deutschland auf einen ausgeglichenen Handel verpflichtet.

So sichert man sozialen Zusam-

menhalt in Deutschland und wirtschaftliche Stabilität.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Katharina Dröge, Bündnis 90/Die Grünen:

Die Antwort auf Nationalisten ist eine gerechte Globalisierung



Katharina Dröge (*1984)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ich muss ganz ehrlich sagen: Als ich der Debatte hier im Bundestag gelauscht habe, fehlten mir eine Zeit lang die Worte – und das passiert nicht oft.

Mir fehlten die Worte, weil ich mich ein Stück weit gefragt habe: Worüber reden Sie hier eigentlich? Der Kollege von der SPD hält es nur für einen Popanz, dass wir eine Aktuelle Stunde zur Gefahr eines drohenden Handelskriegs mit den USA haben. Die Kollegen von FDP und AfD denken, wir könn-

ten einfach die Zölle auf Autos senken; dann sei dieses Thema gegessen.

Sie unterschätzen völlig die Dimensionen, um die es hier gerade geht. Donald Trump hat Zölle auf Stahl und Aluminium verhängt; das stimmt. Dahinter steht aber etwas viel Größeres. Es ist bei weitem nicht auf den Stahlsektor beschränkt.

Deswegen muss unser oberstes Ziel sein, mit Diplomatie – mit Gesprächen in den USA, auch mit den Partnern, die wir in den USA haben – zu verhindern, dass es sich auf andere Branchen ausweitet. Diplomatie ist das Richtige, um darauf hinzuwirken.

Richtig ist aber auch das, was Kommissionspräsident Juncker gemacht hat, als er auf die existierende Liste mit Gegenmaßnahmen hingewiesen hat und gesagt hat, dass die Europäische Union auch bereit ist, zu reagieren, wenn es denn zu dieser Situation kommt.

In Richtung der Nationalisten aus der AfD muss ich auch sagen:

Gerade in dieser extrem schwierigen weltwirtschaftlichen Situation bin ich froh darüber, dass es einen europäischen Binnenmarkt gibt, sodass wir diese Situation gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarländern meistern können und nicht alleine dastehen, wie Sie sich das wünschen.

Wir müssen uns natürlich auch mit der Situation der Stahlindustrie in Europa beschäftigen. Es gibt Gegenmaßnahmen, die wir ergreifen könnten. Sollte es wirklich zu der Situation kommen, dass 12 Millionen Tonnen Stahl aus den USA auf die europäischen Märkte umgeleitet werden, können Safeguard Measures ergriffen werden.

Selbstverständlich müssen wir auch eine Klage vor der Welthandelsorganisation einreichen; denn Donald Trump bricht mit dem Schritt, den er geht, ganz bewusst internationales Recht.

Diese Klage vor der WTO ist auch deshalb wichtig, weil Donald Trump mit dem, was er macht, das multilaterale System

grundsätzlich infrage stellt. Über diesen Kontext müssen wir hier auch reden. Denn Donald Trump hat mit dem Stahl- und Aluminiumbereich angefangen und spricht über Autos. Er hat aber schon angekündigt, dass er die sogenannten Spiegelzölle einführen will. Er sagt also: Den Zoll, den ich in deinem Land zahlen muss, wirst in Zukunft auch du in den USA zahlen müssen.

Damit bricht er mit einem fundamentalen Prinzip, das die Weltgemeinschaft miteinander geschaffen hat, nämlich dem Prinzip der Meistbegünstigung, das sagt: Jedes Land wird gleichbehandelt; den Zoll, den ich einem Land gewähre, gewähre ich in Zukunft auch den anderen Ländern.

Mit diesem Prinzip bricht Donald Trump. Damit bricht er mit dem grundsätzlichen Mechanismus, den sich die Weltgemeinschaft – übrigens auch nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs – miteinander gegeben hat, indem wir gesagt haben: gemeinsame Spielregeln, internationale Kooperation. – Das sind die Antworten auf den Protektionismus der 1930er-Jahre.

So müssen wir dieses Problem bewerten. Deswegen reicht es nicht, wenn man hier irgendetwas über Zölle auf Autos erzählt. Deswegen reicht es nicht, zu sagen, das sei nur ein kleines Problem. Schließlich reden wir hier über einen US-Präsidenten, der ganz fundamental sämtliche multilateralen Spielregeln – ob Pariser Übereinkommen zum Klimaschutz, UNESCO, NAFTA, TPP oder WTO – infrage stellt. Mit dieser Situation müssen wir uns hier im Bundestag beschäftigen.

Auf der anderen Seite müssen wir uns in diesem Parlament aber auch damit beschäftigen, warum der Nationalismus in der Wirtschaftspolitik, dieses Gespenst der 1930er-Jahre, im 21. Jahrhundert auf einmal wieder da ist. Angesichts dessen finde ich es schon krass, werte Kollegen von SPD, CDU und FDP, dass es in Ihren Reden kein einziges Wort der Nachdenklichkeit gab und Sie immer nur weiter fordern, dass wir in die falsche Richtung gehen. Ich meine damit Ihre Freihandelspolitik. Ich meine damit, dass die FDP gestern im Wirtschaftsausschuss

und auch hier wieder gefordert hat, dass wir TTIP aus der Mottenkiste holen.

Ich halte das für extrem schwierig. Wenn wir nicht irgendwann miteinander – und ich meine wirklich: miteinander – bereit sind, anzuerkennen, dass eine entfesselte Globalisierung zu Ungerechtigkeit führt, die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer spaltet und instabile Finanzmärkte erzeugt, wenn wir nicht bereit sind, Regeln zu erlassen und anzuerkennen, dass sie die Klimakrise verschlimmert und globale Konzerne erzeugt, die so mächtig sind, ganze Staaten unter Druck zu setzen, dann spielen wir genau denen in die Hände, die Nationalismus und Abschottung predigen.

Donald Trump bricht mit dem Schritt, den er geht, ganz bewusst internationales Recht.

Darauf gibt es eine Antwort. Dafür gibt es Instrumente. Sie müssten sie nur endlich nutzen. Die Instrumente wären, faire Handelsverträge zu gestalten: faire Handelsverträge mit effektiven Re-

geln zur Bekämpfung von Steuerflucht, zur Regulierung der Finanzmärkte und mit Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechten, Abkommen, die endlich der Umsetzung des Pariser Klimavertrages dienen, und Abkommen, die regeln, unter welchen ökologischen und sozialen Standards Produkte hergestellt werden müssen, die hier auf den Märkten verkauft werden.

Das alles können Sie regeln. Das alles sind die Instrumente, die Sie haben, um die Globalisierung gerecht zu gestalten. Dafür hätten Sie unsere Unterstützung.

Ich sage Ihnen – ich meine das wirklich ernst –: Die einzige vernünftige Antwort, die Sie gegen die Nationalisten dieser Welt geben können, ist, die Globalisierung endlich gerecht zu gestalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Neu produzierte Audi-Fahrzeuge stehen im Hafen von Emden für den bevorstehenden Export per Schiff in die USA bereit.

© picture-alliance/Ulrich Baumgarten

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Jürgen Hardt (CDU/CSU), Dr. Daniela De Ridder (SPD), Armin-Paulus Hampel (AfD), Otto Fricke (FDP), Bernhard Loos (CDU/CSU), Bernd Westphal (SPD) und Ralph Brinkhaus (CDU/CSU).



Jubiläum für „leicht erklärt“

100 Ausgaben sind bisher erschienen



100 Ausgaben von „leicht erklärt“



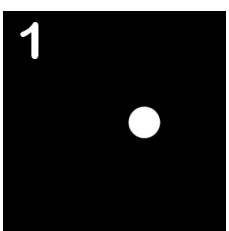
„leicht erklärt“ hat ein Jubiläum.

Inzwischen sind 100 Ausgaben erschienen.

Darum geht es in dieser Ausgabe mal nicht um ein Thema aus der Politik.

Es geht um „leicht erklärt“.

Die erste Ausgabe



Die erste Ausgabe von „leicht erklärt“ erschien im Juni 2014.

Also vor fast 4 Jahren.

In der Ausgabe ging es um den Bundes-Haushalt.

Also um bestimmtes Geld. Es wird in Deutschland für wichtige Dinge ausgegeben.

Zum Beispiel für:

- Schulen und Unis
- Straßen
- Kranken-Häuser
- Ausstellungen und Theater
- Polizei



In der Ausgabe ging es auch um Lebens-Versicherungen.

Also um eine Absicherung fürs Alter. Oder für den Fall, dass man stirbt.

In den ersten beiden Ausgaben gab es nämlich noch 2 Themen.

Schnell hat man aber erkannt: Ein Thema ist besser. Dann kann man es genauer erklären.

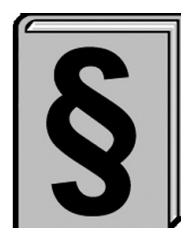
Ab Ausgabe Nummer 3 gab es dann nur noch ein Thema.

Viele verschiedene Themen



Seit Ausgabe Nummer 1 gab es viele verschiedene Themen.

Oft geht es zum Beispiel um folgende Dinge.



Neue oder veränderte Gesetze

Zum Beispiel zu Beleidigungen im Internet. Oder zu Arznei-Mitteln.

Geschichte



Also Dinge,
die in der Vergangenheit
passiert sind.

Zum Beispiel der 2. Welt-Krieg.
Oder die Gründung
von der Europäischen Union.

Aktuelle Ereignisse



Zum Beispiel
die Olympischen Spiele.
Oder das Reformations-Jahr.
Oder der Tod von Helmut Kohl.

Bestimmte Gruppen oder Begriffe



Zum Beispiel die Bundes-Wehr.
Oder die Vereinten Nationen.
Oder Land-Tags-Wahlen.

Deutschland und andere Länder



Zum Beispiel
Deutschland und Syrien.
Oder die Länder
von der Europäischen Union.

Themen aus dem Ausland



Zum Beispiel Wahlen in den USA.
Oder die Politik in der Türkei.

Warum Leichte Sprache?



„leicht erklärt“ ist
in Leichter Sprache geschrieben.

Dafür gibt es einen Grund.

In „leicht erklärt“ geht es um:

- Politik
- Geschichte
- Gesellschaft

Also um das Zusammen-Leben und
die Gemeinschaft in Deutschland.

Über diese Dinge braucht man Infos,
wenn man in der Politik und in der
Gesellschaft mitbestimmen will.

Zum Beispiel, wenn man sich eine
Meinung zu einem Thema bilden
will.

Oder wenn man bei einer Wahl eine
Entscheidung treffen will.

Infos bekommt man sehr oft
durch Texte.

Zum Beispiel in Zeitungen.

Diese Texte versteht aber nicht jeder.

Denn:

- Sie enthalten zum Beispiel
oft Fremd-Wörter.
- Oder Fach-Wörter.
- Oder sehr lange Sätze.

Darum gibt es die Leichte Sprache.

Texte in Leichter Sprache sind nach
bestimmten Regeln geschrieben.

So können viele Menschen sie besser
verstehen.



Wie entsteht eine Ausgabe von „leicht erklärt“?

„leicht erklärt“ liegt in jeder Ausgabe
von der Zeitung „Das Parlament“ bei.

„Das Parlament“ ist eine Zeitung vom
Deutschen Bundes-Tag.

Sie wird in Berlin gemacht.

„leicht erklärt“ entsteht aber
nicht in Berlin.

Sondern in der Stadt Fulda.

Sie liegt im Bundes-Land Hessen.

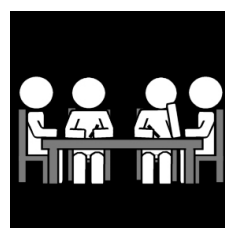
In Fulda gibt es das NachrichtenWerk.

Das ist ein Büro für Leichte Sprache.

Und das NachrichtenWerk schreibt
„leicht erklärt“ seit der ersten
Ausgabe.

In jeder Ausgabe von „leicht erklärt“
steckt viel Arbeit.

Und an jeder Ausgabe arbeiten
5 bis 10 Leute mit.



Die Ausgaben entstehen fast immer auf die gleiche Art.

Das Thema

Am Anfang gibt es ein Thema.

Es hat meistens mit den Dingen zu tun, die der Bundes-Tag gerade bespricht.

Die Idee für das Thema haben normalerweise die Mitarbeiter von „Das Parlament“.

Wichtige Fragen dabei sind:

- Was könnte die Leser interessieren?
- Ist das Thema wichtig?
- Passt das Thema gut zu „leicht erklärt“?

Manchmal gibt es mehrere Ideen für Themen.

Dann sprechen sich die Mitarbeiter von „Das Parlament“ und die Mitarbeiter vom NachrichtenWerk ab.

Das Thema wird meistens am Montag abgesprochen.

Infos sammeln

Ein Texter vom NachrichtenWerk bearbeitet das Thema dann.

Er holt sich viele Infos zu dem Thema. Zum Beispiel aus dem Internet. Oder aus Zeitungen. Oder er liest Gesetze. Und Texte vom Bundes-Tag.

Er schaut sich auch verschiedene Meinungen zu dem Thema an.

Dann entscheidet er, was wichtig an dem Thema ist. Und was in den Text kommen soll.

Das schreibt er dann in eine Liste.

Die Liste zeigt er meistens noch mal den Mitarbeitern von „Das Parlament“.

Denn vielleicht haben sie auch noch Ideen dazu.



Text schreiben

Dann schreibt der Texter einen ersten Entwurf vom Text.

Wichtig dabei ist:

- Alle wichtigen Infos sollen im Text stehen.
- Es darf nichts Falsches im Text stehen.
- Verschiedene Meinungen zu einem Thema sollen erklärt werden.

Das passiert meistens am Dienstag und am Mittwoch-Vormittag.

Text prüfen

Den Entwurf bearbeitet dann die Prüfer-Gruppe.

Prüfer sind Experten für Leichte Sprache. Denn: Sie gehören zu den Lesern von Leichter Sprache. Und sie haben viel Erfahrung damit.

Sie wissen ganz genau, wann ein Text schwer zu verstehen ist. Und wann man ihn gut verstehen kann.

Die Prüfer und der Texter lesen den Text zusammen durch.

Die Prüfer entscheiden dann immer: Ein Satz ist gut. Oder: Ein Satz ist noch nicht gut.

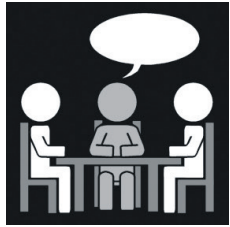
Das machen sie zum Beispiel so: Sie streichen schwierige Wörter oder Sätze mit Text-Markern an.

Wenn ein Satz gut ist, dann bleibt er so.

Wenn ein Satz schlecht ist, dann schreiben die Prüfer und der Texter ihn um.

Das machen sie, bis man den Text gut verstehen kann.

Das passiert meistens am Mittwoch-Nachmittag.





Den Text in Form bringen

Als Nächstes wird der Text ordentlich gemacht.

Das passiert am Computer. Es gibt dafür ein besonderes Computer-Programm.

Denn: Texte in Leichter Sprache brauchen eine ganz besondere Form. Damit man sie besonders einfach lesen kann.

Das bedeutet zum Beispiel:

- Die Schrift muss sehr groß sein.
- Der Abstand zwischen Zeilen muss groß sein.
- Die Sätze müssen untereinander stehen.



Mit dem Programm setzt man auch die Bilder neben den Text.

Die Bilder helfen dabei, den Text leichter zu verstehen.

Denn: Im Bild taucht immer etwas auf, das auch für den Text wichtig ist.

Die Bilder sind sehr einfach gestaltet. Auf ihnen ist nur das zu sehen, was wirklich wichtig ist.

Außerdem bekommt der Text auch ein Titel-Bild.

Also das schmale Bild vorne auf der ersten Seite.

Das alles passiert spät am Mittwoch-Nachmittag.



Letzte Änderungen

Den Text bekommen dann die Mitarbeiter von „Das Parlament“. Und zwar mit einer E-Mail.

Sie lesen sich den Text ganz genau durch.

Sie schauen zum Beispiel:

- Stimmen alle Infos?
- Sind noch Fehler im Text?
- Fehlt noch etwas Wichtiges?
- Soll vielleicht etwas noch mal ein wenig umgeschrieben werden?



Dann rufen sie beim NachrichtenWerk an. Ihre Anmerkungen sagen sie dem Texter und den Prüfern.

Die verändern den Text dann noch einmal ein bisschen.

Das passiert meistens am Donnerstag.

Den Text drucken

Dann ist der Text fertig.

Er wird an die Druckerei geschickt.

Dort muss er bis Freitag-Mittag angekommen sein.

Die Druckerei druckt „leicht erklärt“ dann.



Und dann kommt es in die neue Ausgabe von „Das Parlament“.

Die erscheint am Montag.

Also eine Woche, nachdem das Thema bestimmt wurde.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



NachrichtenWerk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © Fotograf: Bastian Ludwig. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 12/2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 26. März 2018.